

SVR-Studie 2022-2

---

# Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall?



**Zitiervorschlag:**

Friedrichs, Nils/Storz, Nora 2022: Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall? SVR-Studie 2022-2, Berlin.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung</b> .....	4
<b>1 Einleitung</b> .....	6
<b>2 Antimuslimische und antiislamische Einstellungen</b> .....	9
2.1 Antimuslimische und antiislamische Einstellungen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und in den einzelnen Zuwanderungsgruppen .....	9
2.2 Soziodemografische Merkmale .....	16
2.3 Eigene Benachteiligung und die Abwertung anderer: ökonomische Benachteiligung und Diskriminierungserfahrungen .....	23
2.4 Kontakte .....	25
2.5 Der Zusammenhang von Religion und Religiosität mit antimuslimischen Einstellungen .....	27
<b>3 Antisemitische Einstellungen</b> .....	30
3.1 Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und in den einzelnen Zuwanderungsgruppen .....	30
3.2 Soziodemografische Merkmale .....	34
3.3 Religionszugehörigkeit und Religiosität .....	37
3.4 Sozialisation in Deutschland .....	41
<b>4 Korrelationen zwischen antimuslimischen und antisemitischen Einstellungen</b> .....	45
<b>5 Fazit und Ausblick</b> .....	49
<b>Literatur</b> .....	54
<b>Anhang</b> .....	60
Abbildungsverzeichnis .....	60
Tabellenverzeichnis .....	61
Verzeichnis der Info-Boxen .....	61

## Das Wichtigste in Kürze

- Antisemitische und antimuslimische Einstellungen sind in Deutschland kein Randphänomen. Sie sind in der Bevölkerung ohne wie auch mit Zuwanderungsgeschichte weit verbreitet.
- Menschen mit Migrationshintergrund vertreten häufiger als jene ohne Migrationshintergrund antisemitische und antimuslimische Einstellungen; beim Antisemitismus ist der Abstand jedoch größer.
- Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland die Schule besucht haben, sind seltener antisemitisch und antimuslimisch eingestellt als jene, die in einem anderen Land zur Schule gegangen sind.
- Befragte ohne Migrationshintergrund, die Freundschaften mit Zugewanderten pflegen, sind seltener antisemitisch und antimuslimisch eingestellt. Bei Befragten mit Migrationshintergrund, die Freundinnen und Freunde mit einem anderen Migrationshintergrund als dem eigenen haben, sind nur antimuslimische Einstellungen seltener.
- Befragte mit Migrationshintergrund, die sich aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert fühlen, sind häufiger antisemitisch eingestellt. Jene, die sich wegen ihrer Religion benachteiligt sehen, zeigen eher antimuslimische Einstellungen.

## Zusammenfassung

Im Einwanderungsland Deutschland stören negative Einstellungen zu Menschen muslimischen und jüdischen Glaubens das gesellschaftliche Zusammenleben. Solche Einstellungen vertreten aber nicht nur Menschen ohne Migrationshintergrund, sondern auch in Deutschland lebende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. **Antimuslimische und antisemitische Einstellungen sind für die Gesamtbevölkerung recht gut untersucht. Speziell für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es dazu hingegen bislang kaum systematische Forschung. Hier setzt die vorliegende Studie an: Auf der Grundlage des SVR-Integrationsbarometers 2020 untersucht sie antimuslimische und antisemitische Einstellungen bei Menschen ohne und mit Migrationshintergrund.**

Je nach Bevölkerungsgruppe und Form von Antisemitismus vertreten zwischen knapp 10 und gut 50 Prozent der Befragten antisemitische Einstellungen. **Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund sind solche Einstellungen seltener als bei jenen mit Migrationshintergrund.**

**Auch antimuslimische und antiislamische Haltungen finden sich bei Menschen mit Migrations-**

**hintergrund insgesamt etwas häufiger;** der Unterschied zur Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte ist hier jedoch geringer. Je nach abgefragtem Aspekt und Untersuchungsgruppe vertreten zwischen einem Drittel und fast der Hälfte der Befragten antiislamische Einstellungen; zugleich meinen in allen Herkunftsgruppen ähnlich viele Befragte, der Islam passe in die deutsche Gesellschaft. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in Bezug auf die Integration von Musliminnen und Muslimen: Die Mehrheit der Befragten bewertet diese positiv; zugleich glauben rund vier von zehn, dass unter den Musliminnen und Muslimen in Deutschland viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker sind. **Trotzdem ist bei den meisten Befragten die soziale Distanz zu Musliminnen und Muslimen relativ gering,** und sie akzeptieren sie mehrheitlich als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft (zwischen 61 % und 82 %).

Die Daten zeigen darüber hinaus, dass antisemitische und antimuslimische Einstellungen mit der Bildungsbiografie und interkulturellen Kontakten zusammenhängen. **So äußern sich Befragte mit Migrationshintergrund, die ihren Schulabschluss in Deutschland gemacht haben, seltener antisemitisch und antimuslimisch als jene, die in einem anderen**

**Land zur Schule gegangen sind.** Eine Ausnahme bildet die Gruppe der Türkeistämmigen: Hier spielt es für antisemitische Einstellungen keine Rolle, wo die Befragten die Schule abgeschlossen haben.

Für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zeigt sich: Wer Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund hat, neigt weniger zu antisemitischen oder antimuslimischen Haltungen. **In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigen jene, die Kontakt zu Zugewanderten anderer Herkunft haben, ebenfalls seltener antimuslimische Einstellungen. Für antisemitische Einstellungen ist ein solcher Zusammenhang dagegen nicht nachweisbar.**

Bei Menschen mit Migrationshintergrund ergeben sich auch Zusammenhänge mit Diskriminierungserfahrungen. **Dabei hängt wahrgenommene Diskriminierung aufgrund der Herkunft stärker mit antisemitischen Einstellungen zusammen, Diskriminierung aufgrund der Religion hingegen stärker mit antimuslimischen Haltungen.** Von den Befragten, die sich wegen ihrer Herkunft diskriminiert fühlen, stimmen etwa vier von zehn den meisten antisemitischen Aussagen zu; bei denjenigen, die sich nicht in dieser Weise diskriminiert fühlen, sind es etwa drei von zehn. Antimuslimischen und antiislamischen Aussagen stimmen die Befragten dagegen eher zu, wenn sie sich wegen ihrer Religion diskriminiert fühlen. Dies gilt besonders für Befragte mit einem Migrationshintergrund aus einem Drittstaat (ohne (Spät-)Aussiedler/innen).

In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund neigen Musliminnen und Muslime häufiger zu antise-

mitischen Einstellungen als Christinnen und Christen oder als Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Entsprechende Haltungen zeigen etwa die Hälfte der Befragten muslimischen Glaubens, etwa ein Drittel der christlichen Befragten und rund ein Viertel der Befragten ohne Religionszugehörigkeit. Vertiefte Analysen weisen darauf hin, dass für antisemitische Einstellungen die politisch-gesellschaftlichen Narrative im jeweiligen Herkunftsland eine Rolle spielen könnten: **Befragte, die aus einem überwiegend muslimisch geprägten Land stammen, tendieren unabhängig von ihrer eigenen Religionszugehörigkeit eher zu Antisemitismus als jene aus anderen Herkunftsländern. Antimuslimische Einstellungen finden sich in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zudem häufiger bei Christinnen und Christen als bei Personen ohne Religionszugehörigkeit. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist es tendenziell umgekehrt.**

Auch die soziale Schicht spielt eine Rolle. Befragte mit wie ohne Migrationshintergrund neigen umso weniger zu antimuslimischen Einstellungen, je höher ihr Haushaltseinkommen ist.

Antimuslimischen und antisemitischen Einstellungen sollte in allen Bevölkerungsgruppen gezielt entgegengewirkt werden, z. B. durch Förderung interkultureller Kontakte und Antidiskriminierungsarbeit. Dabei sollten u. a. Religionsgemeinschaften noch stärker einbezogen werden; auch der interreligiöse Dialog und entsprechende Begegnungs- und Kooperationsformate können zu einem Abbau von Vorurteilen beitragen.

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Sowohl jüdisches als auch muslimisches Leben in Deutschland hängt heute meist unmittelbar mit Zuwanderung zusammen. Die Zahl der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime stieg ab den 1950er Jahren mit der Erwerbsmigration sog. Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die u. a. aus der Türkei, Marokko und Tunesien ins Land kamen (Herbert 2001), und in den letzten zehn Jahren nochmals durch die Fluchtzuwanderung aus arabisch bzw. muslimisch geprägten Ländern (BAMF 2020). Auch die jüdische Bevölkerung in Deutschland geht heute weitgehend auf Zuwanderung zurück, nachdem das jüdische Leben in Deutschland im Nationalsozialismus fast vollständig zerstört wurde. Bei dieser Gruppe ist die Zuwanderung zwar geringer. Ab 1989 kamen aber viele Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion; dadurch sind die Mitgliedszahlen der jüdischen Gemeinden in Deutschland teilweise um fast 90 Prozent gestiegen (Zd o. J.).

Wenn in der Bevölkerung sowohl Ressentiments gegen Musliminnen und Muslime oder den Islam<sup>2</sup> als auch antisemitische Einstellungen bestehen, beeinträchtigt dies das gesellschaftliche Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland. Solche Einstellungen führen im schlimmsten Fall zu Gewalt. Dies zeigen etwa der Anschlag auf eine Synagoge in Halle (Saale) im Jahr 2019 sowie der rassistisch und muslimfeindlich motivierte Anschlag in Hanau 2020. Laut dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und dem Bundeskriminalamt (BKA) haben

zwar islamfeindliche Straftaten im Jahr 2021 gegenüber 2020 um 29 Prozent abgenommen (von 1.026 auf 732 polizeilich dokumentierte Fälle). Antisemitische Straftaten sind im gleichen Zeitraum jedoch um 29 Prozent gestiegen (von 2.351 auf 3.027 Fälle) (BMI/BKA 2022: 9). Demnach dominieren antisemitische Straftaten, doch auch islamfeindliche Straftaten sind keineswegs Einzelfälle.<sup>3</sup>

Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit werden von der Politik grundsätzlich ernst genommen. Dies zeigen z. B. der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus und die Ziele seines Maßnahmenkatalogs, zu denen u. a. gehört, Antisemitismus sowie Muslimfeindlichkeit vorzubeugen (BPA 2020). Auch existiert sowohl ein Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus als auch ein Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit. Und das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Info-Box 4) fördert zahlreiche Projekte zur Prävention und Beseitigung entsprechender Einstellungen.

Antisemitische und islamfeindliche Straftaten werden als politisch motivierte Kriminalität bewertet. Sie sind überwiegend dem rechten Spektrum zuzuordnen (antisemitisch: 84 %; islamfeindlich: 80 %). Zugleich haben von 2020 bis 2021 auch die Fälle politisch motivierter Kriminalität zugenommen, die auf eine ausländische<sup>4</sup> oder religiöse<sup>5</sup> Ideologie zurückgehen; dies gilt für antisemitische Straftaten (ausländische Ideologie: von 40 auf 127 Fälle, religiöse Ideologie: von 31 auf 57 Fälle) ebenso wie für islamfeindliche (von 7 auf 13 bzw. von 24 auf 25 Fälle)

- 1 Diese Studie wurde begleitet von Prof. Dr. Marc Helbling, Mitglied des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der wissenschaftliche Stab der SVR-Geschäftsstelle. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider. Die Autorin und der Autor danken Alex Wittlif, Yvonne Mukashyaka und Büşra Şen für ihre Unterstützung.
- 2 Ressentiments gegen Musliminnen und Muslime werden im Folgenden als antimuslimische, Ressentiments gegen den Islam als antiislamische Einstellungen bezeichnet. Zur Begründung dieser Unterscheidung s. Info-Box 2.
- 3 Die genannten Zahlen beinhalten nur die offiziell erfassten antisemitischen, antimuslimischen und islamfeindlichen Straftaten. Da nicht jede Anfeindung angezeigt wird, gibt es hier vermutlich eine hohe Dunkelziffer.
- 4 „Der Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie – bildet ab, inwieweit im Ausland begründete Ideologien nach Deutschland hineingetragen werden und hier den Hintergrund für Straftaten bilden. Hiervon sind aus dem Ausland stammende separatistische, nationalistische, rechte und linke Ideologien, also sämtliche ausländische nichtreligiöse Ideologien, umfasst. Gruppierungen, die hierzulande derartige Ideologien vertreten, haben ihren Ursprung im Ausland und verfügen über grenzüberschreitende Strukturen“ (Polizei Berlin o. J.). So zählen etwa Straftaten, die vor dem Hintergrund der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) begangen wurden, als politisch motivierte Kriminalität mit ausländischer Ideologie (IM BW 2022: 141–142). Die Zunahme von Straftaten dieser Kategorie wird u. a. auf den Israel-Palästina-Konflikt zurückgeführt (Spiegel 2022).
- 5 Als Politisch motivierte Kriminalität – religiöse Ideologie – werden Straftaten bezeichnet, bei denen „die Religion zur Begründung der Tat instrumentalisiert wird“ (BKA 2022).

## Info-Box 1 Das SVR-Integrationsbarometer 2020 als Datengrundlage der Studie

Das SVR-Integrationsbarometer ist eine **repräsentative Bevölkerungsumfrage unter Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland**. Es misst das Integrationsklima in der Einwanderungsgesellschaft und erhebt Einschätzungen und Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf Integration und Migration. Die Grundgesamtheit bilden alle in Deutschland lebenden Personen ohne und mit Migrationshintergrund ab 14 Jahren. Für **das SVR-Integrationsbarometer 2020** wurden zwischen November 2019 und August 2020 insgesamt 15.095 Personen bundesweit interviewt (für weitere Informationen zur Methode s. SVR 2020). Um Aussagen auf Bundeslandebene treffen zu können, wurden in jedem Bundesland mindestens 500 Menschen ohne Migrationshintergrund und weitere 500 mit Migrationshintergrund befragt. Nur für die ostdeutschen Flächenländer wurde die Stichprobe verkleinert: Hier wurden neben 500 Personen ohne Migrationshintergrund nur 300 mit Migrationshintergrund interviewt. Der Grund dafür ist, dass in den östlichen Bundesländern insgesamt weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben; dadurch ist diese Bevöl-

kerungsgruppe dort verhältnismäßig schwierig zu erreichen. Bei bundesweiten Analysen werden die einzelnen Bundesländer wiederum so gewichtet, dass die Regionen in einem realen Verhältnis zueinander stehen. Von den insgesamt 15.095 Befragten hatten 8.034 keinen Migrationshintergrund, 1.244 waren (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, 880 Türkeistämmige, 2.078 Zugewanderte und ihre Nachkommen aus Ländern der Europäischen Union (EU) und 2.859 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“.<sup>6</sup>

Bei der Auswertung wurde die Gruppe mit Migrationshintergrund jeweils durch entsprechende Gewichtung an die (bundesweiten wie auch bundeslandspezifischen) Verhältnisse in der Bevölkerung angepasst. Auf Bundesebene wurde zudem anhand einer Sonderauswertung des Mikrozensus jede Herkunftsgruppe nach soziodemografischen Merkmalen (u. a. Bildung, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) gewichtet. Für die einzelnen Bundesländer erfolgte diese Gewichtung für Befragte mit und ohne Migrationshintergrund gesondert.

(BMI/BKA 2022: 10–11). Im Mai 2021 wurde öffentlich sichtbar, dass Antisemitismus bei Menschen mit Migrationshintergrund<sup>7</sup> in Deutschland vorkommt: Versammlungen, die Solidarität mit den Palästinenserinnen und Palästinensern bekunden sollten, endeten in antisemitischen Kundgebungen von meist arabisch sprechenden Menschen (Welt 2021). Auch eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Al-

lensbach zeigt, dass Antisemitismus bei den befragten Wählerinnen und Wählern der AfD, aber auch bei Musliminnen und Muslimen besonders verbreitet ist (Tagesspiegel 2022).

Zu antisemitischen, antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen in verschiedenen Herkunftsgruppen gibt es bisher aber kaum systematische Forschung, während sie für die deutsche Gesamtbevöl-

<sup>6</sup> Die unterschiedlichen Fallzahlen in den einzelnen Herkunftsgruppen ergeben sich aus dem neuen Studiendesign mit einer deutlich erhöhten Stichprobe. Diese wurde möglich dank der erstmaligen gemeinsamen Förderung des SVR-Integrationsbarometers 2020 durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und die für Integration zuständigen Ressorts der Länder. Für weitere Informationen s. den Methodenbericht (SVR 2020).

<sup>7</sup> In dieser Studie werden die Begriffe Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Zugewanderte und ihre Nachkommen synonym verwendet.

## Info-Box 2 Was sind antimuslimische und antisemitische Einstellungen?

Antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen ist gemeinsam, dass Personen aufgrund ihrer (zugeschriebenen oder realen) Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe generell abgelehnt und abgewertet werden (Imhoff 2010; Leibold/Kühnel 2003: 101). Dies lässt sich teilweise mit einer generalisierten „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ erklären, von der Forschende zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) ausgehen (Heitmeyer 2002: 18; s. Kap. 4). Antisemitische und antimuslimische Einstellungen werden als Facetten des GMF-Syndroms verstanden.

Neben dieser grundlegenden Gemeinsamkeit gibt es zwischen den beiden Phänomenen auch wesentliche Unterschiede. So sollte bei antimuslimischen Einstellungen differenziert werden zwischen Einstellungen zum Islam und Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen (Diekmann 2021: 78; Logvinov 2017: 8). Denn empirisch zeigt sich, dass diese beiden Phänomene zwar korrelieren, aber dennoch jeweils eigene Merkmale sind (Diekmann 2017: 26; Frindte/Dietrich 2017: 61–62).<sup>8</sup> Darüber hinaus wird im gesellschaftlichen Diskurs beim Islam häufig von religiösem Fundamentalismus gesprochen, auch die Gefahr durch Terrorismus wird erörtert. Dies ist im Zusammenhang mit dem Judentum nicht der Fall. Nicht zuletzt bilden Musliminnen und Muslime in Deutschland zahlenmäßig eine bedeutende Gruppe: Ihre Zahl wurde 2019 auf 5,3 bis 5,6 Millionen<sup>9</sup> geschätzt (Pfündel/Stichs/Tanis 2021: 37). Entsprechend sind sie vielen Menschen auch im Alltag durchaus präsent. Deshalb ist ein weiterer zentraler Aspekt der Studie die Frage, ob die Menschen sich in ihrem Alltag bzw. ihrem Nahumfeld

von Musliminnen und Muslimen sozial distanzieren oder aber soziale Nähe zulassen.

Die Forschung zu Antisemitismus wiederum unterscheidet üblicherweise drei Formen: klassischen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus.<sup>10</sup> Der klassische Antisemitismus entstand im späten 19. Jahrhundert<sup>11</sup> und bezieht sich auf Jüdinnen und Juden als eine soziale (nicht vorrangig religiöse) Gruppe. Bezogen auf diese Gruppe bestehen manifeste Vorurteile, wie das einer jüdischen Weltverschwörung (SVR 2016; Imhoff 2010). Der sekundäre Antisemitismus entstand nach dem Zweiten Weltkrieg und wird häufig als Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz bezeichnet (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022; Imhoff 2010; s. auch Diner 1987). Diese Form von Antisemitismus dient häufig der Schuldabwehr: Sie spielt die Schuld der Deutschen am Holocaust herab oder wirft Jüdinnen und Juden vor, den Holocaust zu instrumentalisieren (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022; Imhoff 2010; Öztürk/Pickel 2022: 194). In Deutschland ist eine sekundär antisemitische Haltung gesellschaftlich eher anerkannt als eine offen antisemitische (Öztürk/Pickel 2022: 193–194). Bei israelbezogenem Antisemitismus schließlich werden Jüdinnen und Juden kollektiv für die Politik Israels verantwortlich gemacht (Imhoff 2010; SVR 2016) und dies wird als Motiv angeführt, um sie abzulehnen. Diese Haltung manifestiert sich mitunter auch als pauschale „Israelkritik“ mit unklarer Reichweite. Zugleich ist nicht jede Kritik an der Politik der Regierungen oder des Staates Israel per se antisemitisch (Riebe 2018).

- 
- 8 Auch im öffentlichen Diskurs wird über „den Islam“ und über Musliminnen und Muslime zuweilen etwas unterschiedlich diskutiert. So löste es etwa im Jahr 2010 einige Entrüstung aus, als der damalige Bundespräsident Christian Wulff die Auffassung vertrat, der Islam gehöre zu Deutschland. Sein Nachfolger Joachim Gauck wollte demgegenüber eher davon sprechen, dass die Muslime dazugehören (Deutschlandfunk 2015). Zudem wurde in den letzten 15 Jahren regelmäßig die These in die politische Debatte eingespeist, der Islam sei eine politische Ideologie.
- 9 Die Schätzung bezieht sich allerdings nur auf Musliminnen und Muslime (inklusive Alevitinnen und Aleviten) mit Migrationshintergrund (Pfündel/Stichs/Tanis 2021: 37).
- 10 Eine weitere Form bildet „rassistischer Antisemitismus“, der sich im Deutschland der 1930er Jahre entwickelte: Jüdinnen und Juden werden dabei als biologisch einzigartig angesehen; insofern können sie sich auch nicht assimilieren oder konvertieren, um z. B. der Verfolgung zu entgehen (Yad Vashem 2022). Diese Form von Antisemitismus bildet in der zeitgenössischen Antisemitismusforschung jedoch keinen Schwerpunkt.
- 11 Antisemitismus als solcher besteht schon deutlich länger. Allerdings wurde bis zum 19. Jahrhundert von Juden Hass gesprochen (Imhoff 2010).

völkerung recht gut untersucht sind (s. z.B. Brähler et al. 2020; Häusler/Küpper 2021; Küpper/Zick/Rump 2021). Daher soll die vorliegende Studie das bestehende Wissen zu Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit in der Bevölkerung validieren und anhand aktueller Daten ergänzen. Vor allem soll sie die Forschungs- und Wissenslücke zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund schließen, indem sie anhand von Daten aus dem SVR-Integrationsbarometer 2020 (Info-Box 1) antimuslimische und antisemitische Einstellungen in verschiedenen Herkunftsgruppen analysiert.

Neben der Frage, wie weit antimuslimische, antiislamische und antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund verbreitet sind, untersucht die Studie auch, mit welchen Merkmalen diese Einstellungen in den verschiedenen Untersuchungsgruppen zusammenhängen. Damit soll herausgearbeitet werden, unter welchen Bedingungen sich solche abwertenden Haltungen eher herausbilden.<sup>12</sup> Hier wurden verschiedene aus der Literatur bekannte Einflussfaktoren für antimuslimische, antiislamische und antisemitische Einstellungen statistisch geprüft. Die dargestellten Ergebnisse basieren auf Analysen, in die jeweils soziodemografische wie auch ökonomische Merkmale einbezogen wurden. Als relevant werden Faktoren nur dann betrachtet, wenn sich bei statistischer Kontrolle für diese Merkmale ein Zusammenhang mit antimuslimischen, antiislamischen oder antisemitischen Einstellungen nachweisen lässt.

Die Studie gliedert sich in vier Abschnitte: Kap. 2 behandelt antimuslimische und antiislamische Einstellungen, während Kap. 3 sich antisemitischen Einstellungen widmet (Info-Box 2). Bei der Analyse von antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen wurden die Angaben von Befragten muslimischen Glaubens nicht berücksichtigt; bei der Untersuchung von Antisemitismus gilt dasselbe für Menschen jüdischen Glaubens. In Kap. 4 werden dann Zusammenhänge zwischen antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen bei nichtmuslimischen

und nichtjüdischen Befragten beleuchtet. Die Studie schließt in Kap. 5 mit einem Fazit, das mögliche Handlungsansätze erläutert.

## 2 Antimuslimische und antiislamische Einstellungen

Im SVR-Integrationsbarometer 2020 sollten die Befragten angeben, inwieweit sie bestimmten Aussagen zustimmen, die eine positive oder negative Einstellung zum Islam<sup>13</sup> oder zu Musliminnen und Muslimen ausdrücken. In der Wissenschaft und zunehmend auch in Politik und Zivilgesellschaft wird kontrovers darüber diskutiert, ob das betreffende Phänomen als Islamophobie, Islam- oder Muslimfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus bezeichnet werden sollte (Info-Box 3). Diese Begriffe enthalten zum Teil explizite oder implizite Annahmen darüber, wie negative Einstellungen zum Islam und zu seinen Angehörigen entstehen. Diese Studie verwendet die eher deskriptiven Begriffe antimuslimische bzw. antiislamische Einstellungen bzw. schlicht Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen und zum Islam.

### 2.1 Antimuslimische und antiislamische Einstellungen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und in den einzelnen Zuwanderungsgruppen

Im Folgenden geht es um islam- und muslimbezogene Haltungen in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. In Kap. 2.1.1 werden zunächst die Befunde in Bezug auf die drei folgenden Aussagen zum Islam dargestellt: „Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden“, „Islamische Gemeinschaften sollten vom Staat beobachtet werden“ und „Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft“. Anschließend behandelt Kap. 2.1.2 die Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen anhand der Zustimmung zu folgenden

<sup>12</sup> Mit den hier vorliegenden Daten lassen sich jedoch lediglich Zusammenhänge nachweisen, nicht spezifische Kausalitäten, die diese Zusammenhänge näher bestimmen. Dafür müssten Personen über mehrere Erhebungszeitpunkte befragt werden.

<sup>13</sup> Es ist unstrittig, dass es ‚den Islam‘ nicht gibt; vielmehr umfasst der Begriff eine Vielzahl verschiedener islamischer Schulen. Im SVR-Integrationsbarometer 2020 wurde dennoch allgemein nach Einstellungen zum Islam gefragt, damit die Abfrage nicht zu komplex wird. Die vorliegende Studie übernimmt das entsprechend.

### Info-Box 3 Islamophobie, Muslimfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus? Ein kurzer Überblick über zentrale Begriffe

In der öffentlichen wie der wissenschaftlichen Diskussion finden sich für Einstellungen zu oder den Umgang mit Musliminnen und Muslimen und dem Islam verschiedene Begriffe, die jeweils unterschiedliche Aspekte hervorheben und zum Teil aus verschiedenen Disziplinen stammen (Medien dienst Integration 2021a: 3; Wäckerlig 2019: 22). Insbesondere zu Beginn der Erforschung diesbezüglicher Einstellungen wurde im deutschsprachigen Raum häufig der Begriff *Islamophobie* verwendet, so zunächst auch im Langzeitprojekt zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Leibold/Kühnel 2003). Dort wurde Islamophobie verstanden als „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams“ (Leibold/Kühnel 2003: 101; Hervorhebung im Original). Zugleich wurde kritisiert, der Begriff suggeriere trotz aller Erläuterungen zu seiner Bedeutung, dass die Ablehnung des Islam und seiner Angehörigen auf Ängste zurückgehe (Schneiders 2015: 3). Deshalb wurde er im wissenschaftlichen Diskurs zunehmend von *Islamfeindlichkeit* abgelöst. Darunter fasst die empirische Forschung jedoch teilweise auch ablehnende und abwertende Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen (Logvinov 2017: 11). Grundsätzlich sollte unterschieden werden zwischen Islamfeindlichkeit als der generellen Ablehnung des Islam

und *Muslimfeindlichkeit* als genereller Abwertung und Ablehnung von Musliminnen und Muslimen (Logvinov 2017: 8).<sup>14</sup>

Die Begriffe Islamophobie, Islam- und Muslimfeindlichkeit stammen alle aus der sozialpsychologisch ausgerichteten Vorurteilsforschung. Der Begriff *antimuslimischer Rassismus* kommt demgegenüber eher aus der postkolonialen Forschungstradition. Er richtet den Blick auf gesellschaftliche Machtasymmetrien als ein wichtiges Kriterium für Rassismus, beleuchtet also weniger die individuelle als die strukturelle Ebene (Hafez 2021: 9; Shooman 2011). Bei dieser Form von Rassismus wird die (reale oder zugeschriebene) Religionszugehörigkeit ethnisiert, der Islam als unwandelbar dargestellt und jegliches Verhalten von Musliminnen und Muslimen auf die Religion zurückgeführt (Medien dienst Integration 2021a: 3; Shooman 2011). Es handelt sich diesem Ansatz zufolge um eine Form von kulturellem Rassismus, da die gesellschaftliche Machtverteilung darüber entscheidet, welche Gruppe(n) in dieser Weise abgewertet werden kann (bzw. können) (Medien dienst Integration 2021a: 3).

Im englischsprachigen Raum hat sich der Begriff *islamophobia* durchgesetzt. Definitiv entspricht er aber dem Verständnis von antimuslimischem Rassismus in Deutschland (Hafez 2021: 3).

Aussagen: „Die in Deutschland lebenden Muslime integrieren sich gut in die deutsche Gesellschaft“, „Ich habe den Eindruck, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen viele religiöse Fanatiker sind“,

„Für mich wäre es in Ordnung, einen muslimischen Vorgesetzten zu haben“ und „Für mich wäre es in Ordnung, wenn es in meiner Gemeinde einen muslimischen Bürgermeister gäbe“.<sup>15</sup>

14 Vereinzelt wird in diesem Zusammenhang noch weiter unterschieden zwischen Muslimfeindlichkeit und Muslimabwertung. Ersteres bezeichnet die unmittelbare Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen bis hin zur Legitimierung von Gewalt, während Letzteres die Auffassung von der Ungleichwertigkeit dieser sozialen Gruppe betont (Logvinov 2017: 8).

15 Die drei Aussagen zum Islam wie auch die Frage zur Bereitschaft, einen muslimischen Bürgermeister oder eine muslimische Bürgermeisterin zu akzeptieren (soziale Nähe), die im SVR-Integrationsbarometer 2020 erhoben wurden, bilden ein Messinstrument für Islamophobie, das im Jahr 2012 für die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) konstruiert und getestet wurde (Breyer/Danner 2015). Die anderen verwendeten Items wurden für das SVR-Integrationsbarometer neu konstruiert.

### 2.1.1 Antiislamische Einstellungen

Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020 belegen, dass negative Einstellungen zum Islam in allen untersuchten Gruppen – mit und ohne Migrationshintergrund – verbreitet sind.<sup>16</sup> **Jeweils etwa ein Drittel der Befragten hätte gern, dass die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland eingeschränkt wird.** Befragte ohne Migrationshintergrund befürworten solche Einschränkungen mit 29 Prozent<sup>17</sup> etwas seltener („eher“ oder „voll und ganz“) als (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler; hier liegt die Zustimmung mit 33 Prozent am höchsten. Die anderen beiden Zuwanderungsgruppen<sup>18</sup> (EU und übrige Welt) liegen dazwischen: Sie bejahen die Aussage zu rund 31 Prozent (Abb. 1).<sup>19</sup>

**Nochmals deutlich mehr Befragte stimmen in allen untersuchten Gruppen der Aussage zu, dass islamische Gemeinschaften vom Staat beobachtet werden sollten.** Personen mit einem Migrationshintergrund aus der EU befürworten dies mit etwas über 41 Prozent am seltensten „eher“ oder „voll und ganz“, dann folgen Befragte ohne Migrationshintergrund mit gut 44 Prozent und schließlich Befragte aus der übrigen Welt sowie (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit jeweils rund 46 Prozent.<sup>20</sup>

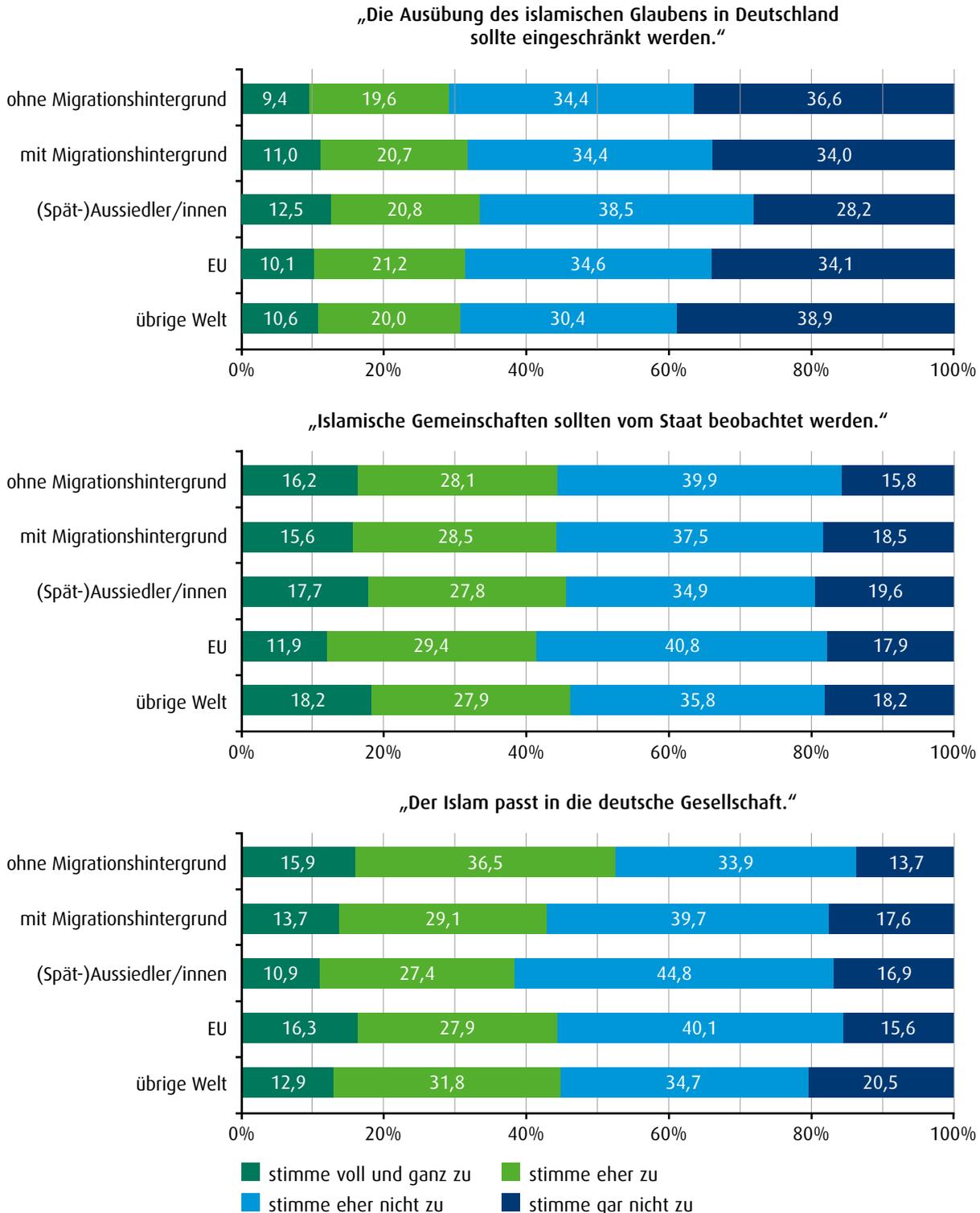
Deutlicher unterscheiden sich die Gruppen bei der Frage, ob der Islam in die deutsche Gesellschaft passt: Von den Personen ohne Migrationshintergrund stimmt

dem über die Hälfte zu. Bei denen mit Migrationshintergrund insgesamt sind es nur knapp 43 Prozent, wobei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit rund 38 Prozent besonders selten zustimmen. Bei allen Zuwanderungsgruppen unterscheiden sich die Werte zu dieser Frage signifikant von denen der Befragten ohne Migrationshintergrund.

Die Ergebnisse zeigen einerseits, dass antiislamische Einstellungen in Deutschland in der Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund relativ weit verbreitet sind; dabei sind (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler etwas negativer eingestellt als die anderen untersuchten Gruppen. Besonders die Ergebnisse für die dritte Aussage bestätigen zudem Befunde einer Studie, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund untersucht hat: Dort stimmten etwa zwei Drittel der Befragten ohne Migrationshintergrund und derer mit einem (post-)sowjetischen und polnischen Hintergrund wertschätzenden Aussagen zum Islam nicht zu (Mansel/Spaiser 2013: 205–206).<sup>21</sup> Andererseits scheint es in den letzten zehn Jahren auch positive Entwicklungen bezogen auf die Einstellungen gegenüber dem Islam gegeben zu haben. Dies zeigt ein Vergleich des SVR-Integrationsbarometers 2020 mit den Ergebnissen einer Studie aus dem Jahr 2010 (Pollack 2014; Friedrichs 2020), in der die drei Fragen zum Islam fast identisch gestellt

- 
- 16 Die Befragten konnten auch die Antwort verweigern. Der Anteil der fehlenden Antworten variiert nach Aussagen und Untersuchungsgruppen. Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund liegt er mit 1 bis 4 Prozent insgesamt niedriger. Bei jenen mit Migrationshintergrund variiert er zwischen 2 und 6 Prozent, wobei Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt mit Werten zwischen 3 und 9 Prozent häufiger die Antwort verweigern als die anderen Gruppen. Die nachfolgend genannten Prozentwerte beziehen sich jedoch stets auf die gegebenen Antworten; fehlende Angaben wurden nicht berücksichtigt.
- 17 Die im Fließtext angeführten Prozentwerte werden stets als ganze Zahlen ohne Nachkommastelle angegeben. Das SVR-Integrationsbarometer ist eine stichprobenbasierte Datenquelle. Solche Quellen sind stets mit Ungenauigkeiten im niedrigen einstelligen Prozentbereich (sog. Stichprobenfehler) behaftet und können Unterschiede im Zehntelbereich bei Prozentwerten daher nicht ganz zuverlässig abbilden.
- 18 Wenn in der vorliegenden Studie von Zuwanderungsgruppen die Rede ist, sind immer Menschen der ersten und zweiten Zuwanderungsgeneration gemeint. Soll zwischen erster und zweiter Generation unterschieden werden, wird dies ausdrücklich gesagt.
- 19 Obgleich die untersuchten Gruppen sich in ihren Antworten nicht erheblich unterscheiden, stimmen Befragte mit Migrationshintergrund insgesamt wie auch jene mit einem Migrationshintergrund aus der EU dieser Aussage signifikant häufiger zu als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Um die Signifikanz zu bestimmen, wurde jeweils ein lineares und ein logistisches Regressionsmodell berechnet. Bei den Analysen zu antiislamischen und antimuslimischen Einstellungen wurde in allen Modellen jeweils für die soziodemografischen Merkmale Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen und Religionszugehörigkeit kontrolliert. Es werden nur Effekte berichtet, die bei Kontrolle dieser Merkmale in beiden Modellen signifikant sind.
- 20 Dabei stimmen lediglich Personen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt signifikant häufiger zu als jene ohne Migrationshintergrund.
- 21 Die Ergebnisse sind allerdings mit den Daten des SVR-Integrationsbarometers nur sehr eingeschränkt vergleichbar: Erstens wurden dort nur Jugendliche befragt; zweitens zielte die Aussage auf die Frage, ob die Menschen in Deutschland vom Islam viel lernen könnten (Mansel/Spaiser 2013: 205).

Abb. 1 Einstellungen zum Islam 2020 (nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

wurden:<sup>22</sup> Von der deutschen Bevölkerung stimmten dort rund 44 Prozent (42 % West; 55 % Ost) der Aussage zu, die islamische Glaubenspraxis müsse eingeschränkt werden, rund 72 Prozent (71 % West; 74 % Ost) befürworteten die Beobachtung islamischer Gemeinschaften und nur 22 Prozent (23 % West; 21 % Ost) fanden, der Islam passe in die westliche Welt (Pollack 2014: 24–33; Friedrichs 2020: 98–100).<sup>23</sup>

### 2.1.2 Antimuslimische Einstellungen

Die Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen umfassen vier Aussagen, die drei Aspekte erheben: Einschätzungen zu ihrer Integration<sup>24</sup> in Deutschland, Einschätzungen zur Verbreitung von religiösem Fanatismus unter Musliminnen und Muslimen in Deutschland (Info-Box 2) und die soziale Nähe bzw. Distanz zu Musliminnen und Muslimen.

#### *Wahrnehmung der Integration von Musliminnen und Muslimen*

Dass sich Musliminnen und Muslime gut integrieren, bejaht etwas mehr als die Hälfte aller Befragten; allerdings stimmen dem in allen Gruppen nur wenige Befragte „voll und ganz“ zu (Abb. 2). Zwischen den Herkunftsgruppen gibt es hier kaum Unterschiede. Befragte mit Migrationshintergrund bejahen das kaum seltener als jene ohne Migrationshintergrund (54 vs. 56 %).<sup>25</sup>

#### *Einschätzungen zur Verbreitung von religiösem Fanatismus unter Musliminnen und Muslimen*

**Die Integration von Musliminnen und Muslimen in Deutschland wird also insgesamt eher positiv be-**

**wertet. Zugleich sind jedoch viele Befragte „eher“ oder „voll und ganz“ überzeugt, dass sich in dieser Gruppe viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker befinden.**<sup>26</sup> Personen ohne Migrationshintergrund bejahen dies mit gut 38 Prozent noch vergleichsweise selten. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund liegt die Zustimmung mit rund 43 Prozent signifikant höher. Sowohl Personen mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der übrigen Welt als auch jene mit (Spät-)Aussiedlerstatus meinen dies mit 42, 44 und 41 Prozent häufiger als jene ohne Migrationshintergrund.

Die im SVR-Integrationsbarometer 2020 abgefragte Aussage zu religiösem Fanatismus lässt sich mit den meisten vorliegenden Befragungen zwar nicht unmittelbar vergleichen. Frühere Studien zeigen jedoch ebenfalls, dass große Teile der Bevölkerung Musliminnen und Muslimen eine Neigung zu religiösem Extremismus bis hin zu Terrorismus unterstellen bzw. dies als ein Charakteristikum des Islam ansehen (Decker et al. 2012: 92; Pollack 2014: 33).

#### *Soziale Nähe bzw. Distanz zu Musliminnen und Muslimen*

Zum Aspekt der sozialen Nähe oder Distanz sollten die Befragten angeben, inwieweit sie erstens eine Vorgesetzte bzw. einen Vorgesetzten und zweitens eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister muslimischen Glaubens akzeptieren würden. Diese Erhebung ist aus zwei Gründen besonders interessant: Erstens geht es hier um die Frage, inwieweit die Befragten Musliminnen und Muslime als gleichberechtigte Mitglieder der deutschen Gesellschaft

22 Damals wurden repräsentative Bevölkerungsumfragen in Deutschland, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Portugal durchgeführt. Da für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund keine Stichproben gezogen wurden, können die Ergebnisse für Deutschland aber lediglich (mit Einschränkungen) für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund vergleichend herangezogen werden.

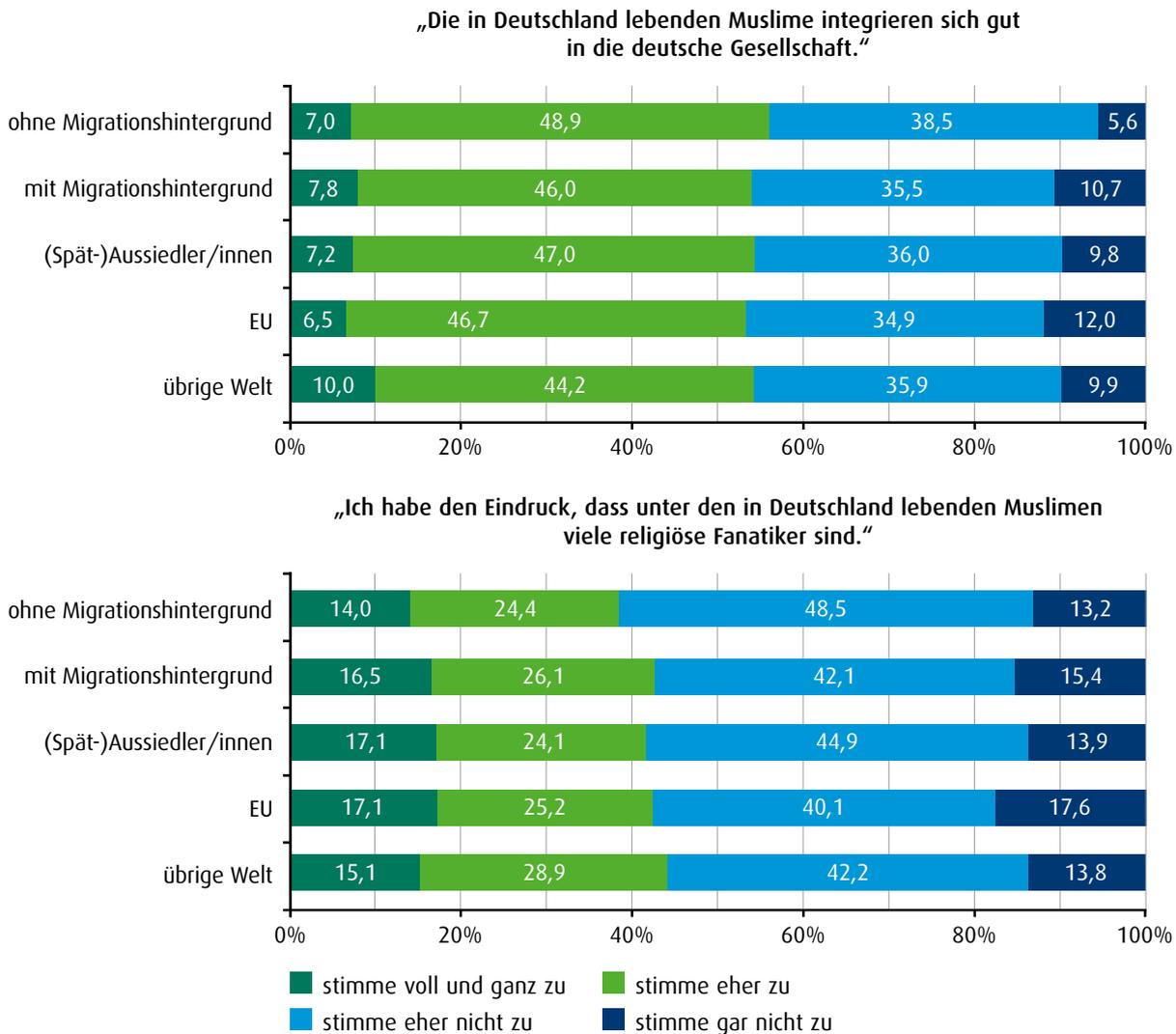
23 Einen Rückgang antimuslimischer Einstellungen bestätigen auch jüngere Auswertungen der ALLBUS-Daten von 2016 (Schneider/Pickel/Öztürk 2021: 575).

24 Der SVR versteht Integration als „möglichst chancengleiche Teilhabe aller Personen an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“ (SVR 2010: 13). Dies betrifft etwa die Teilhabe an Bildung und Ausbildung oder am Arbeitsmarkt, aber auch soziale Beziehungen sowie politische und gesellschaftliche Partizipation (SVR 2018b: 70). In der Befragung wurde jedoch nicht erläutert, was unter Integration zu verstehen ist. Die Befragten folgen also jeweils ihrem eigenen Verständnis des Begriffs.

25 Sowohl die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt als auch Personen mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der übrigen Welt geben allerdings signifikant häufiger als Befragte ohne Migrationshintergrund an, dass sie nicht der Auffassung sind, dass sich Musliminnen und Muslime gut in die Gesellschaft integrieren.

26 Diese beiden Aussagen scheinen sich für die Befragten nicht zu widersprechen: Von denen, die die Integration von Musliminnen und Muslimen in Deutschland positiv bewerten, glaubt ein knappes Viertel bis ein gutes Drittel zugleich, dass in dieser Gruppe viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker sind.

Abb. 2 Einschätzungen zur Integration von Musliminnen und Muslimen in Deutschland und zur Verbreitung von religiösem Fanatismus in dieser Gruppe 2020 (nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

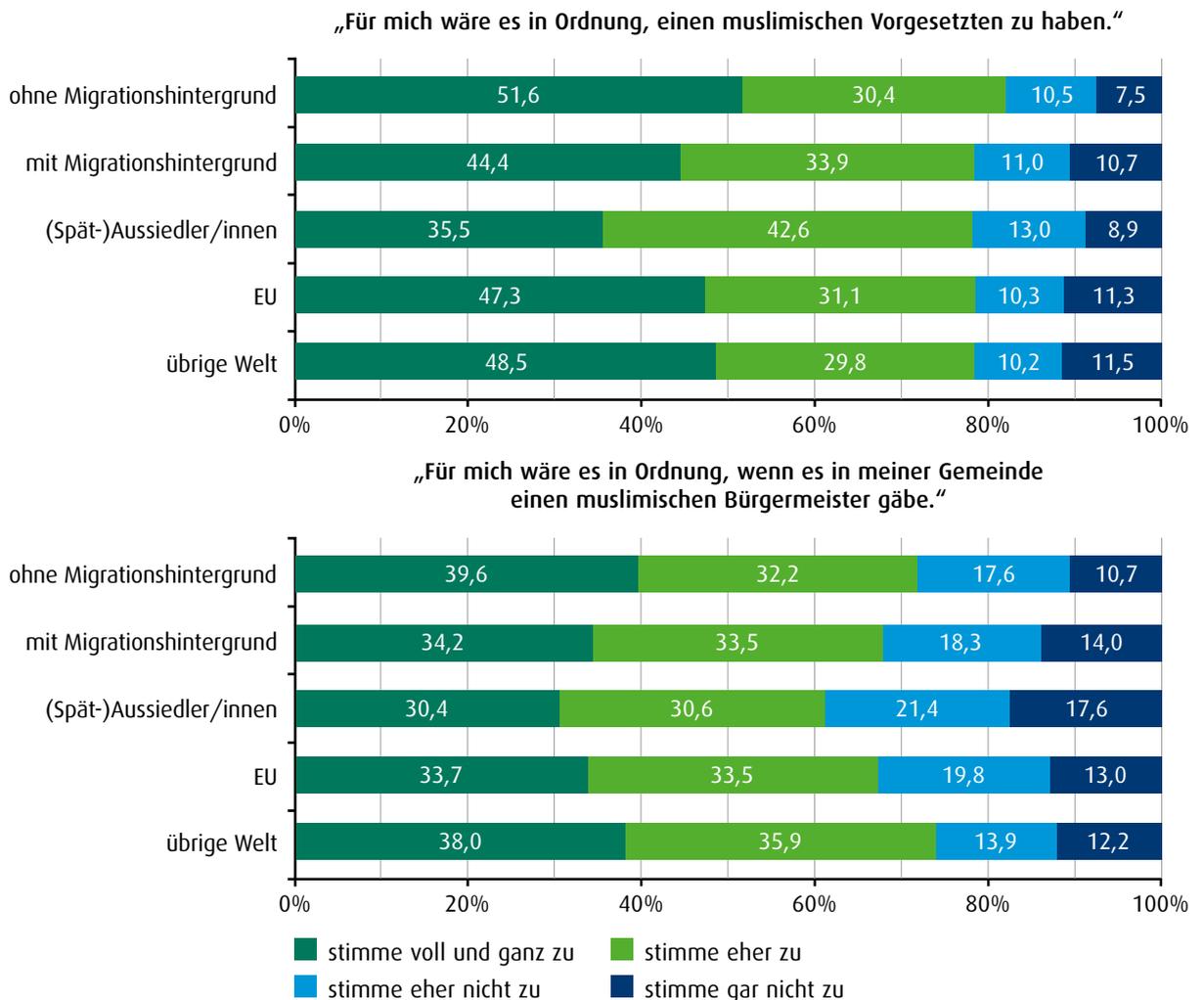
wahrnehmen und anerkennen, dass sie diese Gesellschaft auch aktiv mitgestalten. Zweitens kann sich darüber auch ausdrücken, ob Musliminnen und Muslime als Teil der eigenen Gruppe gesehen werden oder aber als Angehörige einer Outgroup.<sup>27</sup> Dabei ist die Wahrung von sozialer Distanz zu einer Gruppe

ausdrücklich zu unterscheiden von Feindlichkeit oder genereller Ablehnung (Möller/Schuhmacher 2015: 26–27).

**Zunächst kann festgestellt werden, dass die soziale Distanz zu Musliminnen und Muslimen insgesamt eher gering ausgeprägt ist – trotz der zum Teil**

<sup>27</sup> Laut einer Studie, für die insgesamt 1.570 Personen mit Migrationshintergrund aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Frankreich befragt wurden, bedeutet das Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens zwar insgesamt keine allzu große Herausforderung. Befragte aus Polen zeigen hier jedoch eine größere Distanz als die der anderen Herkunftsgruppen (Vrhovac/Hoffmann/Pfeffer-Hoffmann 2016: 70–76).

Abb. 3 Soziale Nähe zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

deutlich negativen bis ablehnenden Haltung zum Islam und zu Muslimen und Musliminnen. Das gilt für die Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund. Die vergleichsweise hohe Zustimmung zu den Aussagen legt somit nahe, den Aspekt der sozialen Nähe oder Distanz separat zu untersuchen.<sup>28</sup> Inwieweit zu Menschen muslimischen Glaubens soziale Distanz gewahrt oder ihre vollständig gleichberech-

tigte und gestaltende Teilhabe akzeptiert wird, ist dabei offenbar abhängig vom Lebensbereich. Denn die Befragten würden insgesamt eher muslimische Vorgesetzte akzeptieren als einen Bürgermeister bzw. eine Bürgermeisterin muslimischen Glaubens (Abb. 3).<sup>29</sup>

Hinsichtlich der Akzeptanz muslimischer Vorgesetzter zeigen sich erneut Unterschiede sowohl zwi-

28 Wenn man mittels einer Faktorenanalyse die Zusammenhänge zwischen allen sieben Aussagen zu Musliminnen und Muslimen und zum Islam untersucht, erweist sich soziale Nähe in den meisten Untersuchungsgruppen als ein eigenes Merkmal.

29 Darüber hinaus bilden beide Aussagen eher die Akzeptanz einer gleichberechtigten Mitgestaltung der Gesellschaft ab als eine persönliche soziale Nähe. Inwieweit z. B. Nachbarinnen und Nachbarn muslimischen Glaubens akzeptiert werden oder gar die Einheirat von Musliminnen und Muslimen in die eigene Familie, wurde im SVR-Integrationsbarometer nicht erhoben.

schen Personen mit und ohne Migrationshintergrund als auch zwischen den einzelnen Zuwanderungsgruppen: 82 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund könnten dies nach eigenen Angaben akzeptieren; bei den Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt und den einzelnen Zuwanderungsgruppen sind es jeweils rund 78 Prozent. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen sind zwar nicht sehr groß, aber dennoch statistisch signifikant.

**Eine Person muslimischen Glaubens als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin sieht die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ebenfalls kritischer als jene ohne Migrationshintergrund; die Zustimmung beträgt hier 68 gegenüber 72 Prozent.**<sup>30</sup> Wie bei der Einstellung zum Islam deutet aber auch hier der Vergleich mit einer früheren repräsentativen Befragung darauf hin, dass die Distanz zu Musliminnen und Muslimen bei der Bevölkerung in Deutschland tendenziell abgenommen hat: Nach einer Analyse des ALLBUS von 2016 hätten zu der Zeit 52 Prozent der Befragten einen Bürgermeister bzw. eine Bürgermeisterin muslimischen Glaubens abgelehnt, 14 Prozent beantworteten die Frage neutral und 34 Prozent hätten damit keine Probleme gehabt (Öztürk 2021: 353).<sup>31</sup>

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bildet in dieser Frage jedoch keinen monolithischen Block; zwischen den einzelnen Zuwanderungsgruppen zeigen sich vielmehr deutliche Unterschiede: Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt hätten mit einem muslimischen Bürgermeister bzw. einer muslimischen Bürgermeisterin zu 74 Prozent keine Probleme; sie unterscheiden sich hier nicht von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Bei den Personen mit einem EU-Migrationshintergrund sind es dagegen nur zwei Drittel. Besonders skeptisch zeigen sich (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler: Nur gut sechs von zehn Befragten stimmen der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Dass Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus gegenüber bestimmten sozialen Gruppen zum Teil negativer ein-

gestellt sind als andere Bevölkerungsgruppen, hat sich bereits im SVR-Integrationsbarometer von 2018 gezeigt, das Einstellungen zu Geflüchteten untersuchte (Friedrichs/Graf 2022: 84–86; SVR 2018a: 13–16).

**Zusammenfassend ist festzuhalten: Ressentiments gegen Musliminnen und Muslime, vor allem aber gegen den Islam sind nach wie vor weit verbreitet, auch wenn sich hier über die letzten zehn Jahre eine positive Entwicklung abzeichnet. Dabei werden Musliminnen und Muslime insgesamt positiver gesehen als der Islam als Religionsgemeinschaft.**

## 2.2 Soziodemografische Merkmale

Wie die bisherigen Analysen gezeigt haben, steht die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund dem Islam wie auch Musliminnen und Muslimen tendenziell weniger ablehnend gegenüber als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, wobei zwischen den einzelnen Zuwanderungsgruppen durchaus Unterschiede bestehen. Zugleich sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen meist nicht so groß, dass sie sich allein durch den Migrationshintergrund erklären lassen. Damit stellt sich die Frage, mit welchen weiteren Faktoren entsprechende Einstellungen jeweils zusammenhängen. Ein tieferes Verständnis der Mechanismen von Vorurteilsbildung und Abwertung ist u.a. notwendig, um daraus Gegen- und Präventionsmaßnahmen ableiten zu können.<sup>32</sup>

### 2.2.1 Einfluss von Alter, Geschlecht und Bildung

Die Forschung zu Vorurteilen hat gezeigt, dass ältere Menschen eher Furcht vor dem Islam und vor Musliminnen und Muslimen haben als jüngere (Foroutan et al. 2015: 56; Pollack/Müller 2013: 40–41; Zick/Berghan/Mokros 2019: 89) – wobei hier gemeinhin eher von einem Kohorten- als von einem wirklichen Alterseffekt<sup>33</sup> ausgegangen wird. Darüber hinaus sind

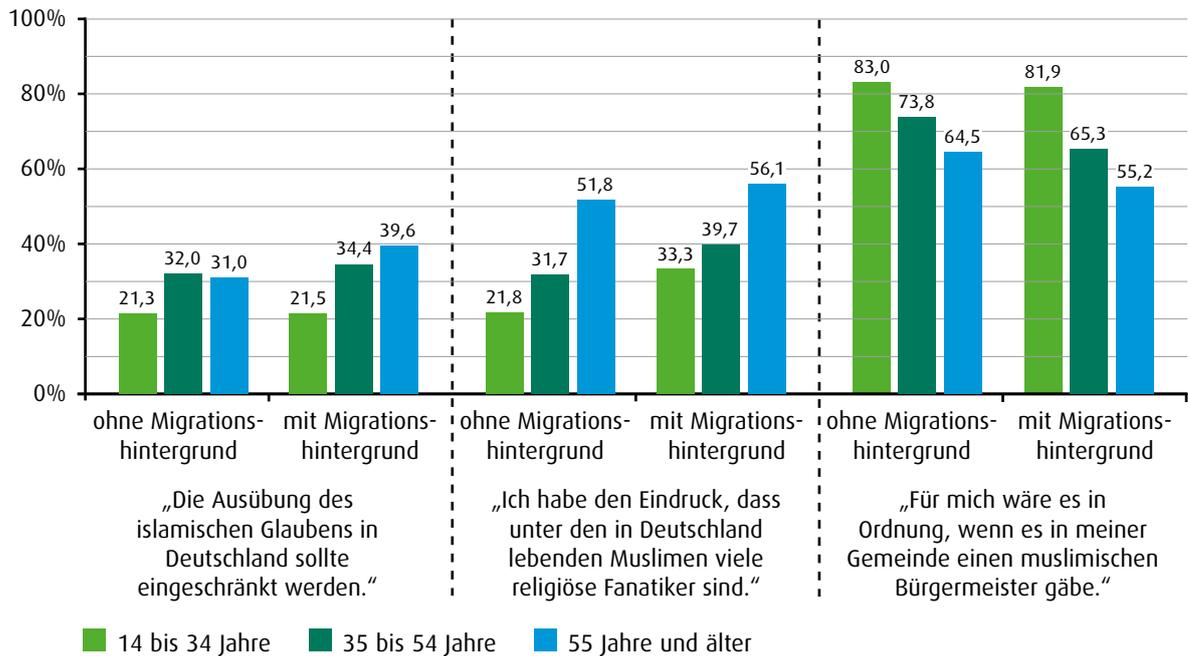
30 Die Unterschiede sind statistisch signifikant.

31 Die Ergebnisse sind jedoch nur eingeschränkt vergleichbar, denn im ALLBUS wurde zur Beantwortung eine Skala mit sieben Ausprägungen vorgelegt, während das SVR-Integrationsbarometer eine vierstufige Antwortskala verwendet.

32 In den weiteren Analysen im zweiten Kapitel wird bei der Darstellung der Ergebnisse nicht mehr explizit getrennt zwischen den Einstellungen zum Islam und denen zu Muslimen und Musliminnen.

33 Alterseffekte liegen vor, wenn Unterschiede zwischen Altersgruppen auf den Prozess des Alterwerdens zurückgeführt werden können. Kohorteneffekte beziehen sich dagegen auf Eigenschaften, die die Angehörigen einer bestimmten Alterskohorte miteinander teilen, weil sie z. B. ähnliche Sozialisierungserfahrungen gemacht haben (Stein 2014: 143).

Abb. 4 Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Alter)



Anmerkung: Abgebildet ist jeweils der Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen.  
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Frauen in der Regel weniger antimuslimisch und antiislamisch eingestellt als Männer (Decker et al. 2012: 93; Pickel/Yendell 2018: 226); allerdings sind die Geschlechterunterschiede oft gering. Besonders wichtig für die Ablehnung von Musliminnen und Muslimen oder dem Islam ist nach bisherigen Studien das Bildungsniveau. Höhergebildeten wird u. a. aufgrund von Wissen ein höheres Reflexionsniveau zugesprochen, das eine pauschale Ablehnung sozialer Gruppen unwahrscheinlicher macht. Dies wurde in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen (Decker et al. 2012: 93; Decker et al. 2016: 38; Endrikat 2006: 109–111; Pollack/Müller 2013: 40–41; Zick/Berghan/Mokros 2019: 92).<sup>34</sup> Allerdings sind die Stichproben der betreffenden Studien zwar für die deutsche Gesamtbe-

völkerung repräsentativ, erlauben aber keine Aussagen über Personen mit Zuwanderungsgeschichte.

#### Jüngere haben positivere Einstellungen

In Bezug auf den Zusammenhang mit dem Alter bestätigen die Resultate des SVR-Integrationsbarometers 2020 Befunde anderer Untersuchungen: Bei allen Aussagen zeigen sich bei den Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund entsprechende Unterschiede.<sup>35</sup> So befürworten ältere Befragte häufiger, die islamische Glaubenspraxis in Deutschland einzuschränken, und vermuten bei den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen häufiger eine Tendenz zu religiösem Fanatismus (Abb. 4). Zudem meinen sie häufiger, dass der Islam nicht zur deutschen Gesellschaft

<sup>34</sup> Allerdings wird in den meisten Studien nicht kontrolliert, ob Höhergebildete eher dazu neigen, sozial erwünscht zu antworten. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass der reine Bildungseffekt geringer ist als der, den diese Studien ermitteln.

<sup>35</sup> Für alle multivariaten Berechnungen wurde das Alter als eine kontinuierliche Variable einbezogen. Zur deskriptiven Darstellung der Alterseffekte wurden die Befragten in drei Altersgruppen unterteilt: 14 bis 34 Jahre, 35 bis 54 Jahre, 55 Jahre und älter.

passt<sup>36</sup> und dass islamische Gemeinschaften beobachtet werden sollten.<sup>37</sup> Auch zeigt sich bei ihnen eine größere Distanz zu Musliminnen und Muslimen: Sie hätten eher Probleme sowohl mit muslimischen Vorgesetzten<sup>38</sup> als auch mit einem Bürgermeister bzw. einer Bürgermeisterin muslimischen Glaubens (Abb. 4).

Der Zusammenhang zwischen dem Alter und den Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen ist bei der Bevölkerung mit und bei der ohne Migrationshintergrund sehr ähnlich und fast immer linear. Nur der Forderung, die Glaubensausübung einzuschränken, stimmen Personen ohne Migrationshintergrund zwischen 35 und 54 Jahren etwas häufiger zu als jene ab 55 Jahren.

*Frauen sind etwas restriktiver eingestellt als Männer* Geschlechterunterschiede finden sich häufiger in der Bevölkerung ohne als in der mit Migrationshintergrund. Wenn es Unterschiede gibt, zeigen Frauen in Bezug auf den Islam und auf Musliminnen und Muslime meist eine restriktivere Haltung als Männer. Die oben angesprochene Tendenz anderer Studien bestätigt sich in den Daten des SVR-Integrationsbarometers also nicht.<sup>39</sup> So glauben Frauen ohne wie mit Migrationshintergrund eher als Männer, dass es unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker gibt,<sup>40</sup> und wahren stärker soziale Distanz.<sup>41</sup> In der Bevölke-

rung ohne Migrationshintergrund befürworten Frauen darüber hinaus eher, dass islamische Gemeinschaften vom Staat beobachtet werden (47 % vs. 41 % bei den Männern). Allerdings meinen sie auch häufiger als Männer, dass die in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime sich insgesamt gut integrieren, und finden auch eher, dass der Islam gut in die deutsche Gesellschaft passt.

*Bildungseffekte sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund anders als in der ohne Migrationshintergrund gering*

In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hängt die Einstellung zu Musliminnen und Muslimen und zum Islam häufiger und stärker mit dem Bildungsniveau zusammen. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wie auch in den einzelnen Zuwanderungsgruppen zeigen sich solche Zusammenhänge hingegen nur vereinzelt. Zudem ist der Zusammenhang zum Teil nicht linear.

**In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund befürworten etwa mit steigendem Bildungsniveau deutlich weniger Befragte, die islamische Glaubenspraxis einzuschränken:** Fast 40 Prozent der Geringgebildeten<sup>42</sup> stimmen dem „eher“ oder „voll und ganz“ zu; von denjenigen mit einem mittleren Bildungsniveau befürwortet das nur ein gutes Drittel und von den Hochgebildeten sogar nur 16 Prozent.<sup>43</sup>

36 Die 14- bis 34-jährigen Befragten stimmen der Aussage zu 66 Prozent (ohne Migrationshintergrund) bzw. 57 Prozent (mit Migrationshintergrund) „eher“ oder „voll und ganz“ zu; in der ältesten Kohorte (ab 55 Jahren) sind es hingegen nur 44 bzw. 31 Prozent.

37 In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund stimmen 24 Prozent der 14- bis 34-jährigen dem „eher“ oder „voll und ganz“ zu, in der Gruppe ab 55 Jahren sind es hingegen 55 Prozent. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt die Zustimmung bei 31 und 53 Prozent.

38 Hier beträgt die Zustimmung in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 89 Prozent für die 14- bis 34-jährigen und 74 Prozent für die Gruppe ab 55 Jahren; bei den Befragten mit Migrationshintergrund sind es 85 bzw. 69 Prozent.

39 Zumindest vereinzelt zeigte sich eine restriktivere Haltung von Frauen bereits in den Daten des SVR-Integrationsbarometers 2018: Dort gaben (Spät-)Aussiedlerinnen eher als (Spät-)Aussiedler an, dass sie durch den Flüchtlingszuzug einen Anstieg der Kriminalität befürchten (Friedrichs/Graf 2022: 88).

40 Frauen ohne Migrationshintergrund: 40 Prozent; Männer ohne Migrationshintergrund: 36 Prozent; Frauen mit Migrationshintergrund: 47 Prozent; Männer mit Migrationshintergrund: 38 Prozent.

41 Bei der Frage einer bzw. eines muslimischen Vorgesetzten sind Geschlechterunterschiede nur in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund signifikant und recht gering (Frauen: 81 %; Männer: 83 %). Bezüglich der Akzeptanz einer Bürgermeisterin bzw. eines Bürgermeisters muslimischen Glaubens sind sie bei den Befragten ohne Migrationshintergrund ähnlich gering (Frauen: 70 %; Männer: 74 %), bei jenen mit Migrationshintergrund hingegen größer (Frauen: 63 %; Männer: 72 %). Die Unterschiede sind jedoch in beiden Gruppen signifikant.

42 Ein niedriges formales Bildungsniveau haben Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss, ein mittleres Bildungsniveau entspricht einem Realschulabschluss, ein hohes Bildungsniveau haben Personen mit Abitur oder Fachabitur (oder in allen Fällen jeweils äquivalenten Abschlüssen). Schülerinnen und Schüler bilden eine eigene Kategorie, die bei den Analysen ausgeschlossen wurde (SVR 2018c: 18). Befragte mit Migrationshintergrund, die nicht in Deutschland die Schule abgeschlossen haben, sollen ihren Schulabschluss selbst entsprechend dem deutschen System einordnen.

43 Bei beiden Bildungsgruppen sind die Unterschiede zu Personen mit niedriger Bildung statistisch signifikant.

In diesem Punkt bestätigt das SVR-Integrationsbarometer somit Befunde früherer Studien (s. o.).

Bei den Befragten mit Migrationshintergrund geht die Zustimmung hingegen nicht linear mit steigendem Bildungsniveau zurück. Hier befürworteten Niedrig- und Hochgebildete eine Einschränkung der islamischen Glaubensausübung jeweils zu etwa 30 Prozent, von jenen mit einem mittleren Bildungsniveau tun das 42 Prozent. Letzteres ist vor allem auf die (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zurückzuführen.<sup>44</sup> Bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt wiederum sind Hochgebildete in dieser Frage restriktiver eingestellt als Geringgebildete. Auch bei der Frage, ob islamische Gemeinschaften vom Staat beobachtet werden sollten, stimmen Befragte mit Migrationshintergrund mit einem mittleren Bildungsniveau am häufigsten zu: Befragte mit Migrationshintergrund mit geringer formaler Bildung befürworten dies zu 47 Prozent, jene mit mittlerer Bildung zu 52 Prozent und die Hochgebildeten zu 40 Prozent.<sup>45</sup>

Bezüglich der Akzeptanz eines muslimischen Bürgermeisters bzw. einer muslimischen Bürgermeisterin sind die Zusammenhänge mit dem Bildungsniveau hingegen einheitlich und linear: Bei der Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund steigt die Zustimmung mit zunehmender Bildung an. Besonders in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hätten Hochgebildete mit fast 80 Prozent viel seltener Probleme mit einem Bürgermeister bzw. einer Bürgermeisterin muslimischen Glaubens als Personen mit mittlerer Bildung (62 %) oder Niedriggebildete (55 %). Auch in den drei untersuchten Herkunftsgruppen stimmen dem jeweils signifikant mehr Hochgebildete zu als weniger Gebildete.<sup>46</sup>

**Insgesamt ist festzuhalten, dass in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein mittleres, zum Teil auch ein hohes Bildungsniveau eher mit anti-islamischen Einstellungen einhergeht. Die soziale Distanz zu Musliminnen und Muslimen nimmt dagegen mit steigender Bildung ab.**

#### 2.2.2 Migrationsspezifische Faktoren: Aufenthaltsdauer und Land des Bildungsabschlusses

Für die Einstellungen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. der einzelnen Zuwanderungsgruppen dürften neben soziodemografischen Merkmalen auch migrationsspezifische Aspekte eine Rolle spielen, etwa die Dauer des Aufenthalts in Deutschland. Je länger Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in einer Gesellschaft zusammenleben, desto eher ist zu erwarten, dass sie sich einander ein Stück weit annähern.<sup>47</sup> Dies betrifft Gewohnheiten und die Lebensweise ebenso wie Einstellungen und Wertorientierungen. Ob das die Ablehnung bestimmter sozialer Gruppen eher fördert oder eher verringert, dürfte dann vor allem davon abhängen, wie Diskurse über die betreffende Gruppe geführt werden und welche Positionen sich ggf. als ‚Mainstreammeinung‘ herauskristallisieren. In jedem Fall ist anzunehmen, dass sich die Unterschiede zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund verringern. Nach den bisherigen Analysen ist die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zu Musliminnen und Muslimen sowie zum Islam etwas positiver eingestellt als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Daher ist eher zu erwarten, dass antimuslimische Haltungen mit steigender Aufenthaltsdauer abnehmen.<sup>48</sup> Für die Einstellungen zu anderen sozialen Gruppen konnte ein entsprechender Einfluss anhand der Daten

44 (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit niedriger Bildung befürworten eine Glaubenseinschränkung zu 35 Prozent; bei denen mit mittlerer Bildung sind es 46 Prozent.

45 In den multivariaten Regressionsmodellen, bei denen für soziodemografische Faktoren statistisch kontrolliert wurde (s. Kap. 1), stimmen allerdings Hochgebildete beiden Aussagen zum Islam jeweils häufiger zu als jene mit niedriger Bildung.

46 (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit niedriger Bildung stimmen dem zu 46 Prozent „eher“ oder „voll und ganz“ zu, bei den Hochgebildeten sind es hingegen 82 Prozent. Bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU und der übrigen Welt betragen die Werte 57 bzw. 64 Prozent (niedrige Bildung) gegenüber 78 und 79 Prozent (hohe Bildung).

47 Dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sich zum Teil annähern, wenn sie länger in einer Gesellschaft zusammenleben, ist eine Annahme zu empirischen Wahrscheinlichkeiten. Damit geht nicht die normative Annahme einher, dass eine gegenseitige Annäherung zwangsläufig wünschenswert ist.

48 Grundsätzlich wäre es natürlich auch möglich, dass die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sich der etwas restriktiveren Haltung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund annähert. Da öffentliche Diskurse jedoch nach wie vor stärker von Menschen ohne Migrationshintergrund geprägt sind, ist diese Variante weniger wahrscheinlich.

des SVR-Integrationsbarometers 2018 nachgewiesen werden, nämlich für die Haltung von (Spät-)Aus-siedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern zu Geflüchteten (Friedrichs/Graf 2022: 87; SVR 2018a: 21–22).

Darüber hinaus könnten die Einstellungen auch von den Bedingungen beeinflusst sein, unter denen Menschen aufgewachsen sind. Bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist in diesem Zusammenhang somit auch interessant, ob sie in Deutschland sozialisiert wurden oder in einem anderen Land. Als Indikator dafür wurde im SVR-Integrationsbarometer erhoben, in welchem Land die Befragten ihren Schulabschluss gemacht haben.

*Aufenthaltsdauer und Zuwanderungsgeneration: vor allem die zweite Generation ist weniger skeptisch*  
**Hinsichtlich der Einstellung zu Musliminnen und Muslimen und zum Islam zeigt sich bei fast allen Aspekten<sup>49</sup> eine klare Tendenz: Angehörige der Nachfolgegeneration, die in Deutschland sozialisiert wurden, stimmen antimuslimischen und anti-islamischen Aussagen seltener zu und sind eher bereit, Musliminnen und Muslime als gleichberechtigt gestaltende Mitglieder der Gesellschaft zu akzeptieren.<sup>50</sup>** So fordern von den Angehörigen der ersten Generation 35 Prozent, die Ausübung des islamischen Glaubens einzuschränken; bei der zweiten Generation sind es hingegen nur 16 Prozent. Eine Beobachtung islamischer Gemeinschaften befürworten 43 Prozent der ersten Generation mit einer Aufenthaltsdauer bis zu 20 Jahren und sogar die Hälfte derjenigen, die schon länger als 20 Jahre in Deutschland leben. Von

den Angehörigen der zweiten Generation meinen das dagegen nur 32 Prozent.<sup>51</sup> Und 71 Prozent der selbst Zugewanderten mit einem Aufenthalt bis zu 20 Jahren hätten keine Probleme mit einer muslimischen Bürgermeisterin bzw. einem muslimischen Bürgermeister; bei denen mit einer längeren Aufenthaltsdauer sind es nur 59 Prozent. Von den Angehörigen der zweiten Generation fänden das hingegen 82 Prozent akzeptabel.

Dass die zweite Generation zum Islam bzw. zu Musliminnen und Muslimen positiver eingestellt ist, gilt in erster Linie für (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, etwas weniger ausgeprägt auch für Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt.<sup>52</sup> Bei den Befragten mit einem EU-Migrationshintergrund zeigt sich dieser Zusammenhang hingegen nur bei der Forderung, die Ausübung der islamischen Religion einzuschränken. Abb. 5 zeigt die Zusammenhänge in den einzelnen Zuwanderungsgruppen beispielhaft anhand der Zustimmung zu der Aussage „Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft“.

Von den Befragten aus der übrigen Welt sowie den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, die noch keine 20 Jahre in Deutschland leben, sind jeweils rund 38 Prozent der Meinung, der Islam passe in die deutsche Gesellschaft. In der zweiten Generation meinen das hingegen fast 64 Prozent (übrige Welt) bzw. sogar 70 Prozent ((Spät-)Aussiedler/innen).<sup>53</sup> Bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU beträgt der Abstand zwischen den beiden Gruppen hingegen ‚nur‘ 10 Prozentpunkte. Dies ist primär

49 Die einzige Ausnahme bildet hier die Einschätzung, dass sich unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker befinden. Bei dieser Aussage lässt sich nur ein signifikanter Effekt feststellen: Zugewanderte aus der EU, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben, stimmen ihr eher zu als jene mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer. Daher wird auf dieses Item im Folgenden nicht näher eingegangen.

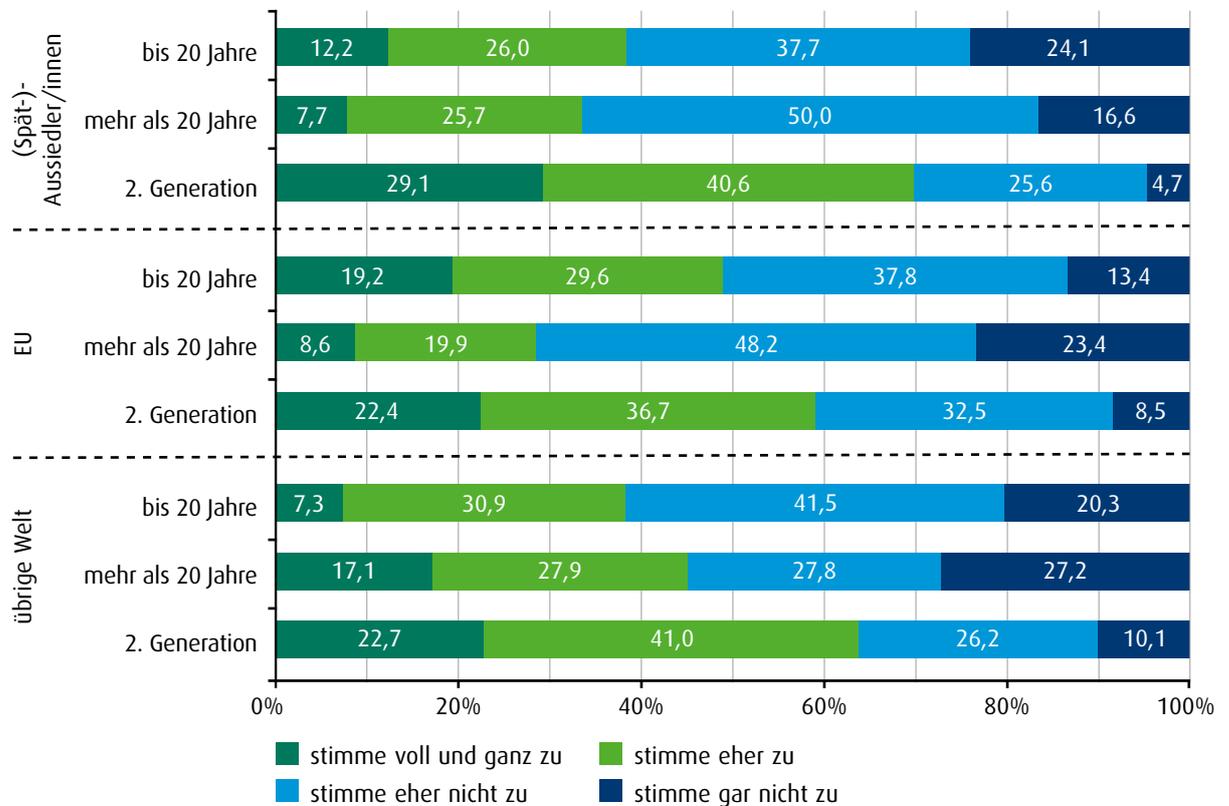
50 Um die Signifikanz zu ermitteln, wurden wiederum multivariate Regressionsmodelle berechnet, die neben den soziodemografischen Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung, Erwerbsstatus und Nettoäquivalenzeinkommen zusätzlich die Zuwanderungsgeneration und die Aufenthaltsdauer berücksichtigen. Auch für alle weiteren Merkmale, die nicht zur genannten Soziodemografie gehören und in den folgenden Abschnitten dargestellt werden, wurde entsprechend vorgegangen. Erneut wurde jeweils ein lineares und ein logistisches Modell berechnet. Signifikanzen werden nur angegeben, wenn sie sich in beiden Modellen zeigten.

51 Bei statistischer Kontrolle der Soziodemografie unterscheiden sich Angehörige der zweiten Generation bei dieser Aussage allerdings nur von selbst Zugewanderten mit einer Aufenthaltsdauer von bis zu 20 Jahren, nicht von denen, die schon länger in Deutschland leben.

52 Bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt zeigen sich bezüglich der Einschätzung der Integration von Musliminnen und Muslimen sowie der Akzeptanz einer Bürgermeisterin bzw. eines Bürgermeisters muslimischen Glaubens keine Unterschiede zwischen den Generationen.

53 Allerdings gehören von den befragten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern nur 153 der zweiten Generation an, deshalb sind die Resultate mit Vorsicht zu interpretieren.

Abb. 5 „Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft“ 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten, Aufenthaltsdauer und Zuwanderungsgeneration)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

darauf zurückzuführen, dass hier schon jene, die seit höchstens 20 Jahren in Deutschland leben, fast zur Hälfte der Ansicht sind, der Islam sei mit der deutschen Gesellschaft kompatibel. Die zweite Generation dieser Zuwanderungsgruppe stimmt der Aussage mit 59 Prozent fast ebenso häufig zu wie die zweite Generation der Zugewanderten aus der übrigen Welt.

#### *Geringere Ressentiments bei einem Schulabschluss in Deutschland*

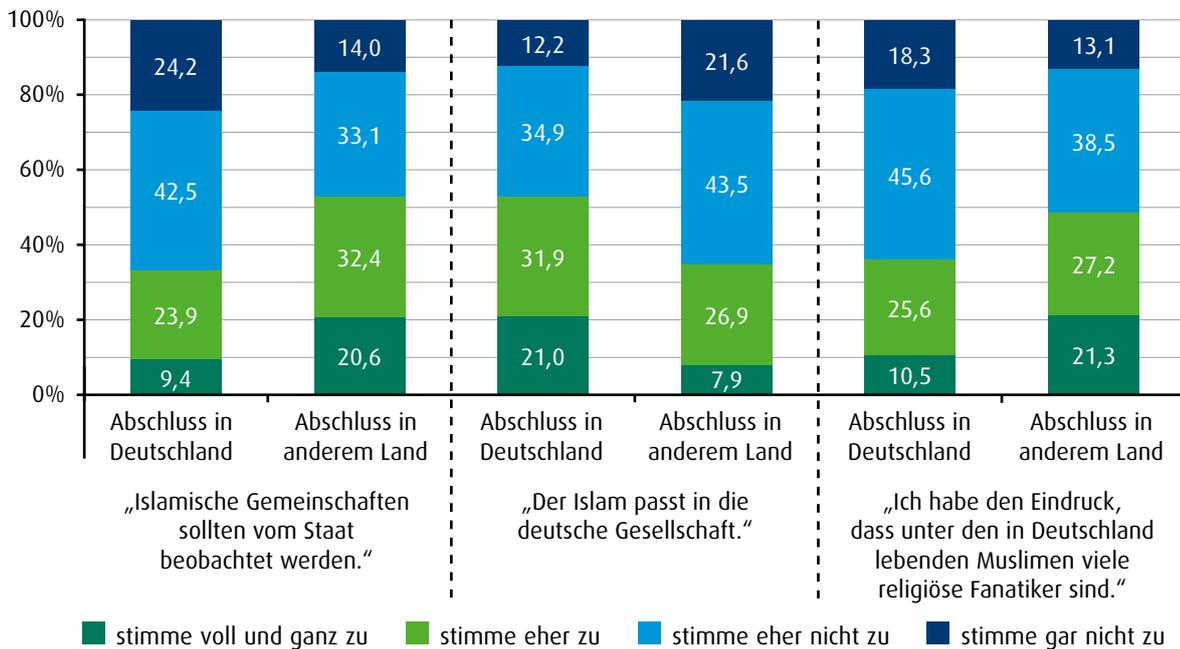
Welchen Einfluss haben die Bedingungen der Sozialisation, konkret die Frage, in welchem Land eine Person ihre Schulbildung erhalten hat? Als Indikator dafür bietet das SVR-Integrationsbarometer nicht den Bildungsverlauf selbst, sondern das Land, in dem der Schulabschluss erworben wurde. Haben die Befragten ihren Schulabschluss in Deutschland erworben, ist in der Regel davon auszugehen, dass zumindest der

größte Teil ihres Bildungswegs an deutschen Schulen stattgefunden hat.

**Insgesamt zeigen die Ergebnisse: Befragte mit Migrationshintergrund, die ihren Schulabschluss in Deutschland erworben haben, zeigen durchweg weniger antiislamische und antimuslimische Einstellungen.** Dieser Befund wird exemplarisch anhand von drei Aussagen erörtert, die in Abb. 6 dargestellt sind.

Von den Befragten mit Migrationshintergrund, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, befürwortet über die Hälfte eine staatliche Beobachtung islamischer Gemeinschaften. Bei denjenigen mit einem deutschen Schulabschluss ist es hingegen nur ein Drittel. Fast die Hälfte derer mit einem ausländischen Abschluss meint, dass sich unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker befinden; das meinen von jenen, die ihren Abschluss in Deutschland ge-

Abb. 6 Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen bei Menschen mit Migrationshintergrund 2020 (nach dem Land des Bildungsabschlusses)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.  
 Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

macht haben, nur rund 36 Prozent. Ähnlich groß ist der Unterschied beim Islambild: Dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt, meinen von denen mit einem ausländischen Schulabschluss rund 35 Prozent, von denen mit einem deutschen Abschluss hingegen fast 53 Prozent.

**Differenziert man nach den einzelnen Herkunftsgruppen, zeigen vor allem (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit einem deutschen Bildungsabschluss eine größere soziale Nähe zu Musliminnen und Muslimen,<sup>54</sup> bewerten deren Integration positiver<sup>55</sup> und sehen bei den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen seltener eine starke Tendenz zu religiösem Fanatismus.<sup>56</sup> Zudem**

befürworten sie seltener eine Beobachtung islamischer Gemeinschaften (Abschluss in Deutschland: 25%; Abschluss in einem anderen Land: 68%) und eine Einschränkung der Glaubenspraxis (22% vs. 46%). Ein Einfluss der Sozialisationsbedingungen auf die Einstellungen zeigt sich also (zumindest bisher) vor allem bei der Bevölkerung mit (Spät-)Aussiedlerstatus. Hinsichtlich der Einstellung zum Islam und der sozialen Nähe zu Menschen muslimischen Glaubens finden sich ähnliche Effekte aber auch bei Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt.<sup>57</sup>

**Bei Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Abschluss in Deutschland gemacht haben, sind**

54 87 Prozent der befragten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit einem deutschen Bildungsabschluss würden muslimische Vorgesetzte akzeptieren; bei denen mit einem Abschluss aus einem anderen Land sind es nur 68 Prozent. Eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister muslimischen Glaubens finden von denen mit einem deutschen Bildungsabschluss 77 Prozent akzeptabel, aber nur 44 Prozent derer mit einem ausländischen Abschluss.

55 41 Prozent derer mit einem ausländischen und 67 Prozent derer mit einem deutschen Abschluss meinen, dass Musliminnen und Muslime sich gut integrieren.

56 57 Prozent derer mit einem ausländischen und 27 Prozent derer mit einem deutschen Abschluss stimmen dem zu.

57 Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU mit einem deutschen Abschluss meinen lediglich etwas häufiger, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt. Ansonsten finden sich hier keine signifikanten Zusammenhänge.

**antimuslimische Einstellungen aber nicht nur generell seltener, sie nehmen mit steigendem Bildungsniveau<sup>58</sup> auch ab.<sup>59</sup>** So befürworten die Befragten mit zunehmender Bildung seltener eine Einschränkung der Religionsausübung, glauben weniger an eine starke Verbreitung von religiösem Fanatismus unter Musliminnen und Muslimen und zeigen zu diesen eine größere soziale Nähe. Der vorurteilsreduzierende Effekt des Bildungsniveaus unterscheidet sich bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund also kaum, sofern sie in Deutschland zur Schule gegangen sind.

### 2.3 Eigene Benachteiligung und die Abwertung anderer: ökonomische Benachteiligung und Diskriminierungserfahrungen

Abwertende Einstellungen oder diskriminierende Handlungen werden im gesellschaftlichen wie auch im wissenschaftlichen Diskurs mitunter damit erklärt, dass die betreffende Person damit auf eine eigene unterprivilegierte Position oder eigene Diskriminierungserfahrungen reagiere. Im Zusammenhang mit Benachteiligung hat sich der Begriff der Deprivation etabliert. Es gibt dafür keine allgemeingültige Definition, doch wird Deprivation häufig verstanden als ein – realer oder wahrgenommener – Zustand der Entbehrung, der Unzufriedenheit erzeugt. Dies wiederum kann dazu führen, dass andere soziale Gruppen abgewertet werden, um sich selbst oder die eigene Gruppe aufzuwerten (Rippl/Baier 2005: 645; Rippl/Baier/Boehne 2012: 291). Die Abwertung anderer Gruppen kann demnach als eine Kompensationsstrategie verstanden werden (Wolf/Schlüter/Schmidt 2006: 67).

In Anlehnung an den Mainstream der Forschungsliteratur wird Deprivation im Folgenden als ökonomische

Benachteiligung verstanden.<sup>60</sup> Als Indikator für objektive individuelle Deprivation hat sich das Nettoeinkommen des Haushalts etabliert, hier wird im Folgenden mit dem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) gearbeitet.<sup>61</sup>

#### 2.3.1 Nettoäquivalenzeinkommen

**Die Analysen zeigen, dass antimuslimische und antiislamische Einstellungen bei Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund mit steigendem Einkommen abnehmen.** Eine Ausnahme bildet lediglich die Einschätzung der Integration von Musliminnen und Muslimen: Hier ergeben sich kaum Zusammenhänge mit dem Einkommen. Abb. 7 zeigt die Ergebnisse für drei Aussagen, bei denen sich deutliche Effekte zeigen.

Von den Befragten ohne Migrationshintergrund mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen unter 1.500 Euro ist annähernd ein Drittel der Ansicht, die Ausübung der islamischen Religion sollte eingeschränkt werden; von jenen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen über 3.000 Euro meinen das nur 22 Prozent. Ganz ähnlich sind die Resultate für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund: 37 Prozent der Befragten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unter 1.500 Euro befürworten eine Einschränkung der Glaubensausübung, bei jenen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen über 3.000 Euro sind es nur 27 Prozent. Besonders stark ist der Zusammenhang zum Einkommen bei den Befragten mit Migrationshintergrund bei der Aussage, dass bei den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen religiöser Fanatismus verbreitet ist: Fast 52 Prozent der Befragten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unter 1.500 Euro bejahen das; bei jenen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen über 3.000 Euro sind es mit 26 Prozent nur halb so viele.

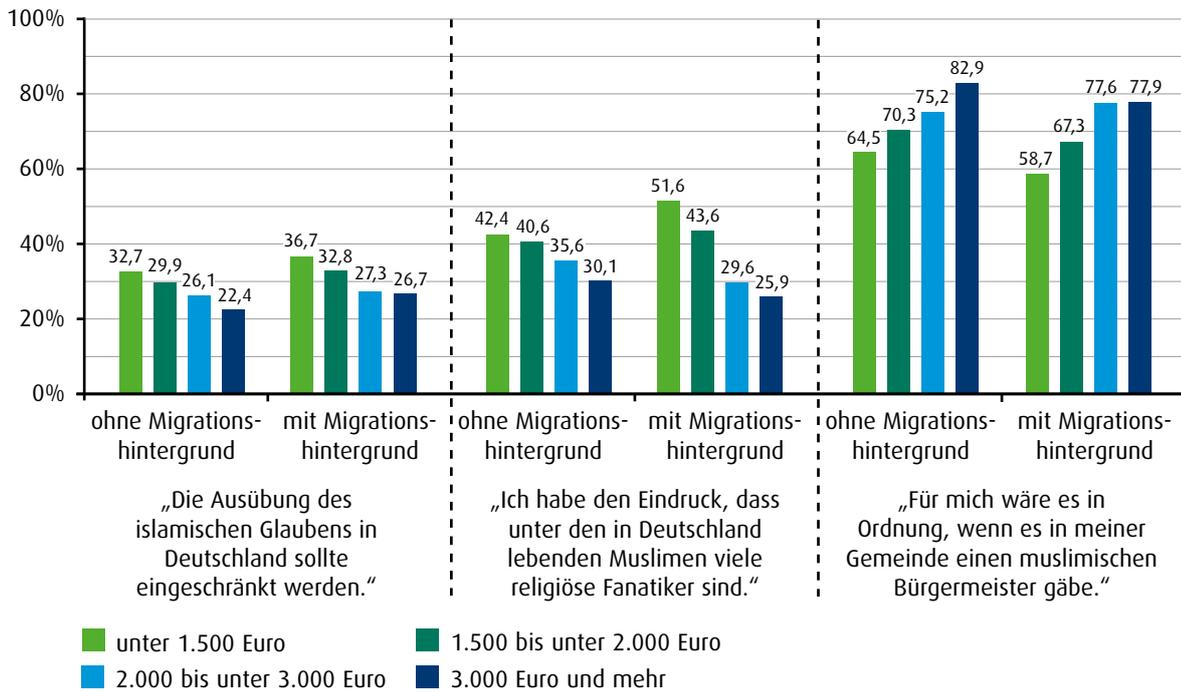
58 Einschränkung ist darauf hinzuweisen, dass die Befragten ihren im Ausland erworbenen Abschluss selbst einem entsprechenden deutschen Abschluss zuordnen. Inwieweit diese Zuordnung adäquat ist, lässt sich nicht abschließend überprüfen.

59 Allerdings zeigt sich dieser Zusammenhang nicht bei allen sieben Aussagen.

60 In der Forschung werden viele verschiedene Facetten von Deprivation unterschieden, die hier nicht alle berücksichtigt werden können. Neben der Frage, ob es sich um eine objektive oder eine subjektiv wahrgenommene Unterprivilegierung handelt, spielt auch eine Rolle, ob die betreffende Person sich individuell benachteiligt sieht oder in ihrer Wahrnehmung der Eigengruppe etwas vorenthalten wird. Weiterhin kann unterschieden werden zwischen absoluter Deprivation und einer Benachteiligung verglichen mit anderen Personen oder Gruppen (Rippl/Baier 2005: 658; Pettigrew et al. 2008: 390).

61 Um Verzerrungen durch die Zahl der im Haushalt lebenden Personen zu vermeiden, wurde im SVR-Integrationsbarometer das sog. Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte berechnet. Dabei wird das Haushaltsnettoeinkommen mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Erwachsenen und Kinder gewichtet (Eurostat 2018: 137).

Abb. 7 Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Nettoäquivalenzeinkommen)



Anmerkung: Abgebildet ist jeweils der Anteil derjenigen, die „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Dass Menschen mit einem höheren Nettoäquivalenzeinkommen den Islam wie auch Musliminnen und Muslime positiver sehen, bestätigt sich auch bei den Ansichten zur Überwachung islamischer Gemeinschaften und zur Vereinbarkeit des Islam mit der deutschen Gesellschaft und bei der Akzeptanz einer bzw. eines Vorgesetzten muslimischen Glaubens.<sup>62</sup>

Insgesamt zeigen die Ergebnisse deutlich, dass Befragte mit einem höheren Einkommen weniger zu antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen neigen als Personen mit einem geringeren Einkommen. Dies bestätigt Ergebnisse anderer Untersuchungen auf der Basis repräsentativer Bevölkerungstichproben (Zick 2021: 197; Zick/Berghan/Mokros 2019: 90; Zick et al. 2016: 60).

### 2.3.2 Diskriminierungserfahrungen

Das Haushaltsnettoeinkommen bildet einerseits einen guten Anhaltspunkt für die Analyse von Benachteiligung, denn es ist ein objektiv messbares Merkmal. Andererseits deckt es nur ökonomische Benachteiligung ab und sagt nichts darüber aus, ob die Befragten sich auch selbst als benachteiligt wahrnehmen. Das ist jedoch eine wichtige Frage, denn wer sich benachteiligt fühlt, tendiert womöglich eher zur Abwertung anderer Gruppen. Daher wird im Folgenden zusätzlich der Einfluss von Diskriminierungserfahrungen untersucht.<sup>63</sup> Im SVR-Integrationsbarometer wurde danach gefragt, ob die betreffende Person sich in den vergangenen fünf Jahren benachteiligt gefühlt hat, zum einen auf-

62 Auch für die einzelnen Zuwanderungsgruppen finden sich häufig signifikante Zusammenhänge; das gilt aber nicht für jede Aussage in allen Gruppen. Tendenziell zeigen sich signifikante Effekte etwas häufiger bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern.

63 Diskriminierung wird in der vorliegenden Studie zunächst sehr allgemein verstanden als „eine Ungleichbehandlung, Ausgrenzung oder Benachteiligung von Einzelnen oder Gruppen“ (SVR-Forschungsbereich 2014: 10), die als ungerechtfertigt gelten kann bzw. so wahrgenommen wird (Scherr 2017: 42).

grund ihrer Religion und zum anderen aufgrund ihrer Herkunft.<sup>64</sup>

**Die Analysen ergeben bei den Befragten mit Migrationshintergrund zunächst deutlich häufiger Zusammenhänge mit wahrgenommener Diskriminierung aufgrund der Religion als mit wahrgenommener Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Wer sich wegen der eigenen Religion benachteiligt fühlt, vertritt eher antimuslimische und antiislamische Einstellungen.** Dieser Zusammenhang zeigt sich für alle hier untersuchten Einstellungsaussagen. Während etwa die Befragten ohne solche Diskriminierungserfahrungen eine Einschränkung der Glaubensausübung zu 31 Prozent befürworten, sind es bei denen mit entsprechenden Erfahrungen 39 Prozent. Fast sieben von zehn Befragten (69 %) ohne Diskriminierungserfahrung haben keine Probleme mit einer Bürgermeisterin bzw. einem Bürgermeister muslimischen Glaubens; bei denen mit Diskriminierungserfahrungen sagen das nur sechs von zehn. Noch größer sind die Unterschiede bei der Frage, ob religiöser Fanatismus unter Musliminnen und Muslimen verbreitet ist: Befragte, die sich wegen ihrer eigenen Religion benachteiligt fühlen, bejahen dies mit 56 Prozent deutlich häufiger als jene, die keine Benachteiligung erfahren haben (40 %).

Differenziert man hier genauer nach Zuwanderungsgruppen, wird deutlich: Vor allem die Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt zeigen häufiger antiislamische und antimuslimische Einstellungen, wenn sie sich aufgrund ihrer Religion diskriminiert fühlen. Die einzige Ausnahme bildet hier die Einschätzung, dass unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen religiöser Fanatismus sehr verbreitet ist: Hier ergeben sich signifikante Zusammenhänge nur für die Gruppe

der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler. Bei den Zugewanderten aus der EU wiederum reduzieren Diskriminierungserfahrungen die Akzeptanz eines Bürgermeisters bzw. einer Bürgermeisterin muslimischen Glaubens.

Bei wahrgenommener Diskriminierung aufgrund der Herkunft zeigen sich in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur vereinzelt Zusammenhänge mit antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen: Befragte, die sich wegen ihrer Herkunft benachteiligt fühlen, befürworten eher eine Einschränkung der islamischen Glaubenspraxis, und sie hätten eher ein Problem mit muslimischen Vorgesetzten.<sup>65</sup>

## 2.4 Kontakte

Im Rahmen der Forschung zu Vorurteilen und ablehnenden Einstellungen hat sich häufig gezeigt, dass Kontakte zwischen sozialen Gruppen das Verständnis füreinander fördern; dadurch rücken anstelle von Unterschieden Gemeinsamkeiten in den Vordergrund (sog. Kontakthypothese, Allport 1979: 271–272; Hewstone/Brown 1986: 8). Vor allem Freundschaftskontakte zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen sind in dieser Hinsicht effektiv, denn eine emotionale Bindung erleichtert es, sich in die andere Person hineinzusetzen (Pettigrew 1998: 70–73; Pettigrew/Tropp 2008: 923–924).<sup>66</sup>

### *Positivere Einstellungen bei häufigem Kontakt zu Zugewanderten (anderer Herkunft)*

Das SVR-Integrationsbarometer fragt nicht gezielt nach Kontakten zu Musliminnen und Muslimen. Personen ohne Migrationshintergrund wurden jedoch gefragt, wie viel Kontakt sie in ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis zu Menschen mit Migrationshinter-

64 Die subjektiv wahrgenommene Diskriminierung zu erheben bietet in Umfragen den Vorteil, dass mit relativ wenigen Fragen ein breites Spektrum abgedeckt werden kann. Problematisch ist jedoch, dass nicht überprüft werden kann, ob die subjektiv als diskriminierend erlebten Ereignisse oder Situationen auch objektiv diskriminierend waren (Diehl/Liebau/Mühlau 2021: 8).

65 Bei Kontrolle soziodemografischer Faktoren zeigen sich entsprechende Zusammenhänge für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund auch bezüglich der Ansicht, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt, und der Einschätzung der Integration von Musliminnen und Muslimen. Betrachtet man die Zusammenhänge jedoch ohne Kontrolle der Soziodemografie (bivariat), sind sie jeweils nicht signifikant.

66 Streng genommen lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob tatsächlich enge Kontakte Vorurteile reduzieren oder vielmehr Personen mit weniger Vorurteilen gegen eine Gruppe eher Kontakte zu Mitgliedern dieser Gruppe aufbauen (Allport 1979: 267; Hewstone/Brown 1986: 12). Es ist jedoch empirisch nachgewiesen, dass auch unfreiwilliger Kontakt mit weniger Vorurteilen einhergeht. Das spricht für die Gültigkeit der Kontakthypothese (Pettigrew/Tropp 2006: 758).

grund haben. Natürlich sind Personen mit Zuwanderungsgeschichte häufig keine Musliminnen und Muslime. Es ist jedoch anzunehmen, dass besonders Personen ohne Migrationshintergrund mit Zugewanderten häufig Musliminnen und Muslime assoziieren (Spielhaus 2013: 172–173). Zudem fördert ein positiver Kontakt zu einer Gruppe mitunter auch eine positive Einstellung zu anderen Fremdgruppen (*secondary transfer effect*) (Pettigrew 2009; Schmid et al. 2012). Personen mit Migrationshintergrund wiederum wurden gefragt, wie häufig sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Kontakt zu Zugewanderten „einer ganz anderen Herkunft“ pflegen.<sup>67</sup>

**Sofern man Freundschaftskontakte mit Zugewanderten bzw. mit Zugewanderten ganz anderer Herkunft als Hilfskonstrukt zur Erhebung von Kontakten mit Musliminnen und Muslimen akzeptiert, lässt sich die Kontakthypothese für die Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund fast vollständig bestätigen.** Lediglich bei der Frage, ob islamische Gemeinschaften vom Staat beobachtet werden sollten, zeigt sich bei den Befragten mit Migrationshintergrund kein signifikanter Zusammenhang. Befragte ohne Migrationshintergrund, die nach eigenen Angaben „oft“ oder „sehr oft“ Kontakt zu Zugewanderten haben, äußern bei allen Aussagen weniger antiislamische und antimuslimische Einstellungen als jene, die „nie“, „selten“ oder nur „gelegentlich“ solche Kontakte haben. Befragte mit Migrationshintergrund, die mit Zugewanderten einer anderen Herkunft befreundet sind, äußern ebenfalls seltener ablehnende Einstellungen.

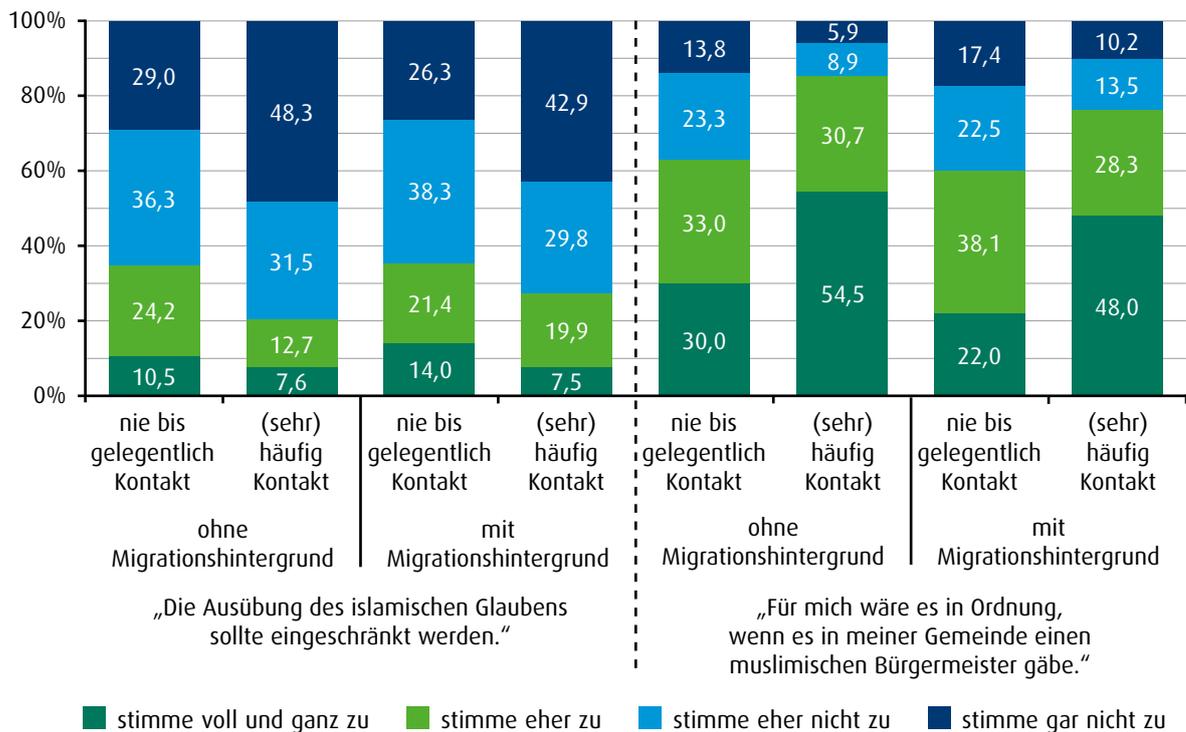
Auffällig ist, dass sich bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund die Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen bzw. zum Islam zwischen den Befragten mit und denen ohne solche Kontakte stärker unterscheiden als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Abb. 8). So meint von den Befragten ohne Migrationshintergrund, die „nie“, „selten“ oder nur „gelegentlich“ Kontakt mit Zugewanderten haben, ein gutes Drittel, dass die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland ein-

geschränkt werden sollte. Bei jenen mit „häufigem“ oder „sehr häufigem“ Kontakt sind es hingegen nur 20 Prozent, das entspricht einer Differenz von fast 15 Prozentpunkten. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund befürworten diejenigen, die „nie“, „selten“ oder nur „gelegentlich“ Kontakt zu Zugewanderten einer anderen Herkunft haben, das zu 35 Prozent, bei denen mit (sehr) häufigem Kontakt sind es 27 Prozent. Ähnlich sind die Resultate für die Akzeptanz eines Bürgermeisters bzw. einer Bürgermeisterin muslimischen Glaubens: In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beträgt die Differenz zwischen den beiden Gruppen 22 Prozentpunkte, bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind es 16 Prozentpunkte (Abb. 8). Von den Befragten ohne Migrationshintergrund, die (sehr) häufig Kontakt zu Zugewanderten haben, glauben auch nur 29 Prozent, dass sich unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker befinden; von denjenigen ohne oder mit wenig Kontakt meinen das hingegen 45 Prozent. Dieser Effekt ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wiederum etwas schwächer: Personen, die freundschaftliche Kontakte mit Zugewanderten einer anderen Herkunft pflegen, stimmen der Aussage zu 36 Prozent zu; bei denen ohne oder mit wenig Kontakt ist es knapp die Hälfte (48%).

Die Zusammenhänge zwischen Freundschaften mit Zugewanderten anderer Herkunft und den Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen sowie zum Islam zeigen sich zum Teil auch bei den einzelnen Zuwanderungsgruppen, wobei sie bei Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt etwas häufiger sind. Diejenigen mit (sehr) häufigen entsprechenden Kontakten zeigen durchweg weniger antiislamische Einstellungen, beurteilen die Integration von Musliminnen und Muslimen in Deutschland positiver und könnten muslimische Vorgesetzte eher akzeptieren. (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU, die (sehr) häufig Kontakt mit Zugewanderten anderer Herkunft haben, finden zudem

<sup>67</sup> Menschen mit Migrationshintergrund wurden auch gefragt, wie oft sie Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund haben. Hier zeigen sich jedoch nur sehr vereinzelt Zusammenhänge mit der Einstellung zu Musliminnen und Muslimen, deshalb wird auf diesen Punkt nicht weiter eingegangen.

Abb. 8 Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Häufigkeit freundschaftlicher Kontakte mit Zugewanderten bzw. mit Zugewanderten anderer Herkunft)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.  
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

eher, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt, und hätten seltener Probleme mit einem muslimischen Bürgermeister bzw. einer muslimischen Bürgermeisterin.

### 2.5 Der Zusammenhang von Religion und Religiosität mit antimuslimischen Einstellungen

In den letzten gut zehn Jahren wurde in Europa und in Deutschland verstärkt dazu geforscht, wie Religionszugehörigkeit, Religiosität und die Abwertung sozialer Gruppen zusammenhängen. Die Ergebnisse sind mitunter diffus und zum Teil widersprüchlich. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass

Religiosität zu wenig spezifiziert erhoben wird. Die Ambivalenz von Religion und Religiosität zeigt sich zum Teil daran, dass Religionen einerseits zu Toleranz und Barmherzigkeit aufrufen, andererseits jedoch auch Abgrenzung fördern können, da zumindest die monotheistischen Religionen letztlich einen absoluten Wahrheitsanspruch vertreten (müssen) (Allport 1966: 449).<sup>68</sup> Ob die Zugehörigkeit zu einer anderen Religionsgemeinschaft mit antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen einhergeht, dürfte davon abhängen, wie stark sich die betreffenden Personen mit ihrer Religionsgemeinschaft identifizieren und sich dadurch von anderen Religionsgruppen abgrenzen (Friedrichs 2014).<sup>69</sup> Bei Religiosität kommt es in

68 Befragungsergebnisse zeigen jedoch, dass sowohl von den Angehörigen des Christentums als auch von denen des Islam nur eine relativ kleine Minderheit einen absoluten Wahrheitsanspruch vertritt, unabhängig davon, wie religiöse Autoritäten dazu stehen (Friedrichs 2020: 209; Pickel 2019: 60).  
69 Diese These geht im Wesentlichen zurück auf die sog. Theorie der sozialen Identität (*social identity theory*, SIT). Danach führt die Identifikation mit der Eigengruppe dazu, dass diese auf- und eine als komplementär wahrgenommene Fremdgruppe abgewertet wird, um letztendlich den eigenen Selbstwert zu erhöhen (Tajfel/Turner 1986: 10-17).

erster Linie darauf an, welche Glaubensinhalte und religiösen Lehren die Menschen internalisiert haben. Besonders jene mit fundamentalistisch-exklusivistischen Glaubensüberzeugungen neigen dazu, religiöse Vielfalt sowie Musliminnen und Muslime abzuwerten; das belegen zahlreiche Studien (Friedrichs 2020: 373–405; Hunsberger/Jackson 2005: 811; Merino 2010: 240–242; Pickel et al. 2020: 176–182; Rebensdorf 2018: 325; Schneider/Pickel/Öztürk 2021: 585; Yendell/Huber 2020: 10–11).<sup>70</sup> Darüber hinaus haben sehr religiöse Menschen zwar einerseits eine gewisse Tendenz, dogmatische bis fundamentalistische Glaubensinhalte zu übernehmen, andererseits lehnen aber jene Religiösen, die nicht fundamentalistisch sind, Musliminnen und Muslime tendenziell seltener ab (Friedrichs 2020: 229, 373–405).

Im SVR-Integrationsbarometer werden zu diesem Thema die religiöse Zugehörigkeit und der Grad der eigenen Religiosität abgefragt.<sup>71</sup> **Bei den Befragten mit Migrationshintergrund tendieren Christinnen und Christen bei allen Aussagen stärker zu antiislamischen und antimuslimischen Einstellungen als jene ohne Religionszugehörigkeit.** So befürworten etwa 48 Prozent der Christinnen und Christen mit Migrationshintergrund eine Beobachtung islamischer Gemeinschaften (Abb. 9). Von jenen ohne Religionszugehörigkeit stimmen dem hingegen nur rund 37 Prozent zu.

Zudem ist in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über ein Drittel (35 %) der Christinnen und Christen, aber nur ein gutes Viertel (26 %) der Konfessionslosen dafür, die Ausübung der islamischen Religion einzuschränken. Dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt, finden 48 Prozent der Befragten ohne Religionszugehörigkeit, aber nur 40 Prozent der Angehörigen des Christentums.

In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zeigt sich bei der Frage, ob islamische Gemeinschaften vom Staat beobachtet werden sollten, zwischen Angehörigen des Christentums und Menschen ohne Religionszugehörigkeit kein statistisch signifikanter Unterschied (Abb. 9). Dagegen meinen hier Christinnen und Christen eher als Konfessionslose, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt (54 % vs. 50 %), und befürworten seltener eine Einschränkung der Glaubenspraxis (27 % vs. 32 %). Die Effekte der Religionszugehörigkeit verlaufen bei Befragten ohne Migrationshintergrund also in die umgekehrte Richtung wie bei jenen mit Migrationshintergrund.

Deutlicher wird dieser Unterschied zwischen der Bevölkerung mit und jener ohne Migrationshintergrund bei den Einschätzungen zur Integration von Musliminnen und Muslimen (Abb. 9) und zu deren Neigung zu religiösem Fanatismus: In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bewerten Christinnen und Christen die Integration von Musliminnen und Muslimen negativer als Personen ohne Religionszugehörigkeit (Zustimmung: 49 % vs. 62 %). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist es umgekehrt.<sup>72</sup> Hier sehen 59 Prozent der Christinnen und Christen die Integration positiv, bei den Befragten ohne Religionszugehörigkeit sind es nur 51 Prozent.<sup>73</sup> Bei der sozialen Nähe zu Musliminnen und Muslimen zeigen sich in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hingegen keine Unterschiede nach Religionszugehörigkeit.

Dass in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Angehörige des christlichen Glaubens Musliminnen und Muslime stärker ablehnen, geht vor allem auf die Befragten aus der übrigen Welt zurück: Mit Ausnahme der beiden negativen Aussagen zum Islam zeigen in dieser Herkunftsgruppe Christinnen

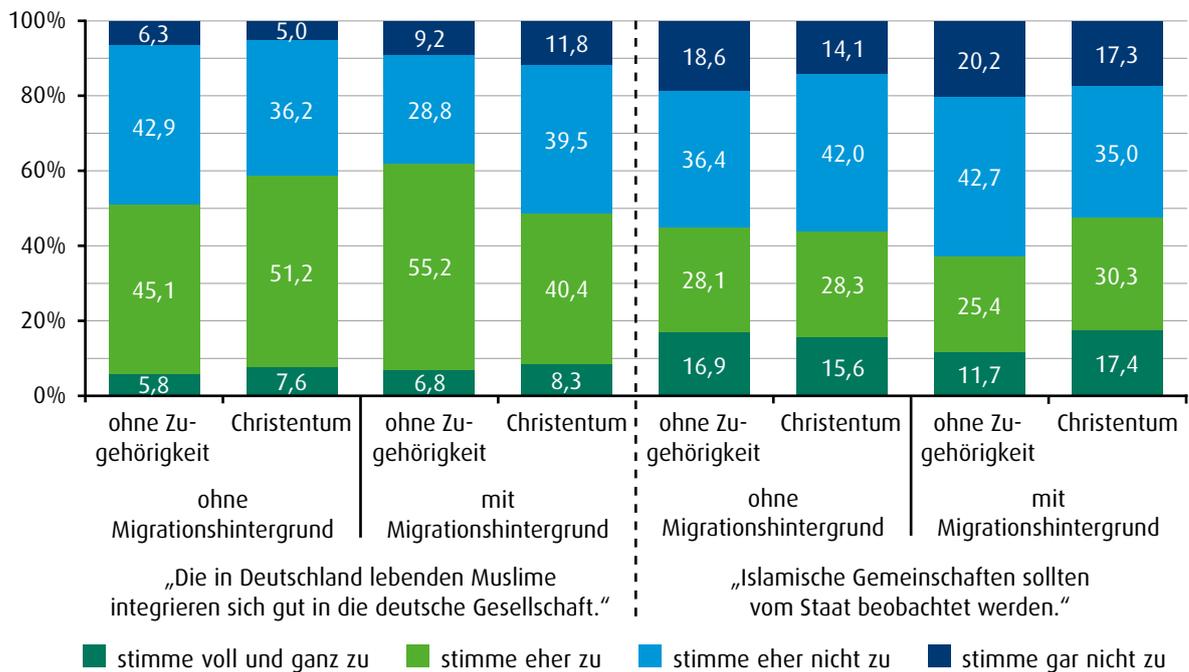
70 Für den Effekt von Religion und Religiosität auf antisemitische Einstellungen s. Kap. 3.3.

71 Da Religiosität kein Schwerpunktthema im SVR-Integrationsbarometer 2020 ist, stehen keine weiteren Fragen für eine vertiefende Analyse der Glaubensinhalte zur Verfügung. Ihre Religiosität sollten die Befragten auf einer vierstufigen Skala einschätzen: „gar nicht religiös“, „eher nicht religiös“, „etwas religiös“, „sehr religiös“.

72 Die Ergebnisse für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bestätigen vorliegende Forschungsergebnisse, nach denen Christinnen und Christen sich eher von atheistischen Menschen abgrenzen als von Musliminnen und Muslimen (Friedrichs 2014: 174–177).

73 Ähnlich ist es bei der Frage, ob bei den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen religiöser Fanatismus verbreitet ist: Von den Befragten mit Migrationshintergrund bejahen Personen ohne Religionszugehörigkeit dies zu einem Drittel, Christinnen und Christen zu 48 Prozent. In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beträgt die Zustimmung bei den Christinnen und Christen 37 Prozent, bei den Konfessionslosen 40 Prozent.

Abb. 9 Einstellungen zur Integration von Musliminnen und Muslimen und zur staatlichen Beobachtung islamischer Gemeinschaften 2020 (nach Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit)



Anmerkung: Musliminnen und Muslime wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

und Christen bei allen Einstellungsaussagen negativere Sichtweisen als Menschen ohne Religionszugehörigkeit. Teilweise findet sich dieser Effekt jedoch auch bei Personen mit einem EU-Migrationshintergrund oder mit einem (Spät-)Aussiedlerstatus. So sehen Christinnen und Christen aus der EU die Integration von Musliminnen und Muslimen eher kritisch, glauben eher, dass bei diesen religiöser Fanatismus sehr verbreitet ist, und würden muslimische Vorgesetzte eher nicht akzeptieren. Letzterer Zusammenhang zeigt sich auch bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern, die zudem den beiden ablehnenden Aussagen zum Islam eher zustimmen.

Insgesamt haben also Christinnen und Christen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt tendenziell eine negativere Haltung zu Musliminnen und Muslimen, während christliche (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler eher den Islam ablehnen. Die meisten Zusammenhänge finden sich in der heterogenen Gruppe „übrige Welt“. Deshalb könnte neben der Identifikation mit der eigenen

religiösen Gruppe auch eine Rolle spielen, ob eine Person im Herkunftsland zur religiösen Mehr- oder Minderheit gehörte und ob ein Minderheitenstatus mit Repressionen verbunden war.

Für die Religiosität lassen sich insgesamt nur wenig Effekte beobachten, die auch kein ganz konsistentes Bild ergeben. **Zusammenhänge zeigen sich am häufigsten bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Hier vertreten religiöse Menschen stets seltener antimuslimische und antiislamische Einstellungen als jene, die überhaupt nicht religiös sind.**

Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind die Resultate weniger klar. Sie deuten an, dass moderat religiöse Personen eher positive Ansichten zum Islam vertreten, während sehr religiöse Personen Musliminnen und Muslime eher negativ bewerten. So befürworten Personen, die zumindest ein wenig religiös sind, seltener als vollständig säkulare eine Überwachung islamischer Gemeinschaften, und „etwas“ Religiöse finden häufiger als überhaupt

nicht Religiöse, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt. Befragte, die sich als „sehr religiös“ beschreiben, glauben jedoch eher, dass unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen viele religiöse Fanatikerinnen und Fanatiker sind.<sup>74</sup> Dies könnte damit zu erklären sein, dass sehr religiöse Personen eher dazu tendieren, sich von anderen Religionen und ihren Angehörigen abzugrenzen. Allerdings kann die Studie diese Befunde nicht abschließend erklären.

### 3 Antisemitische Einstellungen

Im SVR-Integrationsbarometer 2020 wurden drei Formen von Antisemitismus erfragt: klassischer, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus (Info-Box 2).<sup>75</sup> Klassischer Antisemitismus wurde mit zwei Aussagen gemessen: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ und „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig“ (Mansel/Spaiser 2013; ZA/ZUMA 1998; Zick et al. 2016). Auch sekundärer Antisemitismus wurde mithilfe zweier Aussagen erhoben: „Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit der Hitler-Zeit heute ihren Vorteil zu ziehen und Deutschland dafür zahlen zu lassen“ und „Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben“ (Mansel/Spaiser 2013; ZA/ZUMA 1998; Zick et al. 2016). Dabei ist fraglich, inwieweit Personen mit Migrationshintergrund besonders zur zweiten hier genannten Aussage

überhaupt Stellung nehmen können. Deshalb werden die Ergebnisse dazu zwar deskriptiv dargestellt; die weitergehenden Analysen zum sekundären Antisemitismus beziehen sich aber ausschließlich auf die erste Aussage. Israelbezogener Antisemitismus wurde mit der Aussage gemessen „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (s. Imhoff 2010; Mansel/Spaiser 2013). Zudem wurde eine israelkritische Aussage aufgenommen: „Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt“ (s. Mansel/Spaiser 2013).

#### 3.1 Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und in den einzelnen Zuwanderungsgruppen

In der deutschen Gesellschaft insgesamt treten antisemitische Einstellungen in allen drei genannten Formen auf; das wurde in verschiedenen Studien nachgewiesen. Vergleichsweise wenig untersucht ist demgegenüber Antisemitismus speziell in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Auch zur Verbreitung von Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen gibt es bisher nur wenige Befunde.<sup>76</sup> An dieser Wissenslücke setzt die vorliegende Untersuchung an.

##### 3.1.1 Klassischer Antisemitismus

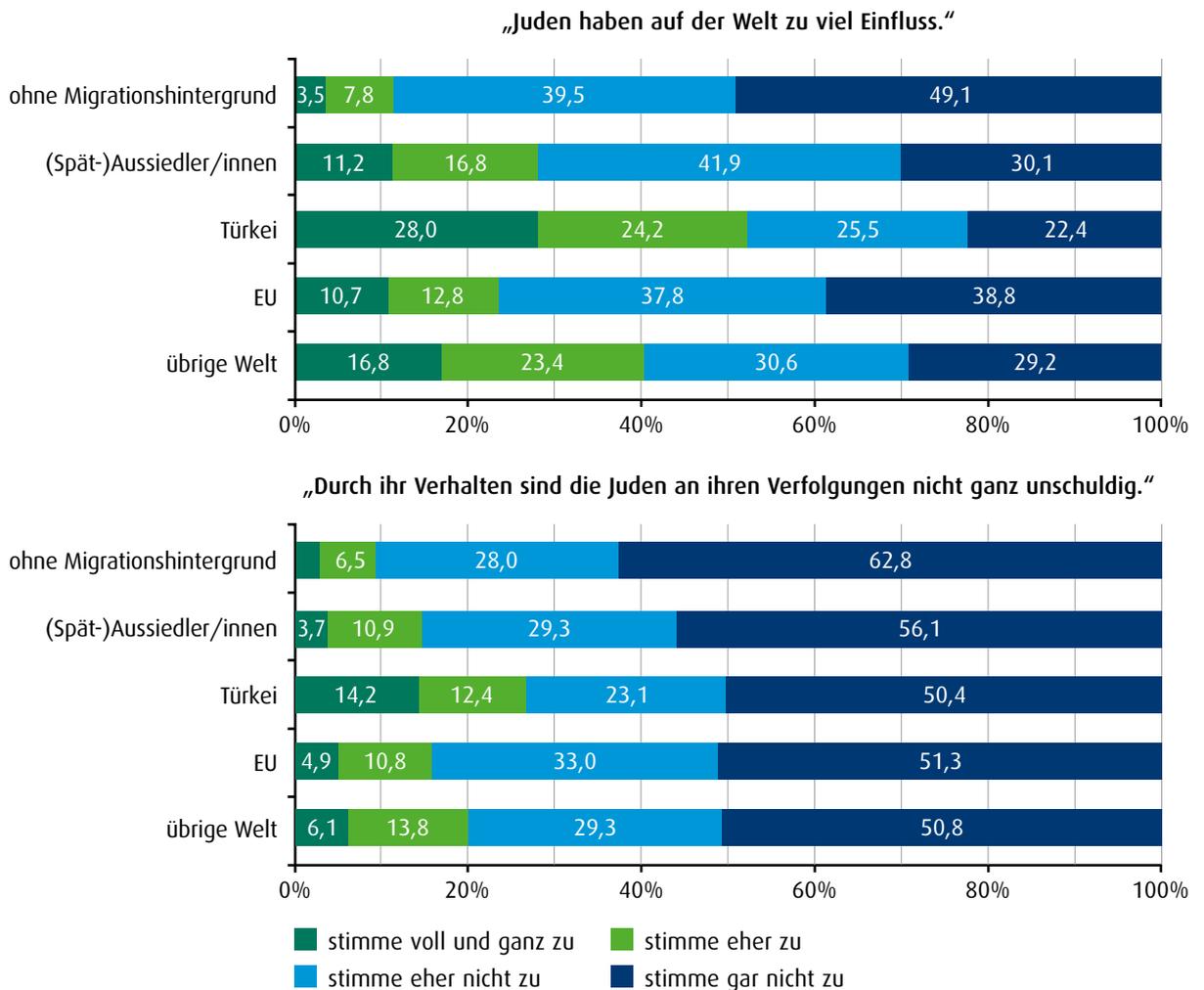
**Aus dem SVR-Integrationsbarometer 2020 ergeben sich für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund folgende Befunde: Den beiden Aussagen, die auf klassisch antisemitische Einstellungen ab-**

74 Betrachtet man die Ergebnisse detailliert für die einzelnen Zuwanderungsgruppen, finden sich die meisten Zusammenhänge bei Personen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt. In dieser Gruppe zeigen „etwas“ Religiöse verglichen mit jenen, die sich als „gar nicht religiös“ bezeichnen, durchweg eine positivere Einstellung zum Islam (bei allen drei Aussagen), bewerten die Integration von Musliminnen und Muslimen positiver und würden diese auch als Vorgesetzte akzeptieren. „Sehr religiöse“ Befragte dieser Gruppe sprechen sich zudem eher gegen eine Einschränkung der islamischen Religionspraxis aus und meinen eher, dass der Islam mit der deutschen Gesellschaft vereinbar ist.

75 Es war bei jeder Aussage möglich, gar nicht oder mit „weiß nicht“ zu antworten. Der Umfang der fehlenden Antworten variiert nach Item und befragter Gruppe: Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund liegt er zwischen 2 Prozent (sekundärer Antisemitismus) und 7 Prozent (israelbezogener Antisemitismus). Bei den Befragten mit Migrationshintergrund liegt er teilweise deutlich höher. Am höchsten ist der Anteil fehlender Angaben bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sowie Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt bei der Aussage für israelbezogenen Antisemitismus (22 % bzw. 21 %). Am niedrigsten ist er bei den Befragten mit einem EU-Migrationshintergrund und bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern bei den Aussagen für sekundären Antisemitismus (6 % bzw. 7 %). Bei der Analyse der Daten wurden jeweils die fehlenden Angaben ausgeschlossen.

76 Aktuelle Ergebnisse zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der deutschen Gesamtgesellschaft bieten u. a. die Mitte-Studie 2020/2021 (Küpper/Zick/Rump 2021) und die Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (Brähler et al. 2020). Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen in Deutschland wurde u. a. in der Mitte-Studie 2012 (Decker/Kiess/Brähler 2012b) und vom Pew Research Center (2006) untersucht. Zudem gibt es erste Ergebnisse zu Antisemitismus unter Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte (Brettfeld/Wetzels 2007; Frindte et al. 2011; Mansel/Spaiser 2013).

Abb. 10 Klassisch antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen. Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

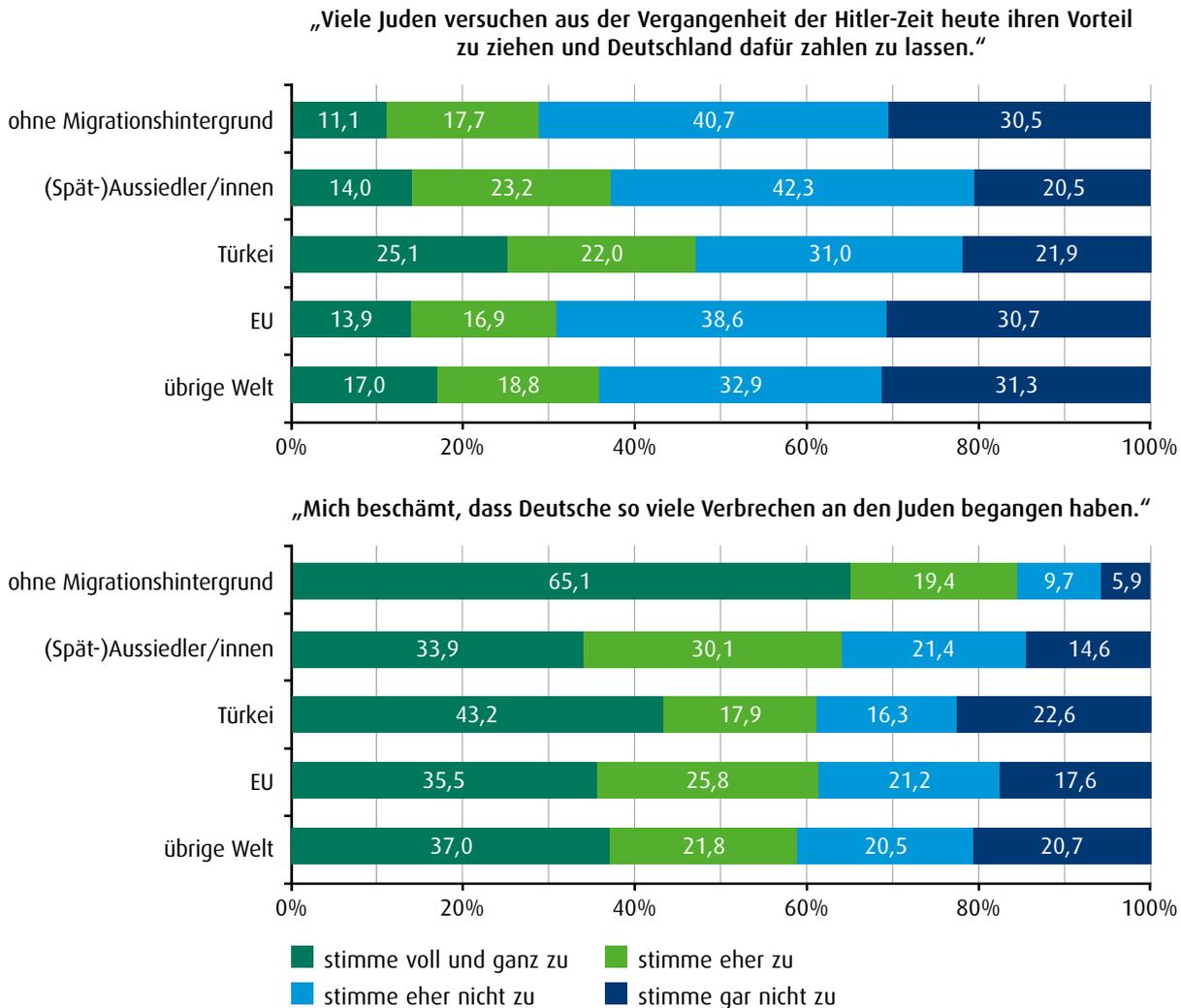
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

zielen, stimmt etwa eine oder einer von zehn Befragten „voll und ganz“ oder „eher“ zu (rund 9% bzw. 11%) (Abb. 10). Dies entspricht tendenziell den bisherigen Befunden zu klassischem Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung (Decker et al. 2020;

Zick 2021; Küpper/Zick/Rump 2021).<sup>77</sup> Befragte mit Migrationshintergrund vertreten klassisch antisemitische Einstellungen insgesamt etwas häufiger. Vor allem bei Türkeistämmigen und Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt

77 In diesen Studien wurde die erwachsene deutsche Bevölkerung befragt. Das schließt zum Teil Befragte ein, die in der vorliegenden Studie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zugerechnet werden. Laut der Mitte-Studie 2020/2021, die für die erwachsene deutsche Bevölkerung repräsentativ ist, stimmen 4 Prozent der deutschen Bevölkerung „überwiegend“ oder „voll und ganz“ der Aussage zu, dass der Einfluss der Juden und Jüdinnen auch heute noch zu groß sei (klassischer Antisemitismus); weitere 15 Prozent stimmen dem „teils/teils“ zu (Küpper/Zick/Rump 2021: 86–87). In der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 liegen diese Werte deutlich höher: 10 Prozent bejahen die Aussage „überwiegend“ oder „voll und ganz“, ein Viertel (25%) stimmt „teils zu, teils nicht zu“ (Decker et al. 2020: 36). Hier ist zu beachten, dass das SVR-Integrationsbarometer keine Antwortmöglichkeit in der Mitte („teils/teils“) anbietet.

Abb. 11 Sekundär antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

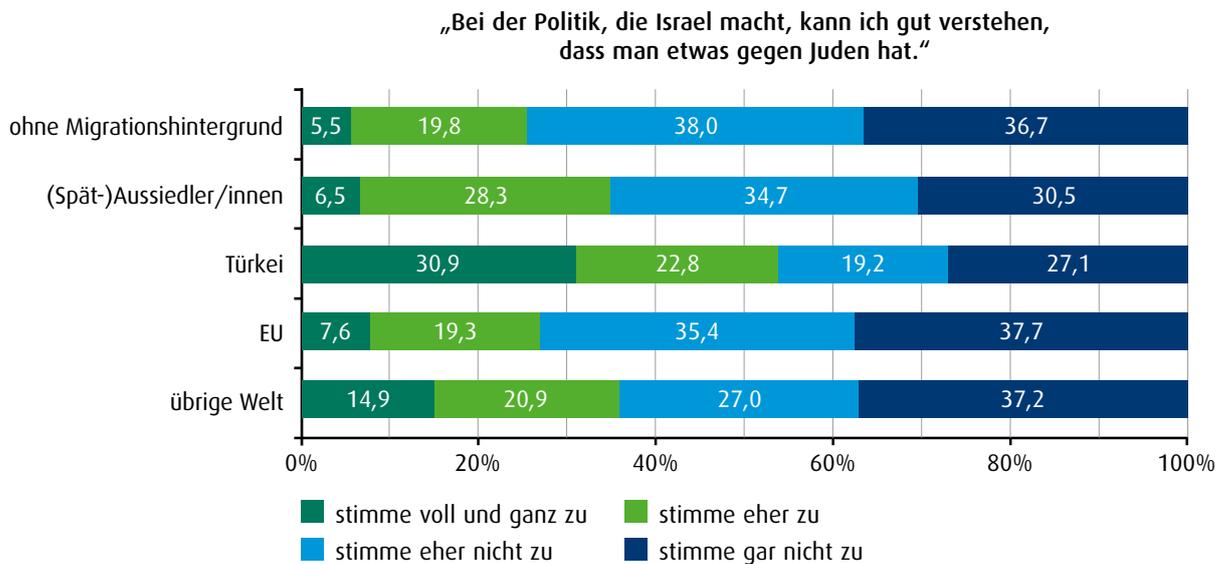
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

sind solche Haltungen recht weit verbreitet: Von Ersteren ist über die Hälfte, von Letzteren sind vier von zehn Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ der Ansicht, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben. Bei der zweiten Aussage für klassischen Antisemitismus ist die Zustimmung geringer: Etwa ein Viertel der Türkeistämmigen und ein Fünftel der Befragten mit einem Migrationshintergrund

aus der übrigen Welt meinen, dass Jüdinnen und Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig seien.<sup>78</sup> In der Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler vertreten je nach Aussage rund 30 bzw. knapp 15 Prozent klassisch antisemitische Einstellungen, bei den Befragten mit einem EU-Migrationshintergrund sind es rund 24 bzw. 16 Prozent.

78 Laut der Mitte-Studie 2012 stimmen Musliminnen und Muslime klassisch antisemitischen Aussagen häufiger zu als christliche Befragte (Ullrich et al. 2012: 79). Eine weitere Studie ermittelt zudem einen recht starken klassischen Antisemitismus für türkei- und arabischstämmige Jugendliche (Mansel/Spaiser 2013: 219).

Abb. 12 Israelbezogene antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

### 3.1.2 Sekundärer Antisemitismus

Knapp drei von zehn Befragten ohne Migrationshintergrund stimmen „voll und ganz“ oder „eher“ der Aussage zu, dass „[v]iele Juden versuchen aus der Vergangenheit der Hitler-Zeit heute ihren Vorteil zu ziehen [...]“ (Abb. 11). **Dieser Aspekt von sekundärem Antisemitismus findet also bei den Befragten ohne Migrationshintergrund deutlich mehr Zustimmung als klassisch antisemitische Aussagen.** In der Mitte-Studie 2020/2021 bejahen das nur 13 Prozent „voll und ganz“ oder „überwiegend“ (Zick 2021: 188–189). Rechnet man jedoch diejenigen hinzu, die „teils/teils“ zustimmen (14%), äußern sich auch dort knapp drei von zehn Befragten mindestens tendenziell zustimmend. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist sekundärer Antisemitismus (wie bei den klassisch antisemitischen Einstellungen auch) stärker ausgeprägt: Fast die Hälfte der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund stimmt dieser Aussage zu; bei den anderen Zuwanderungsgruppen liegen die Werte niedriger (übrige Welt: knapp 36%; (Spät-)Aussiedler/innen: rund 37%; EU: knapp

31%).<sup>79</sup> **Die Unterschiede zu den Befragten ohne Migrationshintergrund sind hier also geringer als bei den Aussagen zum klassischen Antisemitismus.**

Bei der zweiten Aussage für sekundären Antisemitismus („Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben“) ist es für Teilnehmende mit Zuwanderungsgeschichte eventuell schwierig, dazu Stellung zu nehmen. Dennoch werden die deskriptiven Befunde hier in aller Kürze wiedergegeben. Etwa 85 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund stimmen dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist der Anteil kleiner: Über alle Herkunftsgruppen hinweg bejahen das etwa sechs von zehn Befragten.

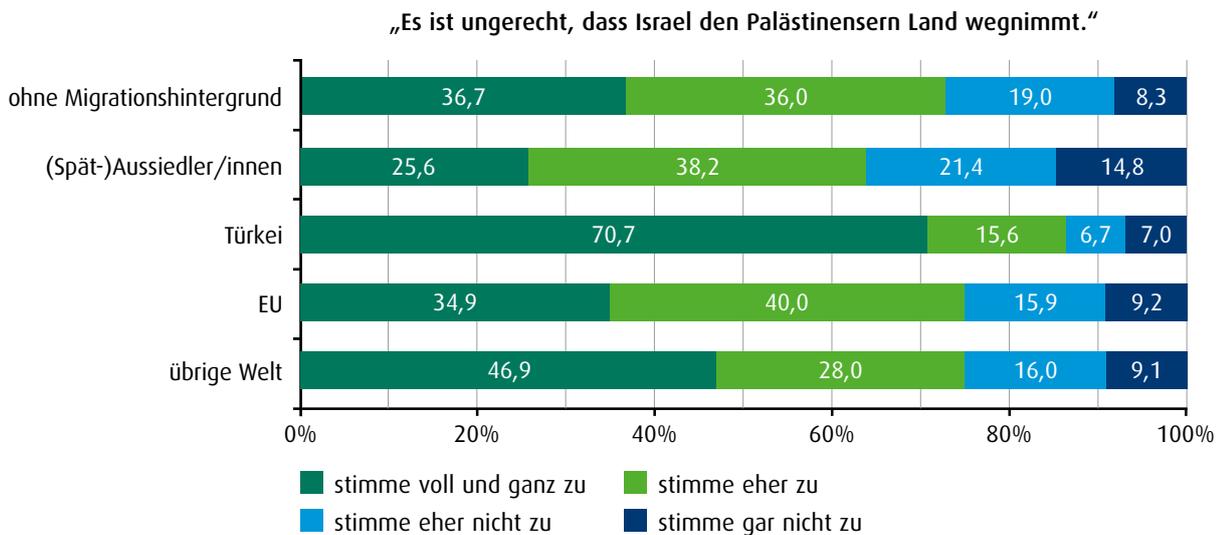
### 3.1.3 Israelbezogener Antisemitismus

Etwa ein Viertel der Befragten ohne Migrationshintergrund stimmt der Aussage zu, dass eine antisemitische Haltung angesichts der israelischen Politik verständlich sei, davon rund 6 Prozent „voll und ganz“ (Abb. 12).<sup>80</sup>

<sup>79</sup> Bei Kontrolle der soziodemografischen Merkmale unterscheidet sich die Zustimmung der Türkeistämmigen und der Befragten mit einem EU-Migrationshintergrund nicht signifikant von der der Befragten ohne Migrationshintergrund.

<sup>80</sup> Laut der Mitte-Studie 2020/2021 stimmen 10 Prozent dieser Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu und 21 Prozent „teils/teils“ (Zick 2021: 188–189). In der Leipziger Autoritarismus Studie sind es 14 Prozent, die „manifest“, und 30 Prozent, die „latent“ zustimmen (Kiess et al. 2020: 227).

Abb. 13 Israelkritische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Von den Türkeistämmigen stimmt dieser Aussage etwas mehr als die Hälfte („voll und ganz“ oder „eher“) zu. Bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt und den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ist es jeweils gut ein Drittel. Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU bejahen die Aussage mit gut einem Viertel ähnlich häufig wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

### 3.1.4 Israelkritik

Israelkritik muss von antisemitischen Einstellungen deutlich unterschieden werden: Hier geht es um die Einstellung zur Politik eines Landes, nicht um die zu einer Bevölkerungsgruppe. Menschen können Israel kritisieren, ohne antisemitisch zu sein (Kaplan/Small 2006: 554–555). Allerdings geht Israelkritik häufig mit Antisemitismus einher, sowohl bei Menschen ohne als auch bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (Babka von Gostomski 2021: 220–224; Kaplan/Small 2006: 555–557). **Israelkritik ist bei allen befragten Gruppen weiter verbreitet als die**

**verschiedenen Facetten von Antisemitismus.** Dies stützt die Ansicht, dass Kritik an der israelischen Politik nicht per se gleichzusetzen ist mit israelbezogenem Antisemitismus. Von den Befragten ohne Migrationshintergrund sind knapp drei Viertel „eher“ oder „voll und ganz“ der Ansicht, dass es ungerecht ist, wenn Israel den Palästinenserinnen und Palästinensern Land wegnimmt (Abb. 13).

Bei den Befragten mit Migrationshintergrund sind Türkeistämmige am israelkritischsten: Rund 86 Prozent stimmen der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Von den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU und der übrigen Welt stimmen ihr jeweils etwa drei Viertel zu, bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sind es knapp zwei Drittel.

### 3.2 Soziodemografische Merkmale

Um Antisemitismus erfolgreich entgegenwirken zu können, ist es wichtig zu wissen, mit welchen Faktoren entsprechende Einstellungen zusammenhängen. Daher wurden diverse Zusammenhänge<sup>81</sup> betrachtet,

<sup>81</sup> Es wurde immer eine lineare und eine logistische Regression durchgeführt. Dabei wird die Signifikanz wiederum konservativ beurteilt: Zusammenhänge werden nur dann als signifikant berichtet, wenn sie in beiden Regressionen signifikant sind. Soziodemografische Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Religionszugehörigkeit; bei Befragten mit Migrationshintergrund zudem die Aufenthaltsdauer bzw. die Zuwanderungsgeneration und das Land des Bildungsabschlusses) wurden in alle Regressionen einbezogen. Zusätzlich wurden der Regression jeweils weitere Merkmale hinzugefügt, für die die Zusammenhänge mit antisemitischen Einstellungen in den folgenden Teilkapiteln erörtert werden. Berichtet werden Faktoren, die sich über die soziodemografischen Merkmale hinaus als signifikant erwiesen haben.

die im Folgenden vor allem bezogen auf drei antisemitische Aussagen dargestellt werden: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ (klassischer Antisemitismus), „Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit der Hitler-Zeit heute ihren Vorteil zu ziehen und Deutschland dafür zahlen zu lassen“ (sekundärer Antisemitismus) und „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (israelbezogener Antisemitismus). Punktuell werden auch Ergebnisse zur zweiten Aussage für klassischen Antisemitismus („Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig“) dargestellt.

### 3.2.1 Geschlecht und Alter

Männer sind in Deutschland häufiger antisemitisch eingestellt als Frauen (Berek 2018: 26; BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 69; Mocan/Raschke 2014: 41; Ullrich et al. 2012: 79). Zudem zeigen jüngere Befragte in der Regel seltener antisemitische Haltungen als ältere (Berek 2018: 26; BMI 2011: 60; BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 68; Decker/Kiess/Brähler 2012: 42). Welche soziodemografischen Faktoren Antisemitismus bei Menschen mit Migrationshintergrund beeinflussen, ist kaum bekannt. Die meisten Untersuchungen beziehen sich zudem auf Schülerinnen und Schüler und junge Erwachsene, bei denen zumindest das Alter wenig variiert. Bei Musliminnen und Muslimen mit Migrationshintergrund und bei Türkeistämmigen wurden Geschlechterunterschiede festgestellt, die jedoch nicht eindeutig in eine Richtung weisen: Weibliche muslimische Jugendliche in Deutschland tendieren weniger zu antisemitischen Einstellungen als männliche (Mansel/Spaiser 2013: 230). Türkische Frauen wiederum zeigen zwar seltener israelbezogenen Antisemitismus, vertreten aber häufiger klas-

sisch antisemitische Ansichten als türkische Männer (Babka von Gostomski 2021: 221–223).

Betrachtet man im SVR-Integrationsbarometer 2020 die Befragten ohne und mit Migrationshintergrund getrennt voneinander, finden sich bezogen auf klassischen Antisemitismus bei beiden Gruppen signifikante Geschlechterunterschiede: Dass Jüdinnen und Juden zu viel Einfluss auf der Welt haben, bejahen Frauen ohne wie mit Migrationshintergrund seltener (9 % bzw. 30 %) als Männer (14 % bzw. 38 %). Bezogen auf sekundären und israelbezogenen Antisemitismus findet sich dieser Unterschied nur bei den Befragten ohne Migrationshintergrund (Frauen: 26 % bzw. 20 %; Männer: 32 % bzw. 31 %). Differenziert man bei den Befragten mit Migrationshintergrund nach Zuwanderungsgruppen, zeigt sich: Frauen mit einem EU-Migrationshintergrund meinen seltener als Männer dieser Gruppe, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben.<sup>82</sup> Für Frauen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt gilt das ebenso; sie vertreten zudem seltener sekundär antisemitische Einstellungen als die Männer dieser Gruppe.<sup>83</sup> **Die Daten zeigen also, dass Frauen insgesamt seltener zu antisemitischen Einstellungen neigen als Männer; allerdings variiert das zum Teil nach der Form von Antisemitismus und bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nach der Herkunftsregion.**

**Ältere Befragte mit und ohne Migrationshintergrund sind in der Regel häufiger antisemitisch eingestellt als jüngere** (Abb. 14).<sup>84</sup> Dies gilt für alle drei Formen von Antisemitismus. Betrachtet man die verschiedenen Zuwanderungsgruppen getrennt voneinander, zeigt sich dieser Alterseffekt nur bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern bezogen auf israelbezogenen Antisemitismus.<sup>85</sup>

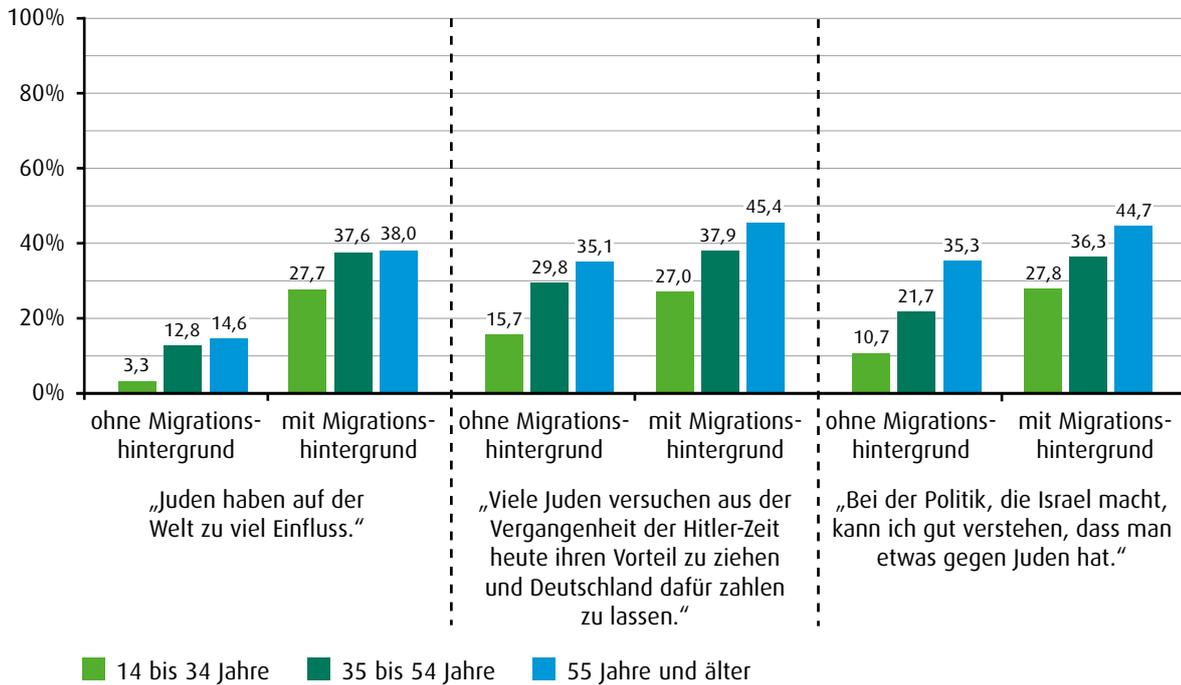
82 21 Prozent der Frauen und 26 Prozent der Männer mit einem Migrationshintergrund aus einem EU-Land stimmen dieser Aussage zu.

83 32 Prozent der Frauen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt meinen, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben, und 30 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen. Bei den Männern sind es 47 bzw. 41 Prozent.

84 Zur Einteilung der Altersgruppen s. Kap. 2.2.1, Fußnote 35.

85 Ältere (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler zeigen häufiger als jüngere israelbezogenen Antisemitismus: 53 Prozent der über 54-Jährigen stimmen der betreffenden Aussage zu, bei den 14- bis 34-Jährigen sind es nur 12 Prozent.

Abb. 14 Antisemitische Einstellungen 2020 (nach Migrationshintergrund und Alter)



■ 14 bis 34 Jahre ■ 35 bis 54 Jahre ■ 55 Jahre und älter

Anmerkung: Abgebildet ist jeweils der Anteil derjenigen, die der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

### 3.2.2 Bildung und Erwerbsstatus<sup>86</sup>

In der Gesamtbevölkerung in Deutschland zeigen Höhergebildete in der Regel seltener antisemitische Einstellungen als Personen mit niedrigerer Bildung<sup>87</sup> (Berek 2018: 26; BMI 2011: 60; BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 69–70; Decker/Kiess/Brähler 2012: 40; Mocan/Raschke 2014: 41; Zick et al. 2016: 62). Befragte im Ruhestand tendieren wiederum stärker zu antisemitischen Einstellungen als Erwerbstätige, Auszubildende oder Hausfrauen und Hausmänner (Decker/Kiess/Brähler 2012: 41). Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 bestätigen das: Wenn der Zusammenhang signifikant

ist, beeinflusst der Bildungsgrad der Befragten antisemitische Einstellungen in der erwarteten Richtung. So vertreten Befragte mit mittlerer oder hoher Bildung seltener als Geringgebildete die Ansicht, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben (klassischer Antisemitismus).<sup>88</sup> Dieser Befund gilt für Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund. Bei Ersteren geht er vor allem auf Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der übrigen Welt zurück.<sup>89</sup>

Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund zeigen Geringgebildete auch häufiger sekundär antisemitische Einstellungen (43 %) als jene mit einem

86 Bei antisemitischen Einstellungen ergaben sich anders als bei antimuslimischen und antiislamischen Einstellungen kaum Unterschiede nach dem Einkommen der Befragten. Daher werden Einkommensunterschiede hier nicht behandelt.

87 Für eine Erläuterung der Bildungsgrade s. Kap. 2.2.1, Fußnote 42.

88 18 Prozent der Geringgebildeten ohne und 43 Prozent der Geringgebildeten mit Migrationshintergrund stimmen dieser Aussage zu; von den Personen mit einem mittleren Bildungsniveau tun das 12 bzw. 35 Prozent, von den Hochgebildeten 5 bzw. 27 Prozent.

89 32 Prozent der Geringgebildeten mit einem Migrationshintergrund aus einem EU-Land und 49 Prozent der Geringgebildeten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt stimmen dieser Aussage zu, aber nur 25 bzw. 39 Prozent derer mit einem mittleren und 17 bzw. 35 Prozent derer mit einem hohen Bildungsniveau.

mittleren (33 %) oder einem hohen Bildungsniveau (13 %). Für die Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt ergibt sich hier dagegen kein Bildungsunterschied. Differenziert man jedoch nach Zuwanderungsgruppen, zeigt sich dieser Bildungseffekt auch bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU: Hochgebildete vertreten seltener sekundär antisemitische Einstellungen (24 %) als jene mit einem mittleren (38 %) oder einem niedrigen Bildungsniveau (36 %).

Für israelbezogenen Antisemitismus spielt das Bildungsniveau der Befragten kaum eine Rolle. Nur Türkeistämmige mit einem niedrigen Bildungsniveau stimmen der Aussage, dass angesichts der Politik Israels eine antisemitische Haltung verständlich sei, häufiger zu (70 %) als jene mit einem mittleren Bildungsniveau (42 %).<sup>90</sup>

Für Erwerbstätigkeit ergeben sich folgende Befunde: Nicht erwerbstätige Befragte ohne wie mit Migrationshintergrund sind häufiger der Meinung, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben (klassischer Antisemitismus) (16 % bzw. 48 %), als Erwerbstätige (10 % bzw. 32 %). Bei jenen mit Migrationshintergrund ist dies hauptsächlich auf (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und auf Personen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt zurückzuführen.<sup>91</sup> Bei der Aussage für sekundären Antisemitismus – dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit der Hitler-Zeit Kapital zu schlagen – ergibt sich hingegen kein Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus.<sup>92</sup> Dass sie angesichts der Politik Israels Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden verständlich finden, bestätigen Befragte mit Migrationshintergrund, die nicht erwerbstätig sind, häufiger als erwerbstätige (44 % vs. 32 %). Dieser Befund ist auf Einzelgruppen zurückzuführen, nämlich Befragte mit (Spät-)Aussiedlerstatus

und jene mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt.<sup>93</sup>

**Zusammengefasst zeigen diese Ergebnisse, dass besser Gebildete und Erwerbstätige tendenziell seltener antisemitische Ansichten vertreten als weniger Gebildete und Erwerbslose.** Der Unterschied zwischen antisemitischen Haltungen bei Erwerbstätigen und bei Erwerbslosen ist in der bisherigen Literatur so nicht zu finden. Allerdings wurde der Einfluss des Erwerbsstatus bisher auch nicht speziell bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund untersucht.

### 3.3 Religionszugehörigkeit und Religiosität

Bei Jüdinnen und Juden handelt es sich historisch um eine religiöse Gruppe, und sie wird auch heute noch vielfach als solche verstanden. Deshalb könnten für die Einstellung zu dieser Gruppe auch die Religiosität und die Religionszugehörigkeit der Befragten eine Rolle spielen (s. Kap. 2.5). Bei Menschen ohne Migrationshintergrund in Deutschland ergibt sich für die Religionszugehörigkeit jedoch in den meisten Untersuchungen kein oder nur ein sehr schwacher Zusammenhang mit antisemitischen Einstellungen. Konfessionslose neigen in dieser Gruppe etwas seltener zu klassischem Antisemitismus als Christinnen und Christen (BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 74–75). Bei Letzteren hat der Grad der Religiosität jedoch keinen Einfluss auf antisemitische Einstellungen (Küpper 2010: 20–21; Rebenstorf 2015: 35; BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 74–75).

Antisemitische Einstellungen bei Musliminnen und Muslimen in Deutschland sind bisher wenig erforscht. Jedoch zeigen erste Untersuchungen dazu, dass Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufe sowie Studierende muslimischen Glaubens öfter

90 Der Unterschied zwischen niedrigem und hohem Bildungsniveau (70 % vs. 45 %) ist bei den Türkeistämmigen nicht signifikant.  
91 In diesen beiden Gruppen stimmen nicht Erwerbstätige der betreffenden Aussage deutlich häufiger zu ((Spät-)Aussiedler/innen: 46 %; übrige Welt: 52 %) als Erwerbstätige (23 % bzw. 37 %).  
92 Im Regressionsmodell, in dem für alle soziodemografischen Variablen kontrolliert wird, stimmen zwar Rentnerinnen und Rentner ohne Migrationshintergrund dieser Aussage signifikant seltener zu als Erwerbstätige. Wird das Alter aus der Regression herausgenommen, ist der Zusammenhang jedoch nicht mehr signifikant. Auch deskriptiv besteht kein Zusammenhang zwischen dem Erwerbsstatus und der Aussage für sekundären Antisemitismus.  
93 Nicht erwerbstätige (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie nicht Erwerbstätige mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt stimmen dieser Aussage häufiger zu (64 % bzw. 42 %) als Erwerbstätige dieser Gruppen (26 % bzw. 32 %).

als nichtmuslimische (mit und ohne Migrationshintergrund) der diffamierenden Aussage zustimmen, Menschen jüdischen Glaubens seien überheblich und geldgierig (Brettfeld/Wetzels 2007: 275, 294). Wenig religiöse muslimische Jugendliche vertreten dabei seltener antisemitische Einstellungen als fundamental oder traditionell konservativ religiöse (Brettfeld/Wetzels 2007: 279–280, 395).<sup>94</sup>

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 stehen mit den bisherigen Untersuchungen im Einklang: Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund spielen Religionszugehörigkeit und Religiosität für Antisemitismus keine Rolle.<sup>95</sup> Bei den Befragten mit Migrationshintergrund unterscheiden sich jedoch die Einstellungen bezogen auf alle drei Facetten von Antisemitismus nach Religionszugehörigkeit: Muslimische Befragte vertreten häufiger antisemitische Einstellungen als christliche oder konfessionslose Befragte. Sie stimmen öfter den Aussagen zu, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben (55 %), dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Hitler-Zeit Vorteile zu ziehen (47 %), und dass angesichts der Politik Israels Resentiments gegen Jüdinnen und Juden verständlich sind (53 %). Bei den christlichen Befragten liegen die entsprechenden Werte deutlich darunter (30 %, 36 % und 32 %) und noch niedriger bei denen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören (21 %, 27 % und 24 %).<sup>96</sup> Unabhängig von der Religionszugehörigkeit vertreten zudem religiöse Befragte<sup>97</sup> mit Migrationshintergrund häufiger antisemitische Einstellungen (klassisch: 41 %; sekundär: 41 %; israelbezogen: 43 %) als nicht religiöse (klassisch: 24 %; sekundär:

28 %; israelbezogen: 25 %).<sup>98</sup> Beim israelbezogenen Antisemitismus ist dieser Befund vor allem auf Türkeistämmige zurückzuführen: In dieser Gruppe stimmen der betreffenden Aussage etwa sechs von zehn (61 %) der religiösen Befragten zu, aber nur drei von zehn (30 %) der nicht religiösen.

**Diese Ergebnisse zeigen zum einen, dass Musliminnen und Muslime mit Migrationshintergrund häufiger antisemitische Einstellungen vertreten als andere Befragte mit Migrationshintergrund. Zum anderen sind religiöse Befragte mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit häufiger antisemitisch eingestellt als nicht religiöse.**

### 3.3.1 Religionszugehörigkeit und religiöser Herkunftskontext

Musliminnen und Muslime sind stärker antisemitisch eingestellt als Christinnen und Christen. Hierfür gibt es verschiedene Erklärungsansätze, wobei diese bisher kaum erforscht wurden. Zum einen ist denkbar, dass in überwiegend muslimischen Ländern insgesamt Antisemitismus stärker vorherrscht und Befragte aus diesen Ländern – unabhängig von ihrer persönlichen Glaubensrichtung – davon stärker geprägt sind als Befragte aus mehrheitlich nichtmuslimischen Ländern. Laut der Anti-Diffamierungs-Liga (ADL) sind beispielsweise Christinnen und Christen im überwiegend muslimischen Libanon häufiger antisemitisch eingestellt als etwa Musliminnen und Muslime aus Bosnien-Herzegowina (BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 76). Zum anderen könnte Antisemitismus mit muslimischen Glaubensüberzeu-

94 Dagegen zeigt eine regionale Studie aus Bayern, dass muslimische Geflüchtete zwar häufiger antisemitisch eingestellt sind als christliche, die Religiosität dafür jedoch keine Rolle spielt (Haug et al. 2017).

95 In multivariaten Modellen vertreten religiöse Befragte seltener sekundär antisemitische Ansichten als nicht religiöse. Allerdings zeigt sich deskriptiv kein Unterschied: Der Aussage, dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen, stimmen von den „etwas“ oder „sehr“ religiösen Befragten 29 Prozent zu und von den „eher nicht“ oder „gar nicht“ religiösen 28 Prozent.

96 Bei einer Betrachtung nach Zuwanderungsgruppen zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und antisemitischen Einstellungen bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU und aus der übrigen Welt. Dieser Befund ist insofern nicht verwunderlich, als bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sowie Türkeistämmigen die religiöse Vielfalt deutlich geringer ist.

97 Zur Angabe der Religiosität im SVR-Integrationsbarometer s. Kap. 2.5, Fußnote 71. Für die Analysen wurden die Kategorien „sehr religiös“ und „etwas religiös“ und die Kategorien „eher nicht religiös“ und „gar nicht religiös“ jeweils zusammengefasst.

98 Die Aufschlüsselung nach Herkunftsgruppen zeigt, dass religiöse (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU häufiger klassisch antisemitische Einstellungen vertreten (39 % bzw. 33 %) als nicht religiöse (14 % bzw. 13 %). (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Türkeistämmige, die religiös sind, zeigen häufiger sekundären Antisemitismus (46 % bzw. 52 %) als nicht religiöse (26 % bzw. 32 %).

gungen zusammenhängen.<sup>99</sup> In dem Fall müsste der Herkunftskontext für entsprechende Einstellungen eine untergeordnete Rolle spielen, entscheidend wäre dann in erster Linie die Religionszugehörigkeit. Dafür spricht, dass den Ergebnissen des *World Values Survey* in 28 Ländern zufolge Musliminnen und Muslime stärker antisemitisch eingestellt sind als Christinnen und Christen (Tausch 2018).

Um zu ermitteln, welcher dieser beiden Erklärungsansätze eher zutreffen könnte, wurden bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt die Herkunftsländer eingeteilt in überwiegend muslimische (> 50 % Musliminnen und Muslime) und überwiegend nichtmuslimische Länder (< 50 % Musliminnen und Muslime). Vor diesem Hintergrund wurden für die Befragten aller Glaubensrichtungen antisemitische Einstellungen erneut betrachtet.

Befragte, die aus überwiegend muslimischen Ländern stammen, vertreten unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit häufiger klassisch antisemitische Einstellungen („Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“: 54 %; „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig“: 29 %) als Befragte mit einem Migrationshintergrund aus einem überwiegend nichtmuslimischen Land (32 % bzw. 15 %). Zudem meinen sie häufiger, dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit einen Vorteil zu ziehen (44 % vs. 31 %). Eine tiefergehende Analyse zeigt: Befragte aus einem überwiegend muslimischen Land, die keiner Religion angehören, meinen erheblich häufiger, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben, als Konfessionslose aus einem überwiegend nichtmuslimischen Land (Abb. 15).

Die Zustimmung zu der Aussage, dass Jüdinnen und Juden an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig seien (klassischer Antisemitismus), ist bei den Befragten christlichen und muslimischen Glaubens ebenfalls abhängig vom Mehrheitsglauben im Herkunftsland: Jene aus einem überwiegend muslimischen Land

stimmen dem erheblich häufiger zu als jene aus einem überwiegend nichtmuslimischen Land. Für die Ausprägung von sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus spielt es dagegen keine Rolle, ob das Herkunftsland eher muslimisch oder eher nichtmuslimisch geprägt ist. Das gilt für muslimische Befragte ebenso wie für christliche und konfessionslose. **Für klassischen Antisemitismus scheint also der Mehrheitsglaube im Herkunftsland wichtig zu sein und damit auch die politisch-gesellschaftlichen Narrative, die dort möglicherweise dominieren. Dieser Kontext scheint auf die gesamte Bevölkerung ‚abzufärben‘, unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Individuen. Für die beiden anderen Formen von Antisemitismus lässt sich dies jedoch nicht beobachten.**

### 3.3.2 Musliminnen und Muslime: Religiosität und Herkunftsregion

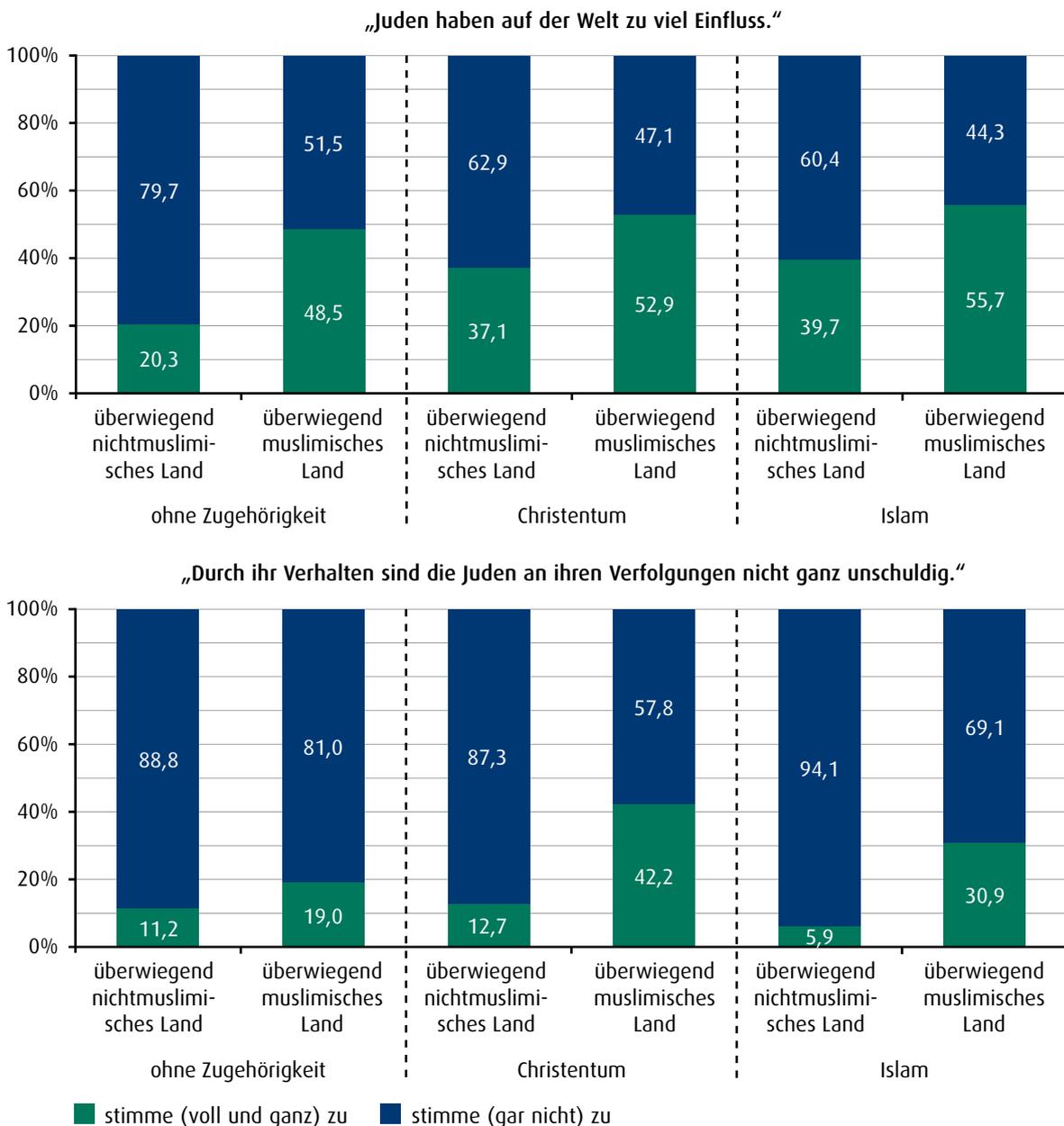
Musliminnen und Muslimen wird oft pauschal Antisemitismus zugeschrieben (Öztürk/Pickel 2022: 191), besonders von rechten Parteien (Pfahl-Traugher 2017). Dies greift jedoch zu kurz, wie die bereits erwähnte Studie der Anti-Diffamierungs-Liga zeigt: Danach sind antisemitische Einstellungen bei bosnischen Musliminnen und Muslimen deutlich weniger verbreitet als bei libanesischen (BMI/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 76). Und im überwiegend muslimisch geprägten Aserbaidschan gilt die Einstellung zu Jüdinnen und Juden als positiv (OSCE 2003: 1). Zudem spielt der Grad der Religiosität eine Rolle für antisemitische Einstellungen (Tausch 2018: 22). Ist Antisemitismus bei Musliminnen und Muslimen also abhängig von einem Zusammenspiel aus Herkunftsregion und Religiosität?

Arabischstämmige Musliminnen und Muslime meinen häufiger als jene mit einem Migrationshintergrund aus Europa, Asien oder Subsahara-Afrika, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben. Sie meinen auch öfter, dass Jüdinnen und Juden an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig sind.<sup>100</sup>

<sup>99</sup> Laut Küntzel (2020) enthält der Koran einige antisemitische Stellen und wird darüber hinaus auch häufig antisemitisch interpretiert.

<sup>100</sup> Musliminnen und Muslime mit einem Migrationshintergrund aus Afghanistan, Iran, Irak oder Pakistan unterscheiden sich in diesem Punkt nicht von arabischstämmigen Musliminnen und Muslimen.

Abb. 15 Klassisch antisemitische Einstellungen 2020 (nach Religionszugehörigkeit und überwiegend muslimischem vs. überwiegend nichtmuslimischem Herkunftsland)



Anmerkung: Ergebnisse sind dargestellt für Befragte mit Migrationshintergrund aus der übrigen Welt. Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.  
 Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Die Religiosität allein spielt hierbei keine Rolle. Betrachtet man sie aber im Zusammenspiel mit der Herkunftsregion, zeigt sich ein Zusammenhang mit klassisch antisemitischen Einstellungen: Nicht religiöse Musliminnen und Muslime aus arabischen Staaten stimmen dieser Aussage häufiger zu als jene aus

anderen Regionen. Bei religiösen Musliminnen und Muslimen hat die Herkunftsregion hingegen auf klassisch antisemitische Einstellungen keinen entscheidenden Einfluss.

Musliminnen und Muslime aus Europa, Subsahara-Afrika und Asien stimmen zudem seltener als ara-

bischstämmige der Aussage zu, dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen (sekundärer Antisemitismus).<sup>101</sup> Dabei vertreten religiöse Musliminnen und Muslime diese Meinung eher als nicht religiöse. Darüber hinaus zeigt sich das gleiche Muster wie zuvor: Nicht religiöse Musliminnen und Muslime aus arabischen Staaten stimmen dem häufiger zu als jene aus anderen Regionen. Bei religiösen Musliminnen und Muslimen unterscheidet sich die Zustimmung hingegen nicht nach der Herkunftsregion.<sup>102</sup>

**Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass bei nicht religiösen Musliminnen und Muslimen der Herkunftskontext klassisch und sekundär antisemitische Einstellungen beeinflusst:** Jene aus arabischen Ländern sind häufiger antisemitisch eingestellt als jene aus der Türkei oder aus nichtarabischen Ländern der übrigen Welt. Ein Erklärungsansatz dafür ist, dass bei arabischstämmigen Musliminnen und Muslimen die Einstellung zu Jüdinnen und Juden stark durch den Nahostkonflikt geprägt ist; hier könnte also die Religiosität weniger ausschlaggebend sein als das Narrativ in der Herkunftsregion (Öztürk/Pickel 2022: 208). Bei Musliminnen und Muslimen, deren Herkunftskontexte jenseits des arabischen Raums liegen, scheint die Haltung zu Jüdinnen und Juden hingegen eher vom Grad ihrer Religiosität abzuhängen.

### 3.4 Sozialisation in Deutschland

Bei Befragten mit Migrationshintergrund könnten für antisemitische Einstellungen auch Faktoren wie eine Sozialisation in Deutschland eine Rolle spielen. Zum Einfluss von Sozialisationsfaktoren auf antisemitische Einstellungen liegen aber bisher nur wenig Daten vor,

und die bisherigen Befunde sind gemischt. Daher sollte die Rolle von Sozialisationsfaktoren näher untersucht werden (Babka von Gostomski 2021: 221–224).

#### 3.4.1 Zuwanderungsgeneration und Schulbesuch in Deutschland<sup>103</sup>

Sozialisationsfaktoren, die für antisemitische Einstellungen wichtig sein können, sind zum einen die Zuwanderungsgeneration – und bei Menschen der ersten Generation die Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland – (Pickel/Reimer-Gordinskaya/Decker 2019: 58–59; SVR 2018a: 21–22), zum anderen die Frage, in welchem Land die Schulbildung erworben wurde. Ein Schulbesuch in Deutschland macht vor allem mit der deutschen Geschichte während des Zweiten Weltkriegs vertraut (und dadurch auch mit der Judenvernichtung im Nationalsozialismus). Es ist plausibel, dass das Aufwachsen in der deutschen Gesellschaft für antisemitische Einstellungen sensibilisiert und es weniger wahrscheinlich macht, dass solche Einstellungen übernommen werden.<sup>104</sup>

Aus den Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Zuwanderungsgeneration und klassischem Antisemitismus: Angehörige der zweiten Generation meinen seltener, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben, als Zugewanderte, die seit über 20 Jahren in Deutschland leben (18 % vs. 38 %). Eine Aufschlüsselung nach Zuwanderungsgruppen zeigt: Türkeistämmige, die in Deutschland geboren wurden, stimmen dem deutlich seltener zu als jene der ersten Generation (32 % vs. 66 %). Auch bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt stimmen in Deutschland Geborene dem deutlich seltener zu als selbst Zugewanderte, die seit über

101 Auch in diesem Punkt unterscheiden sich Musliminnen und Muslime aus Afghanistan, Iran, Irak oder Pakistan nicht von arabischstämmigen Musliminnen und Muslimen.

102 Etwas anders sind die Befunde zum israelbezogenen Antisemitismus: Hier vertreten religiöse Musliminnen und Muslime häufiger antisemitische Einstellungen als nicht religiöse; die Herkunftsregion spielt dabei keine Rolle. Betrachtet man jedoch das Zusammenspiel von Herkunftsregion und Religiosität, zeigt sich, dass religiöse Musliminnen und Muslime aus Europa, Asien (ohne Iran, Irak, Afghanistan und Pakistan) und Subsahara-Afrika seltener israelbezogene antisemitische Einstellungen vertreten als jene aus anderen Regionen. Bei den nicht religiösen ergibt sich kein Unterschied.

103 Generationenzugehörigkeit und Schulbesuch in Deutschland hängen zusammen. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse stammen aus Analysen, in die beide Faktoren einbezogen wurden. In anderen Modellen wurden sie jedoch auch getrennt voneinander untersucht. Die Ergebnisse dieser Berechnungen entsprechen weitgehend den hier dargestellten.

104 Ein Bericht zu antisemitischen Einstellungen bei Geflüchteten in Bayern zeigt z. B., dass Befragten aus Eritrea der Begriff „Jude“ nicht vertraut ist (Haug et al. 2017). Das Konzept „Antisemitismus“ wird also nicht von Menschen aus allen Regionen der Welt verstanden. Eine Sozialisation in Deutschland dürfte dies ändern.

20 Jahren in Deutschland leben (15 % vs. 42 %). Bei sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus zeigt sich dagegen kein Zusammenhang mit der Generationenzugehörigkeit.

Ein Schulbesuch in Deutschland bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft mit der deutschen Geschichte konfrontiert werden. Somit ist das Ergebnis nicht überraschend: **Mit Ausnahme der Türkeistämmigen äußern Befragte, die die Schule in Deutschland besucht haben, sich seltener antisemitisch als jene, die in einem anderen Land zur Schule gegangen sind.** Bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern und den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der übrigen Welt gilt das für alle drei hier untersuchten Facetten von Antisemitismus: Diejenigen, die in Deutschland die Schule besucht haben, meinen seltener, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben (klassischer Antisemitismus) (Abb. 16) oder dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Hitler-Zeit Vorteile zu ziehen (sekundärer Antisemitismus).<sup>105</sup> Die Befunde zu israelbezogenem Antisemitismus sind ähnlich (Abb. 16). Einzig für türkeistämmige Befragte ergeben sich bei den antisemitischen Einstellungen keine signifikanten Unterschiede nach dem Land des Schulbesuchs, wobei der Trend in die gleiche Richtung geht wie bei den anderen Herkunftsgruppen. Jedoch ist daraus nicht zu schließen, dass das Leben in Deutschland Türkeistämmige nicht beeinflusst: Diejenigen, die deutschsprachige Medien konsumieren, zeigen seltener sekundär und israelbezogene

antisemitische Einstellungen als jene, die Medien überwiegend in einer anderen Sprache oder gar nicht nutzen.<sup>106</sup>

Allerdings zeigt sich hier auch ein Bildungseffekt: Bei Geringgebildeten sind klassisch und sekundär antisemitische Einstellungen<sup>107</sup> unabhängig vom Land des Schulbesuchs. Bei den Befragten mit einem mittleren oder hohen Bildungsniveau spielt es jedoch eine entscheidende Rolle, in welchem Land sie die Schule besucht haben: Diejenigen, die in Deutschland zur Schule gegangen sind, vertreten seltener antisemitische Einstellungen als jene, die die Schule in einem anderen Land besucht haben.<sup>108</sup>

### 3.4.2 Interkulturelle Kontakte

Bei Menschen mit Migrationshintergrund können Einstellungen zu anderen Gruppen auch damit zusammenhängen, inwieweit sie Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund haben (sog. Kontakthypothese, s. Kap. 2.4). So zeigt eine Studie zu jungen Musliminnen und Muslimen in Deutschland, dass diejenigen, die mehr Kontakt zu Deutschen haben, seltener antisemitisch eingestellt sind (Frindte et al. 2011: 210). Ähnlich kann interkultureller Kontakt auch bei Menschen ohne Migrationshintergrund antisemitische Einstellungen beeinflussen. Zahlreiche Studien belegen, dass positiver Kontakt zu Menschen einer anderen Herkunft mit einer positiven Einstellung zu dieser Gruppe zusammenhängt (Pettigrew/Tropp 2006). Vor allem kann hier auch der *secondary transfer effect* eine Rolle spielen (s. Kap. 2.4). Eine

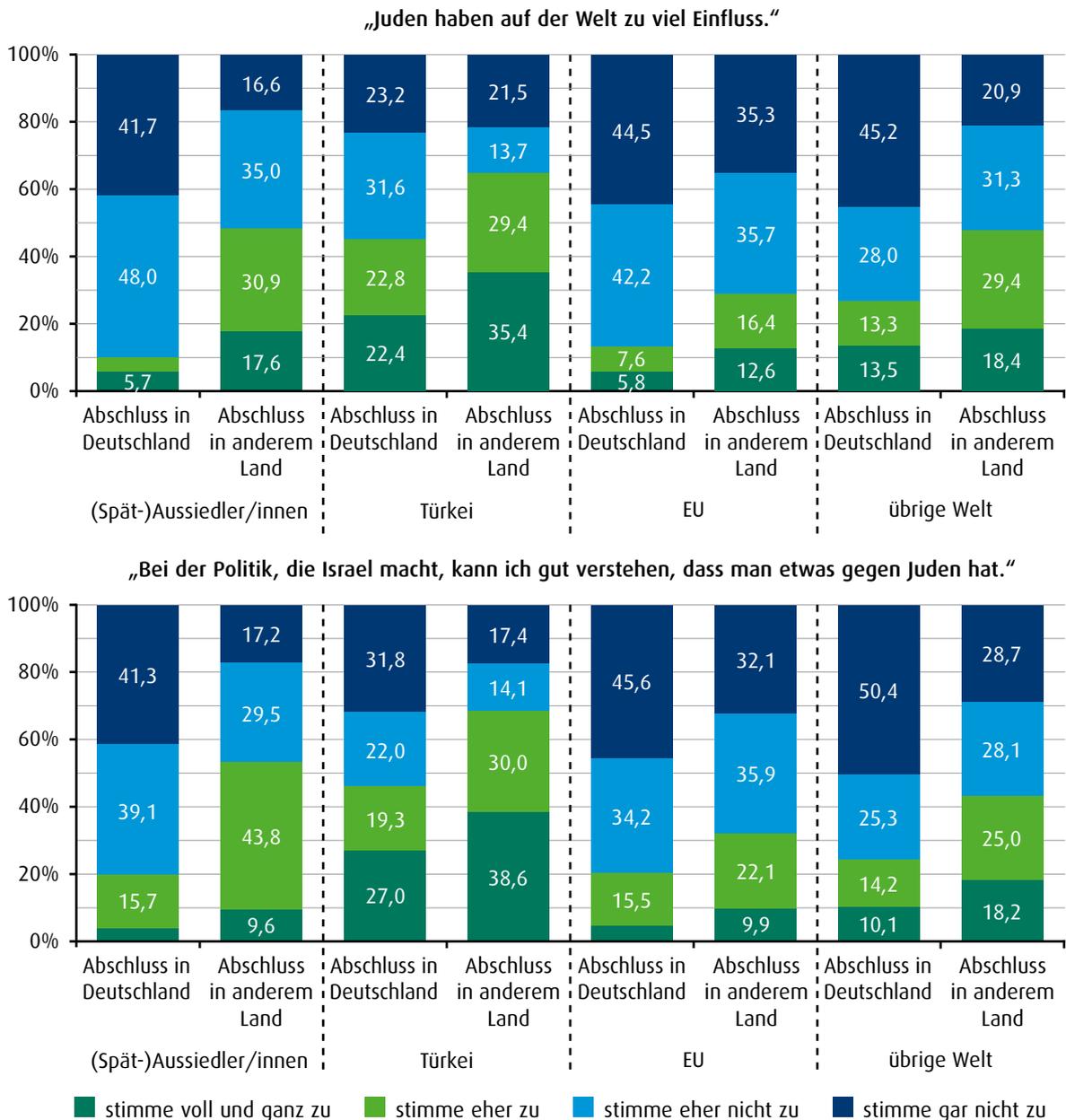
105 (Spät-)Aussiedler/innen: 21 vs. 56 Prozent; EU: 25 vs. 35 Prozent; übrige Welt: 30 vs. 42 Prozent.

106 Türkeistämmige, die deutschsprachige Medien (Fernsehen, Zeitungen oder soziale Medien) nutzen, sind seltener der Meinung, dass Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Hitler-Zeit Vorteile zu ziehen (39 %), als jene, die Medien in einer anderen Sprache oder gar nicht nutzen (58 %). Erstere stimmen auch seltener als Letztere der Aussage zu, dass bei der Politik Israels Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden verständlich sind (42 % vs. 67 %). Dies stimmt mit Ergebnissen früherer Studien überein, nach denen die Nutzung türkisch- oder arabischsprachiger Medien bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit stärkeren antisemitischen Einstellungen verbunden ist (Frindte et al. 2011: 462; Mansel/Spaiser 2013: 240).

107 Diese Ergebnisse beziehen sich auf die Aussagen, dass Jüdinnen und Juden an ihren Verfolgungen nicht ganz unschuldig sind (klassischer Antisemitismus) und dass viele Juden und Jüdinnen versuchen, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen (sekundärer Antisemitismus).

108 Gut ein Viertel (26 %) der Niedriggebildeten mit Migrationshintergrund, die in einem anderen Land die Schule besucht haben, und knapp ein Viertel (23 %) derjenigen, die in Deutschland die Schule besucht haben, vertreten die Ansicht, dass Jüdinnen und Juden an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig sind. Bei denen mit mittlerer und hoher Bildung, die in einem anderen Land die Schule besucht haben, sind es 24 bzw. 20 Prozent; wenn sie aber in Deutschland die Schule besucht haben, ist es weniger als eine oder einer von zehn (9 % bzw. 6 %). Bezüglich des sekundären Antisemitismus zeigt sich: Etwa einer oder eine von vier der Niedriggebildeten stimmen zu, ob sie ihre Bildung in Deutschland (38 %) oder in einem anderen Land (44 %) erhalten haben. Bei denen mit mittlerer und hoher Bildung, die in einem anderen Land die Schule besucht haben, sind es 50 bzw. 38 Prozent; wenn sie aber in Deutschland die Schule besucht haben, stimmen etwa 20 bzw. 15 Prozent zu, dass Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit der Hitler-Zeit ihren Vorteil zu ziehen.

Abb. 16 Antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten und Land des Schulabschlusses)



Anmerkung: Jüdinnen und Juden wurden von den Analysen ausgeschlossen. Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Werte unter 5 Prozent werden nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Studie in acht europäischen Ländern hat festgestellt, dass Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund in der allgemeinen Bevölkerung mit geringerer Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängt; u.a. sind antisemitische Einstellungen dann seltener (Küpper/Zick 2014: 255–257).

Menschen ohne Migrationshintergrund wurden im SVR-Integrationsbarometer 2020 danach gefragt, inwieweit sie in ihrem Freundeskreis Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund haben. Die Daten zeigen: **Befragte ohne Migrationshintergrund, die „oft“ oder „sehr oft“ freundschaftlichen Kontakt**

zu Menschen mit Migrationshintergrund haben, vertreten seltener (klassisch, sekundär und israelbezogene) antisemitische Einstellungen als jene, die solche Kontakte „nie“, „selten“ oder nur „gelegentlich“ haben (klassischer Antisemitismus: 8 % vs. 14 %; sekundärer Antisemitismus: 25 % vs. 32 %; israelbezogener Antisemitismus: 21 % vs. 28 %). Für Befragte ohne Migrationshintergrund scheinen sich die Kontakthypothese und der *secondary transfer effect* also zu bestätigen.

Menschen mit Migrationshintergrund wurden im SVR-Integrationsbarometer 2020 entsprechend nach ihren freundschaftlichen Kontakten zu Menschen ohne Migrationshintergrund gefragt.<sup>109</sup> Hier ergeben die Daten jedoch kein eindeutiges Bild. Insgesamt unterscheiden sich antisemitische Einstellungen aller Facetten bei den Befragten mit Migrationshintergrund nicht nach der Häufigkeit ihrer Kontakte zu Menschen ohne Migrationshintergrund.<sup>110</sup> Jedoch finden sich einzelne Zusammenhänge bei bestimmten Zuwanderungsgruppen: Befragte mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die „oft“ oder „sehr oft“ Kontakt zu Menschen ohne Migrationshintergrund haben, stimmen klassisch und sekundär antisemitischen Aussagen signifikant seltener zu als jene, die selten oder nie solche Kontakte haben.<sup>111</sup> Und bei den Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt vertreten diejenigen, die häufig Kontakt zu Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte haben, seltener israelbezogene antisemitische Einstellungen (29 %) als jene mit seltenem Kontakt (49 %). In der letzten Gruppe meinen allerdings diejenigen mit häufigem Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund häufiger, dass Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen (37 %), als Befragte mit

weniger Kontakt (33 %).<sup>112</sup> Die Kontakthypothese und der *secondary transfer effect* können demnach vor allem für Menschen mit (Spät-)Aussiedlerstatus bestätigt werden.

### 3.4.3 Diskriminierungserfahrungen

Um einen Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und antisemitischen Einstellungen zu erklären, bietet die Literatur zwei Ansätze: Zum einen sehen Menschen, die sich aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit diskriminiert fühlen, sich tendenziell als Angehörige einer unterprivilegierten Gruppe (Fleischmann/Leszczensky/Pink 2019; s. auch Kap. 2.3). Dieses Verständnis kann Vorurteile gegen Gruppen fördern, die als mächtig angesehen werden (z. B. Juden und Jüdinnen) (Imhoff 2020). Zum anderen können Menschen, die sich diskriminiert fühlen, sich verstärkt an ihrer eigenen Herkunftsgruppe orientieren. Beispielsweise nutzen Musliminnen und Muslime, die sich diskriminiert fühlen, häufig Medien aus der Herkunftsregion. Wenn diese z. B. regelmäßig den Nahostkonflikt thematisieren, kann das wiederum Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden verstärken (Mansel/Spaiser 2013: 241). Dass Musliminnen und Muslime umso häufiger antisemitisch eingestellt sind, je stärker sie sich diskriminiert fühlen, zeigt auch eine Studie von Zick et al. (2017: 62–64). Eine repräsentative Studie unter osteuropäischen und türkischen bzw. türkeistämmigen Befragten in Deutschland bestätigt diesen Zusammenhang dagegen nicht (Babka von Gostomski 2021).

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers zeigen im Einklang mit den Ergebnissen von Zick et al., dass **Befragte mit Migrationshintergrund, die sich aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion diskri-**

109 Kontakte mit Menschen anderer Herkunft waren für antisemitische Einstellungen nicht signifikant; daher werden die Ergebnisse nicht dargestellt.

110 Bei der zweiten Aussage für klassischen Antisemitismus ergibt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der Kontakthäufigkeit bei den Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt und bei jenen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt. Dieser Zusammenhang ist insofern interessant, als diese Gruppen der Aussage häufiger zustimmen, wenn sie häufiger Kontakt mit Deutschen ohne Migrationshintergrund haben. Deskriptiv zeigen sich allerdings keine Unterschiede zwischen denjenigen mit häufigem Kontakt (Befragte mit Migrationshintergrund insgesamt: 18 %; übrige Welt: 21 %) und denen, die seltener solche Kontakte haben (beide 19 %).

111 26 Prozent derjenigen, die „oft“ oder „sehr oft“ solche Kontakte haben, und 37 Prozent derer mit „gelegentlichen“ oder selteneren Kontakten meinen, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben (klassischer Antisemitismus). Sekundär antisemitische Haltungen vertreten 36 Prozent derjenigen mit häufigen entsprechenden Kontakten und 46 Prozent derjenigen, die seltener solche Kontakte haben.

112 Dieser Zusammenhang ist statistisch signifikant, auch wenn die deskriptive Abweichung gering ist.

miniert fühlen, häufiger klassisch antisemitische Einstellungen vertreten.<sup>113</sup> Besonders ausgeprägt ist dieser Zusammenhang bei der Aussage, dass Jüdinnen und Juden an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig seien: Diejenigen, die sich wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion benachteiligt fühlen, stimmen dem zu 23 bzw. 28 Prozent zu; von denen, die sich nicht benachteiligt fühlen, tun das nur 16 Prozent. Bei einer Aufschlüsselung nach Zuwanderungsgruppen erweist sich dieser Zusammenhang in zwei Gruppen als signifikant: Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der EU stimmen dieser Aussage häufiger zu, wenn sie sich aufgrund ihrer *Herkunft* benachteiligt fühlen (25 % vs. 13 %), und Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt stimmen häufiger zu, wenn sie sich wegen ihrer *Religion* benachteiligt fühlen (35 % vs. 16 %).

Bei sekundärem und israelbezogenem Antisemitismus zeigt sich kein Zusammenhang mit erlebter Diskriminierung aufgrund der Religion. **Befragte mit Migrationshintergrund, die sich wegen ihrer Herkunft benachteiligt fühlen, meinen jedoch häufiger als jene ohne Diskriminierungserfahrungen, dass viele Jüdinnen und Juden versuchen, aus der Vergangenheit Vorteile zu ziehen** (sekundärer Antisemitismus; 41 % vs. 34 %). Dies geht vor allem zurück auf Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus und jene mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt: Von den Befragten dieser beiden Gruppen, die aufgrund ihrer Herkunft Diskriminierung erfahren haben, stimmen etwa vier von zehn dieser Aussage zu ((Spät-)Aussiedler/innen: 41 %; übrige Welt: 43 %); bei jenen ohne solche Diskriminierungserfahrungen ist es jeweils nur etwa ein Drittel (36 % bzw. 31 %).

**Israelbezogenen Antisemitismus zeigen Befragte mit Migrationshintergrund, die sich aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt fühlen, ebenfalls häufiger als jene ohne entsprechende Erfahrungen**

(41 % vs. 33 %). Dies ist wiederum auf Befragte mit (Spät-)Aussiedlerstatus und Befragte mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt zurückzuführen: Bei Ersteren variieren die Zustimmungswerte zwischen 41 Prozent bei jenen mit und 33 Prozent bei jenen ohne Diskriminierungserfahrungen; in der zweiten Gruppe sind es 44 gegenüber 31 Prozent.

## 4 Korrelationen zwischen anti-muslimischen und antisemitischen Einstellungen

Wenn in Deutschland in den letzten 20 Jahren über Vorurteile und die Abwertung sozialer Gruppen diskutiert wurde, geschah dies häufig unter dem Oberbegriff Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Das Konzept geht zurück auf Wilhelm Heitmeyer, der unter GMF „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ (Heitmeyer 2002: 18) versteht.<sup>114</sup> Es umfasst mittlerweile 13 verschiedene Formen gruppenbezogener Abwertung.<sup>115</sup> All diese Phänomene basieren nach Heitmeyer auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit. Deshalb muss GMF nach Heitmeyer (2002: 21) als ein Syndrom gesehen werden.

Wenn diese Annahme zutrifft, müssten antisemitische und antimuslimische Einstellungen hoch miteinander korrelieren. Dies wurde vor allem für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und für einzelne Zuwanderungsgruppen bisher nicht untersucht. Bei den folgenden Analysen geht es jedoch nicht darum, die GMF-Theorie in Bezug auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu testen. Das ist ohnehin nicht möglich, denn die vorliegende Studie berücksichtigt gerade mal drei der genannten 13 Phänomene. Zentral ist vielmehr folgende Frage: **Überschneiden sich antisemitische und antimuslimische Einstellungen so stark, dass politische Konzepte zu ihrer Präven-**

113 Bei der Aussage, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben, besteht ein Zusammenhang nur mit Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Herkunft.

114 Wichtig ist, dass es sich bei GMF nicht um individuelle Feindschaften handelt, sondern um Abwertung auf der Ebene von Gruppen (Heitmeyer 2002: 19).

115 Das Konzept umfasst aktuell Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, klassischen Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti\*innen und Rom\*innen, Abwertung von Asylsuchenden, Sexismus, Abwertung homosexueller Menschen, Abwertung von Trans\*menschen, Abwertung wohnungsloser Menschen, Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen und Etabliertenvorrechte (Zick 2021: 194).

**tion allgemeiner ansetzen sollten, nämlich beim Abbau von Ungleichwertigkeitsideologien? Oder sind die beiden Phänomene so spezifisch, dass sie je eigene Angebote erfordern?** Die Analysen beziehen sich jeweils auf nichtmuslimische und nichtjüdische Befragte, d. h. es wurden nur Befragte einbezogen, die nicht ihre eigene Gruppe bewertet haben.

Zunächst ergibt sich für alle hier betrachteten Gruppen, dass die einzelnen Aussagen für antisemitische Einstellungen tendenziell stärker miteinander zusammenhängen als mit antimuslimischen Einstellungen. Dies war zu erwarten; für die Aussagen zu antimuslimischen Einstellungen gilt es in noch etwas stärkerem Maße. Interessant ist jedoch, dass die Korrelationen zwischen den antisemitischen Aussagen bei den Befragten mit Migrationshintergrund – und besonders denen aus der übrigen Welt – stärker sind als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Bei antimuslimischen Einstellungen ist es umgekehrt: Hier sind die Zusammenhänge bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund stärker.<sup>116</sup> Befragte mit Migrationshintergrund differenzieren in ihrer Einstellung zu Musliminnen und Muslimen sowie zum Islam also stärker zwischen verschiedenen Aspekten als Befragte ohne Migrationshintergrund. Bei der Einstellung zu Jüdinnen und Juden ist es jedoch umgekehrt: Sind Personen mit Migrationshintergrund antisemitisch eingestellt, stimmen sie eher als Personen ohne Migrationshintergrund allen antisemitischen Aussagen zu.

Zusammenhänge zwischen antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen zeigen sich sowohl bei der Bevölkerung mit als auch bei der ohne Migrationshintergrund; sie sind aber in beiden Gruppen relativ gering. Tab. 1 zeigt beispielhaft die Korrela-

**tionen für Befragte mit Migrationshintergrund. Somit haben Personen mit antisemitischen Einstellungen zwar eine gewisse Tendenz, auch antimuslimischen Aussagen eher zuzustimmen (und umgekehrt). Angesichts der recht schwachen Zusammenhänge in den Daten des SVR-Integrationsbarometers kann man aber nicht von einem gemeinsamen Syndrom sprechen.**<sup>117</sup>

Es gibt jedoch einige Zusammenhänge moderater Stärke ( $> 0,3$ ):<sup>118</sup> Befragte mit Migrationshintergrund, die befürworten, die islamische Glaubenspraxis einzuschränken oder islamische Gemeinschaften staatlich zu beobachten, stimmen tendenziell auch antisemitischen Aussagen eher zu. Hier zeigt sich durchaus eine Tendenz, pauschalen negativen Aussagen<sup>119</sup> über Jüdinnen und Juden und solchen über Musliminnen und Muslime gleichzeitig zuzustimmen.<sup>120</sup>

Stärkere Zusammenhänge ergeben sich vereinzelt auch für die Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler: Befragte, die meinen, Jüdinnen und Juden hätten zu viel Einfluss, befürworten auch eher, dass der Staat islamische Gemeinschaften beobachtet (Korrelationskoeffizient: 0,45), sie sehen bei den Musliminnen und Muslimen in Deutschland eher eine Tendenz zu religiösem Fanatismus und fänden einen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin muslimischen Glaubens eher nicht akzeptabel (Korrelationskoeffizient: jeweils 0,44). Ähnlich stark sind bei dieser Herkunftsgruppe der Zusammenhang zwischen der Ansicht, dass Juden und Jüdinnen versuchen, aus der Hitler-Zeit Vorteile zu ziehen, und der Überzeugung, dass Musliminnen und Muslime oft zu religiösem Fanatismus neigen (Korrelationskoeffizient: 0,43), sowie der Zusammenhang zwischen israelbezogenem Antisemitismus und der Befürwor-

116 Nur bei den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern sind die Korrelationen ähnlich hoch wie bei den Befragten ohne Migrationshintergrund.

117 Diese Diagnose wird auch durch Faktorenanalysen gestützt, die für alle Gruppen berechnet wurden. Dabei bildeten die Items zu antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen jeweils eigene Merkmale aus.

118 Da sich die vorliegende Studie vor allem auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund richtet, wird auf die Resultate zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Folgenden nicht näher eingegangen.

119 Problematisch ist jedoch besonders bei den antimuslimischen Einstellungen, dass die negativ formulierten Aussagen jeweils stärker mit den Items für Antisemitismus korrelieren als die positiv formulierten. Es ist nachgewiesen, dass die Richtung einer zu bewertenden Aussage (positiv/negativ) das Antwortverhalten beeinflussen kann (Krebs/Matschinger 1993).

120 Aktuelle Studien zu GMF ermitteln für Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit in der Gesamtbevölkerung ebenfalls in der Regel Koeffizienten zwischen 0,3 und 0,4, wobei diese gelegentlich auch höher ausfallen (Zick 2021: 194–195; Zick/Berghan/Mokros 2019: 76; Zick et al. 2016: 54).

**Tab. 1 Korrelationen zwischen antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2020**

	Juden haben zu viel Einfluss	Juden an Verfolgung nicht unschuldig	Versuch, Vorteile aus Hitler Zeit zu ziehen	beschämt von deutschen Verbrechen	Verständnis für Antisemitismus wegen Politik Israels
islamische Glaubensausübung einschränken	0,31*	0,34*	0,33*	0,01*	0,26*
islamische Gemeinschaften beobachten	0,32*	0,24*	0,36*	0,04*	0,31*
Islam passt in deutsche Gesellschaft	-0,27*	-0,23*	-0,23*	0,10*	-0,18*
Muslime sind gut integriert	-0,20*	-0,18*	-0,18*	0,02*	-0,18*
viele religiöse Fanatiker	0,37*	0,29*	0,38*	0,03*	0,27*
kein Problem mit muslimischen Vorgesetzten	-0,24*	-0,24*	-0,17*	0,08*	-0,19*
kein Problem mit muslimischem Bürgermeister	-0,24*	-0,27*	-0,23*	0,13*	-0,20*

Anmerkung: Die Items zu den antisemitischen und den antimuslimischen Einstellungen haben ein ordinales Skalenniveau. Für die Berechnung der Korrelationen werden sie jedoch – wie in den Sozialwissenschaften üblich – als metrische Variablen verstanden. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass es mit dem verwendeten Softwarepaket Stata SE nicht möglich ist, bei gewichteten Daten Korrelationen für Ordinalskalen zu berechnen. Korrelationskoeffizient nach Pearson; Signifikanz: \*p < 0,05.

Lesehilfe: Die Korrelationskoeffizienten geben an, wie stark die Antwort zu einer Aussage zu Muslimen und Musliminnen bzw. zum Islam (z. B.: islamische Glaubensausübung sollte eingeschränkt werden) mit einer antisemitischen Aussage (z. B.: Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss) zusammenhängt. Je höher der Wert ist, desto stärker ist der Zusammenhang. Dies gilt für positive wie für negative Werte. Ein Zusammenhang z. B. von 0,25 ist also ebenso stark wie einer von -0,25, nur weist er im ersten Fall in eine positive Richtung (wird A stärker unterstützt, dann wird auch B stärker unterstützt) und im zweiten Fall in eine negative (wird A stärker unterstützt, dann wird B weniger stark unterstützt). Werte bis (+/-) 0,3 bedeuten einen schwachen, Werte bis (+/-) 0,5 einen mittelstarken Zusammenhang.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

tung einer Überwachung islamischer Gemeinschaften (Korrelationskoeffizient: 0,42). Insgesamt lässt sich also feststellen, dass (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, die die eine Gruppe ablehnen, dazu neigen, auch die andere Gruppe abzuwerten. Dies heißt jedoch nicht, dass Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus besonders viele Vorurteile hätten. Das ist insgesamt nicht der Fall, wie die Ergebnisse in Kap. 2 und Kap. 3 gezeigt haben. Die beiden

Phänomene sind bei ihnen jedoch etwas stärker miteinander verbunden als bei den anderen Zuwanderungsgruppen.

Konzepte und Präventionsprogramme, die GMF insgesamt verhindern bzw. reduzieren sollen, sind zweifellos sinnvoll. Speziell für antisemitische und antimuslimische Einstellungen deuten die Ergebnisse jedoch darauf hin, dass es hier auch spezifischer Ansätze bedarf. Inzwischen gibt es auch eine Reihe

## Info-Box 4 (Präventions-)Projekte zu antimuslimischen und antisemitischen Ressentiments

Es gibt diverse (Pilot-)Projekte mit dem Ziel, antimuslimische und antiislamische Einstellungen in einer diverser werdenden Gesellschaft abzubauen. Die Wirkweise solcher Projekte muss zwar noch genauer untersucht werden,<sup>121</sup> dennoch können sie als Ansatz für zukünftige Projektentwicklung dienen. Im Folgenden werden exemplarisch überwiegend aktuell laufende Modellprojekte aus dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ vorgestellt, aber auch vereinzelt andere Projekte.<sup>122</sup> Einige Projekte, die sich gezielt an die Bevölkerung mit Migrationshintergrund richten, sind bereits abgeschlossen. Sie werden dennoch erwähnt, weil sie gegebenenfalls als Vorbild für zukünftige Initiativen dienen können.

Zunächst werden Projekte vorgestellt, die sich dem Kampf gegen Muslimfeindlichkeit widmen sollen und im Rahmen von „Demokratie leben!“ gefördert werden. Eine Bündelung und Vernetzung von Aktivitäten betreibt ein Kompetenznetzwerk im Themenfeld Islam- und Muslimfeindlichkeit (s. Fußnote 124). Eine von der CD-Kaserne gGmbH in Celle durchgeführte Wanderausstellung zu Themen wie Islamfeindlichkeit und Islamismus ist „Was’ los, Deutschland!? Ein Parcours durch die Islamdebatte“. Auch das Projekt „Wer sind wir? Denken, Sprechen, Handeln in der Islamdebatte“ ist in der CD-Kaserne gGmbH ansässig. Sein Ziel ist, Muslimfeindlichkeit durch Workshops vorzubeugen; es soll im Anschluss wissenschaftlich ausgewertet werden. Das Projekt „KurVe – Kulturelle und religiöse Vielfalt erleben und gestalten“ richtet sich überwiegend an Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung und der Kinder- und Jugendarbeit. Es soll das Verständnis für religiöse muslimische Menschen stärken, Berührungspunkte reduzieren und Begegnungsräume schaffen.

Das Projekt wird von der Katholischen Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V. in Kooperation mit der Islamischen Gemeinde Magdeburg durchgeführt.

Ein bereits abgeschlossenes Projekt richtete sich gezielt an junge Menschen (16 bis 27 Jahre) mit nichtmuslimischem Migrationshintergrund: „WIR HIER! Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrantenorganisationen im Dialog“ lief von 2015 bis 2019 in Berlin. Ziel war es, Islam- und Muslimfeindlichkeit zu reduzieren, z. B. durch Workshops und Veranstaltungen, aber auch durch Kooperationen mit Musliminnen und Muslimen. Das Projekt wurde von den Migrantenselbstorganisationen La Red e.V. und agitPolska – Polnisch-Deutsche Initiative für Kulturkooperation e.V. getragen und von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH wissenschaftlich begleitet.

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) organisiert eine Wanderausstellung, „Exit Racism“, die sich an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland richtet. Sie soll die Themen Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus an junge Leute herantragen.

Zum Abbau von antisemitischen Einstellungen gibt es ebenfalls diverse Projekte, die sich überwiegend an die Gesamtgesellschaft richten, z. T. aber auch spezifisch an Personen mit Wanderungsgeschichte. Neuerdings erfolgt eine verstärkte Netzwerkarbeit des Kompetenznetzwerks Antisemitismus im Rahmen des Förderprogramms „Demokratie leben!“.

Ein Projekt, das sich an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, ist „Meet a Jew“. Antisemitische Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft sol-

121 Zwar gibt es viele Interventionen, die Stereotype und Vorurteile reduzieren sollen; ihre Funktionsweise ist jedoch häufig nicht gut untersucht. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass bestimmte Interventionen Stereotype verstärken können (Dobbin/Kaley 2016; Paluck/Green 2009: 357–360).

122 Zudem werden besonders in ländlichen und strukturschwachen Regionen Projekte durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert (s. dazu <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/ueberuns/141916/ueberuns>, 23.09.2022).

len durch interkulturellen Austausch und Kontakt bekämpft und tolerantes Zusammenleben soll gefördert werden. MAKKABI Deutschland, der jüdische Turn- und Sportverband in Deutschland, führt ein Projekt zur Prävention von Antisemitismus im Fußball durch: „Zusammen1 – Für das, was uns verbindet. Die Initiative für Vielfalt auf deutschen Sportplätzen“. Ziel des Projekts ist es, Kompetenzen von Akteurinnen und Akteuren im Sport in ihrem Umgang mit Antisemitismus zu stärken. Das Projekt „Schalom und Salam miteinander“ richtet sich an junge Menschen mit Fluchterfahrung in strukturschwachen ländlichen Räumen. Hier wird nach bestimmten pädagogischen Konzepten mit jungen Geflüchteten zum Thema Antisemitismus gearbeitet und der Kontakt zu Jüdinnen und Juden gefördert.

Ein weiteres Projekt befasst sich sowohl mit Muslimfeindlichkeit als auch mit Antisemitismus: „Couragiert! Gemeinsam gegen Antisemitismus und Islam- und Muslimfeindlichkeit“ hat zum Ziel, pädagogische Fachkräfte sowohl für Antisemitismus als auch für Islam- und Muslimfeindlichkeit zu sensibilisieren.

Es gibt zudem Projekte, die sich an die Bevölkerung mit Migrationshintergrund richten und außerhalb von „Demokratie leben!“ gefördert werden oder wurden. Hier ist ein Modellprojekt zu kritischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus zu nennen, das sich an Menschen mit Zuwande-

lungsgeschichte richtet: „Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der (Post)Migrationsgesellschaft“. Das Projekt wird von der in Heidelberg ansässigen Organisation Teilseiend e.V. gefördert und ist gerade erst angelaufen. Es soll Maßnahmen zur Sensibilisierung zum Thema Antisemitismus für Erwachsene und Jugendliche mit Migrationserfahrung anbieten. Der Zentralrat der Juden setzt mit dem im Jahr 2019 ins Leben gerufenen Projekt „Schalom Aleikum“ auf einen Dialog zwischen Jüdinnen und Juden und Musliminnen und Muslimen. Bereits beendet ist das Theaterprojekt „Meine Geschichte, Deine Geschichte, Unsere Geschichte“. Es wurde von der in Oldenburg ansässigen Interkulturellen Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung (IBIS) e.V. in den Jahren 2014 bis 2019 gefördert und richtete sich an junge Geflüchtete aus dem arabischen Raum. Ziel war es u. a., den Jugendlichen die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung zu vermitteln und sie zu animieren, eigene Vorurteile zu hinterfragen. Auch der Nahostkonflikt und der damit verbundene Antisemitismus wurden thematisiert.

Schließlich ist die Amadeu Antonio Stiftung zu nennen, die Workshops und Fortbildungen zum Thema Antisemitismus anbietet. So beinhaltet beispielsweise das Projekt „Debunk“ ein Präventionsangebot zu Antisemitismus im Bildungsbereich in Sachsen.

von Programmen, die sich speziell an Personen mit Migrationshintergrund richten und entweder auf die Reduktion von Muslimfeindlichkeit oder auf die von Antisemitismus spezialisiert sind (Info-Box 4).

## 5 Fazit und Ausblick

**Antimuslimische und antiislamische sowie antisemitische Einstellungen sind in Deutschland keineswegs ein Randphänomen: Sowohl in der Bevölkerung mit wie auch in der ohne Migrationshintergrund sind sie relativ verbreitet.** Für eine auf

die Anerkennung von Vielfalt ausgerichtete Gesellschaft ist dies ein erhebliches Problem, gefährden solche Einstellungen doch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und – wenn sie handlungsleitend werden – auch die Grundrechte und die Sicherheit Einzelner. Solchen Ressentiments muss in allen Bevölkerungsgruppen entschieden entgegengewirkt werden. Die folgenden Empfehlungen beinhalten sowohl Maßnahmen, die sich auf die gesamte Bevölkerung richten, als auch spezifischere Ansätze, die sich aus den Befunden der Studie ergeben.

**Sowohl antimuslimische als auch antisemitische Einstellungen finden sich bei Personen mit Zuwan-**

**derungsgeschichte etwas häufiger als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.** In der Studie wurde vertiefend analysiert, wie antimuslimische und antisemitische Einstellungen in den einzelnen Untersuchungsgruppen mit bestimmten Merkmalen zusammenhängen. Das ermöglicht ein differenziertes Verständnis beider Phänomene, aus dem sich Ansatzpunkte und Empfehlungen für Präventionsmaßnahmen ableiten lassen. Einige Merkmale haben sich für beide Einstellungsformen und für die meisten Untersuchungsgruppen als relevant erwiesen; bei anderen sind die Zusammenhänge dagegen nur in manchen Gruppen und/oder nur entweder bei antimuslimischen oder bei antisemitischen Einstellungen signifikant.

#### *Interkulturelle und interreligiöse Kontakte stärken*

In der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bestätigen die Daten die Annahmen der Kontakthypothese inklusive des *secondary transfer effect*, dass Kontakte zu einer anderen sozialen Gruppe helfen können, Vorurteile gegen diese wie auch gegen andere Gruppen abzubauen: **Befragte ohne Migrationshintergrund, die regelmäßig freundschaftliche Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund haben, sind seltener antisemitisch und auch seltener antimuslimisch eingestellt.** Befragte mit Migrationshintergrund zeigen eine positivere Einstellung zu Musliminnen und Muslimen sowie zum Islam, wenn sie regelmäßig Kontakt mit Zugewanderten einer anderen Herkunft haben. In Bezug auf antisemitische Einstellungen ergibt sich dagegen kein ähnlich starker Zusammenhang.

Es empfiehlt sich in jedem Fall, einen interkulturellen und interreligiösen Austausch zu fördern. Dies sollte sich jedoch nicht auf Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund beschränken; vielmehr sollten entsprechende Ansätze auch Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen und -geschichten miteinander ins Gespräch bringen. Da Kontakte insbesondere antimuslimische Einstellungen reduzieren, sollte speziell auch der Austausch mit Musliminnen und Muslimen gefördert werden. Muslimische Organisationen und islamische Verbände – z. B. die an der Deutschen Islam Konferenz (DIK) beteiligten – könnten für entsprechende Projekte als Partner und Partnerinnen gewonnen

werden oder sie initiieren, wie es zum Teil bereits geschieht (Info-Box 4).

**Projekte zur Kontaktförderung sollten auf der Ebene der Kommunen oder der Stadtteile ansetzen.** Wenn an einem Ort verschiedene Zuwanderungsgruppen präsent sind, könnte das zu Konflikten führen, sofern zwischen ihnen kein regelmäßiger Kontakt besteht. Um dieser Herausforderung zu begegnen, sollten vor Ort möglichst niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, wo Menschen ohne Migrationshintergrund, Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund sowie muslimische und nichtmuslimische Menschen miteinander in Kontakt kommen können.

#### *Diskriminierung abbauen*

Interkultureller Austausch kann auch dazu beitragen, Diskriminierung in der alltäglichen Begegnung zu reduzieren. Diese hat sich sowohl für antisemitische als auch für antimuslimische Einstellungen als neuralgischer Punkt erwiesen. Antisemitismus in allen drei Formen (klassisch, sekundär, israelbezogen) hängt vor allem mit wahrgenommener Diskriminierung aufgrund der Herkunft zusammen. Antimuslimische Einstellungen vertreten hingegen häufiger Personen mit Migrationshintergrund, die sich wegen ihrer Religion diskriminiert fühlen.

**Der Abbau von Diskriminierung sollte daher auch mit Blick auf die Folgewirkungen ein vorrangiges integrationspolitisches Ziel sein. Entsprechende Maßnahmen sollten sich sowohl auf Alltagsdiskriminierung richten als auch strukturelle Diskriminierung abbauen.** Vor allem Letzteres erfordert nachhaltige politische Maßnahmen. Insofern ist es zu begrüßen, dass die Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag den Abbau struktureller Diskriminierung in der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik ankündigt (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 28, 30). Ein positives Signal ist auch, dass die Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nun wieder fest besetzt ist, nachdem es vier Jahre lang nur eine kommissarische Leitung gab. Auf der Ebene individueller Diskriminierung existieren schon zahlreiche Projekte zur Prävention von antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen, die sich zum Teil explizit an – zumeist jugendliche – Menschen mit Migra-

tionshintergrund richten (Info-Box 4). Solche Projekte sollten noch weiter in die Fläche getragen werden, sofern ihre Wirksamkeit feststeht. Eine wichtige Rolle mit Blick auf die Identifikation von erfolgreichen Modellprojekten auf der Basis von Evaluationen können die Kompetenznetzwerke in den Handlungsfeldern Antisemitismus<sup>123</sup> und Muslimfeindlichkeit<sup>124</sup> spielen, die im Kontext des Programms „Demokratie leben!“ etabliert wurden.

**Nichtmuslimische Personen mit einem Migrationshintergrund aus der übrigen Welt, die sich wegen ihrer Religion diskriminiert fühlen, neigen häufiger als die anderen Untersuchungsgruppen zu antimuslimischen Einstellungen.** Künftig sollte deshalb u. a. der Frage nachgegangen werden, inwieweit interreligiöse Konflikte in den Herkunftsländern auch in Deutschland das Potenzial für Konflikte zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Bürgerinnen und Bürgern erhöhen. Hierzu bedarf es weiterer Forschung.

#### *Wissen über den Holocaust stärken*

Wie die Resultate belegen, äußern Personen, die ihre Bildung in Deutschland genossen haben, sich seltener antisemitisch als jene, die in einem anderen Land zur Schule gegangen sind; das gilt für alle Formen von Antisemitismus. Dieser Zusammenhang ist vermutlich nicht nur mit der Sozialisation in Deutschland zu erklären, sondern vor allem mit den Bildungsinhalten in Deutschland, bei denen der Holocaust eine zentrale Stellung hat. Dabei mag auch eine Rolle spielen, dass eine Schulbildung in Deutschland nicht nur für das Thema Antisemitismus sensibilisiert, sondern auch vermittelt, dass antisemitische Standpunkte eine unerwünschte Position ausdrücken. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Auseinandersetzung mit dem Holocaust als solche auch antisemitischen Einstellungen entgegenwirkt. Insbesondere bei (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern ist eine Schulbildung

in Deutschland auch verbunden mit einer positiveren Haltung zu Musliminnen und Muslimen; hier sind die Zusammenhänge aber weniger stark als beim Antisemitismus.

**Demzufolge erscheint es sinnvoll, das Holocaust-Gedenken zu stärken und auch im Rahmen integrationspolitischer Maßnahmen gezielt Wissen über den Holocaust und damit verbunden auch über Antisemitismus zu vermitteln.** Es gibt bereits einige entsprechende Initiativen, die sich an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richten, etwa das in Oldenburg ansässige Theaterprojekt „Meine Geschichte, Deine Geschichte, Unsere Geschichte“ oder das Projekt „Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in der (Post)Migrationsgesellschaft“, das jüngst in Heidelberg ins Leben gerufen wurde (Info-Box 4). Allerdings sollte erwogen werden, diese Bildungsaufgabe verbindlicher zu etablieren. Dabei wäre ggf. zu überlegen, auch Schulen vor Ort bei der Konzeption von Bildungsprogrammen einzubeziehen. Da manche Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die ihre Bildung nicht in Deutschland erworben haben, die deutsche Geschichte und ihre Implikationen vermutlich weniger gut kennen, könnte der Holocaust zudem im Rahmen des Orientierungskurses thematisiert werden, der ein Bestandteil des Integrationskurses ist. Zudem sollten weitere Bildungsangebote entwickelt werden. Dabei sollten zentrale Organisationen von Jüdinnen und Juden einbezogen werden, etwa der Zentralrat der Juden in Deutschland, sowie der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

#### *Angleichung der Lebensverhältnisse fördern*

Wie schon andere Studien vornehmlich für die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund festgestellt haben, zeigen auch die Daten des SVR-Integrationsbarometers, dass antimuslimische und antiislamische Einstellungen mit steigendem Einkommen abneh-

123 Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus wird von fünf Netzwerkpartnern getragen: Anne Frank Zentrum e.V., Bildungsstätte Anne Frank, Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS), Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment und Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIGa e.V. (<https://kompetenznetzwerk-antisemitismus.de/>, 01.09.2022).

124 Am Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit sind folgende Einrichtungen beteiligt: Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V. (ZEOK), Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej), Verband binationaler Familien und Partnerschaften und Teilseid e.V. als Träger der Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit CLAIM (<https://kompetenznetzwerk-imf.de/>, 01.09.2022).

men, und zwar bei Personen mit wie ohne Migrationshintergrund.

Daher ist das von der Regierung angestrebte Ziel, wirtschaftliche Ungleichheit zu reduzieren, auch mit Blick auf die Einstellungen der Bevölkerung wichtig. **Dazu gehört etwa, die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu erleichtern, damit Zugewanderte eine ihrer Qualifikation angemessene Beschäftigung aufnehmen können. Zudem sollte bei Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte ein chancengleicher Zugang zu Bildung unabhängig von der sozioökonomischen Lage der Herkunftsfamilie gefördert werden** (s. dazu auch SVR 2021).

Das Nettoäquivalenzeinkommen hängt häufig mit antimuslimischen, jedoch kaum mit antisemitischen Einstellungen zusammen. Dies könnte darauf hindeuten, dass Musliminnen und Muslime (bzw. als solche wahrgenommene Menschen) von benachteiligten Personen (mit wie ohne Migrationshintergrund) auch als unmittelbare Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt angesehen und deshalb abgewertet werden. Ausgeglichene Lebensverhältnisse würden auch eine solche Konkurrenzsituation abschwächen.

#### *Religionsgemeinschaften stärker in die Präventionsarbeit einbinden*

Wie die Analysen zeigen, ist die Religionszugehörigkeit der Befragten sowohl für antisemitische als auch für antimuslimische Einstellungen relevant. Dabei stellen sich für den Umgang mit den beiden Phänomenen zum Teil unterschiedliche Herausforderungen.

Es konnte gezeigt werden, dass Antisemitismus bei Musliminnen und Muslimen verbreiteter ist als bei Christinnen und Christen oder bei Personen ohne Religionszugehörigkeit. Insbesondere türkeistämmige Musliminnen und Muslime sind zudem stärker antisemitisch eingestellt, wenn sie religiös sind; bei arabischstämmigen Personen muslimischen Glaubens zeigte sich dieser Zusammenhang nicht. In Bezug auf Letztere deuten die Ergebnisse darauf hin, dass für

antisemitische Einstellungen gesellschaftliche Narrative aus den Herkunftsländern eine besondere Rolle spielen, vermutlich vor allem solche zum Nahostkonflikt.

Bei antimuslimischen Einstellungen wiederum unterscheiden sich Christinnen und Christen mit Migrationshintergrund deutlich von jenen ohne Migrationshintergrund. Während Letztere zu Musliminnen und Muslimen eher positiv eingestellt sind als Personen ohne Religionszugehörigkeit, zeigen Ersterer im Vergleich häufiger antimuslimische und antiislamische Haltungen. Dies deutet darauf hin, dass bei Christinnen und Christen mit Migrationshintergrund die Zugehörigkeit zu und die Identifikation mit der religiösen Eigengruppe eine größere Rolle spielt und somit eine Abgrenzung von Musliminnen und Muslimen wahrscheinlicher wird. Die Gründe für den unterschiedlichen Einfluss der Religionszugehörigkeit bei Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sollten jedoch noch eingehender untersucht werden.

**Um den jeweiligen Herausforderungen, die sich aus der Religionszugehörigkeit ergeben, angemessene Rechnung zu tragen, sollten sowohl muslimische als auch christliche Religionsgemeinschaften stärker einbezogen werden oder selbst die Verantwortung für entsprechende Projekte übernehmen.** Es gibt bereits zahlreiche Foren, Konzepte und Aktionen für interreligiösen Dialog; diese sollten ausgebaut und – insbesondere bei den christlichen Kirchen – auch gezielt auf Personen mit Migrationshintergrund erweitert werden. Hier gibt es bisher noch vergleichsweise wenig Angebote.

Islamische Organisationen sollten dabei als Partnerinnen und Expertinnen sowohl für antimuslimische als auch für antisemitische Einstellungen gewonnen werden.<sup>125</sup> Gerade bei Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen sollte zudem berücksichtigt werden, dass er anscheinend zum Teil religiös-theologisch begründet ist (insbesondere bei Türkeistämmigen) und zum Teil politisch (vor allem bei Arabischstämmigen). **Ein Ansatzpunkt könnte hier**

125 Das Avicenna-Studienwerk fördert begabte Musliminnen und Muslime durch Stipendien und unterstützt darüber hinaus den Dialog zwischen Musliminnen und Muslimen und Jüdinnen und Juden. Dabei kooperiert es u. a. mit dem Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk, dem Begabtenförderungswerk der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.

sein, die Imamausbildung in Deutschland weiter auszubauen<sup>126</sup> und Antisemitismus dort zu thematisieren. Allerdings müssen zugleich auch die Gemeinschaften motiviert werden, die in Deutschland ausgebildeten Imame einzustellen. Das geschieht noch nicht im wünschenswerten Umfang.

*Forschung zu antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen ausbauen*

Studien, die antisemitische und antimuslimische Einstellungen anhand repräsentativer Stichproben untersuchen, sind bislang noch selten. Zwar gibt es inzwischen einige Forschungsprojekte, die sich mit Antisemitismus bei Musliminnen und Muslimen beschäftigen. Sie beziehen sich aber häufig auf Jugendliche und sind in der Regel nicht repräsentativ. Studien zu antimuslimischen Einstellungen bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gibt es hingegen fast gar nicht. Zwischen der Bevölkerung mit und der ohne Migrationshintergrund bestehen zwar viele Ähnlichkeiten, aber, wie die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers zeigen, eben auch durchaus Unterschiede in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund. Diese sollten eingehender erforscht werden. Um ein hinreichend tiefes Verständnis beider Phänomene zu erlangen, sollten auch gezielte Studien durchgeführt werden, die mit spezifischen Fragestellungen einzelne Aspekte detaillierter untersuchen können, als es bei einer Mehrthemenbefragung wie dem SVR-Integrationsbarometer möglich ist.

---

126 Die Universität Osnabrück bietet als Pilotprojekt seit 2021 ein deutschsprachiges Imam-Ausbildungsprogramm an (Medien- dienst Integration 2021b).

## Literatur

- Allport, Gordon W.* 1966: The Religious Context of Prejudice, in: *Journal for the Scientific Study of Religion*, 5: 3, 447–457.
- Allport, Gordon W.* 1979: *The Nature of Prejudice*. 25th Anniversary Edition, New York.
- Babka von Gostomski, Christian* 2021: Facetten anti-semitischer Einstellungen bei ausgewählten Migrantengruppen in Deutschland, in: Schulz, Sonja/Siegers, Pascal/Westle, Bettina/Hochman, Oshrat (Hrsg.): (In)Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft? Einstellungen zu Migranten in Deutschland und Europa, Wiesbaden, 199–240.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2020: *Das Bundesamt in Zahlen 2019*. Asyl, Migration und Integration, Nürnberg.
- Berek, Mathias* 2018: *Antisemitism and Immigration in Western Europe Today: Is there a Connection?*, Berlin.
- BKA – Bundeskriminalamt* 2022: Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – religiöse Ideologie – Definition, Beschreibung, Deliktsbereiche. ([https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKreligioes/PMKreligioes\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKreligioes/PMKreligioes_node.html), 29.08.2022)
- BMI – Bundesministerium des Innern* 2011: *Antisemitismus in Deutschland*. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern und für Heimat/ BKA – Bundeskriminalamt* 2022: *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021*, Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus* 2017: *Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen*, Berlin.
- BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* 2020: *Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus*, Berlin.
- Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter* 2007: *Muslimen in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*, Berlin.
- Breyer, Bianka/Danner, Daniel* 2015: *Einstellung zum Islam (ALLBUS)*, in: *gesis – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.): Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS)*, Mannheim.
- Bundesamt für Verfassungsschutz* 2022: *Lagebild Antisemitismus 2020/21*, Köln.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.)* 2020: *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.)* 2012: *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Eggers, Eva/Brähler, Elmar* 2016: *Die Mitte-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen, 23–66.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar* 2020: *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen, 27–87.
- Decker, Oliver/Schilling, Benjamin/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* 2012: *Islamfeindschaft und Islamkritik*, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn, 86–101.
- Deutschlandfunk* 2015: „Der Islam gehört zu Deutschland“. Die Geschichte eines Satzes. Beitrag von Stephan Detjen vom 13.01.2015. (<https://www.deutschlandfunk.de/der-islam-gehört-zu-deutschland-die-geschichte-eines-satzes-100.html>, 23.09.2022)
- Diehl, Claudia/Liebau, Elisabeth/Mühlau, Peter* 2021: *How Often Have You Felt Disadvantaged? Explaining Perceived Discrimination*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 73: 1, 1–24.
- Diekmann, Isabell* 2017: *Islamfeindlichkeit oder MuslimInnenfeindlichkeit? Empirische Datenanalyse zur Differenzierung zweier Phänomene*. IKG Working Paper Nr. 12, Bielefeld.

- Diekmann, Isabell* 2021: Differenzierung von Islam- und Muslim\*innenfeindlichkeit – Potenziale für die Praxis, in: Perspektiven – Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft und muslimische Wohlfahrtspflege, 1, 77–89.
- Diner, Dan* 1987: Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: Diner, Dan (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. 1. Aufl., Frankfurt am Main, 9–20.
- Dobbin, Frank/Kalev, Alexandra* 2016: Why Diversity Programs Fail, in: Harvard Business Review, 94: 7, 52–60.
- Endrikat, Kerstin* 2006: Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt am Main, 101–114.
- Eurostat* 2018: Living Conditions in Europe. 2018 Edition, Luxemburg.
- Fleischmann, Fenella/Leszczensky, Lars/Pink, Sebastian* 2019: Identity Threat and Identity Multiplicity among Minority Youth: Longitudinal Relations of Perceived Discrimination with Ethnic, Religious, and National Identification in Germany, in: British Journal of Social Psychology, 58, 971–990.
- Foroutan, Naika/Coskun, Canan/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina* 2015: Deutschland postmigrantisch II. Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion, Identität. 2. Aufl., Berlin.
- Friedrichs, Nils* 2014: Das Verhältnis von Christen zu Muslimen und Atheisten: Zur Bedeutung von sozialer Kategorisierung und Identifikation im interreligiösen Vergleich, in: Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrichs, Nils/Yendell, Alexander (Hrsg.): Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden, 155–178.
- Friedrichs, Nils* 2020: Integration von religiöser Vielfalt durch Religion? Der Einfluss und Stellenwert religiöser Orientierungen bei der Wahrnehmung von religiöser Vielfalt und Muslimen, Wiesbaden.
- Friedrichs, Nils/Graf, Johannes* 2022: Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. SVR-Studie 2022-1, Berlin.
- Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Kreikenbom, Henry/Wagner, Wolfgang* 2011: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Berlin.
- Frindte, Wolfgang/Dietrich, Nico* 2017: Einstellungen zum Islam und zu Muslimen I, in: Frindte, Wolfgang/Dietrich, Nico (Hrsg.): Muslime, Flüchtlinge und Pegida, Wiesbaden, 43–87.
- Hafez, Farid* 2021: Antimuslimischer Rassismus: Eine Arbeitsdefinition, Heidelberg.
- Haug, Sonja/Currle, Edda/Lochner, Susanne/Huber, Dominik/Altenbuchner, Amelie* 2017: Asylsuchende in Bayern. Eine quantitative und qualitative Studie, München.
- Häusler, Alexander/Küpper, Beate* 2021: Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn, 225–245.
- Heitmeyer, Wilhelm* 2002: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main, 15–34.
- Herbert, Ulrich* 2001: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München.
- Hewstone, Miles/Brown, Rupert* 1986: Contact Is Not Enough: An Intergroup Perspective on the 'Contact Hypothesis', in: Hewstone, Miles/Brown, Rupert (Hrsg.): Contact and Conflict in Intergroup Encounters, Oxford/New York, 1–44.
- Hunsberger, Bruce/Jackson, Lynne M.* 2005: Religion, Meaning, and Prejudice, in: Journal of Social Issues, 61: 4, 807–826.
- IM BW – Ministerium des Innern, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg* 2022: Verfassungsschutzbericht 2021, Stuttgart.
- Imhoff, Roland* 2010: Zwei Formen des modernen Antisemitismus? Eine Skala zur Messung primären und sekundären Antisemitismus, in: Conflict & Communication, 9: 1, 1–13.

- Imhoff, Roland* 2020: Verschwörungsmentalität und Antisemitismus, in: Bogerts, Bernhard/Häfele, Joachim/Schmidt, Benny (Hrsg.): Verschwörung, Ablehnung, Gewalt, Wiesbaden, 69–90.
- Kaplan, Edward H./Small, Charles A.* 2006: Anti-Israel Sentiment Predicts Anti-Semitism in Europe, in: *Journal of Conflict Resolution*, 50: 4, 548–561.
- Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Heller, Aylene/Brähler, Elmar* 2020: Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen, 211–248.
- Krebs, Dagmar/Matschinger, Herbert* 1993: Richtungseffekte von Itemformulierungen. ZUMA-Arbeitsbericht 1993/15, Mannheim.
- Küntzel, Matthias* 2020: Islamischer Antisemitismus. Dossier für die Bundeszentrale für politische Bildung. (<https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus/>, 23.08.2022)
- Küpper, Beate* 2010: Zum Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen. Eine empirische Analyse, in: *Ethik und Gesellschaft*, 2, 1–39.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas* 2014: Group-Focused Enmity: Prevalence, Correlations and Causes of Prejudices in Europe, in: Nesbitt-Larking, Paul/Kinnvall, Catarina/Capelos, Tereza/Dekker, Henk (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Global Political Psychology*, Basingstoke, 242–262.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Rump, Maike* 2021: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn, 75–111.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen* 2003: Islamophobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 2*, Frankfurt am Main, 100–119.
- Logvinov, Michail* 2017: Muslim- und Islamfeindlichkeit in Deutschland. Essentials, Wiesbaden.
- Mansel, Jürgen/Spaiser, Viktoria* 2013: Ausgrenzungsdynamiken. In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten, Weinheim/Basel.
- Mediendienst Integration* 2021a: Antimuslimischer Rassismus in Deutschland: Zahlen und Fakten. Infopapier, Berlin.
- Mediendienst Integration* 2021b: Imamausbildung in Deutschland. Factsheet. (<https://mediendienst-integration.de/artikel/imamausbildung-in-deutschland.html>, 31.08.2022)
- Merino, Stephen M.* 2010: Religious Diversity in a „Christian Nation“: The Effects of Theological Exclusivity and Interreligious Contact on the Acceptance of Religious Diversity, in: *Journal for the Scientific Study of Religion*, 49: 2, 231–246.
- Mocan, Nanci H./Raschke, Christian* 2014: Economic Well-Being and Anti-Semitic, Xenophobic, and Racist Attitudes in Germany. Working Paper 20059 des National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils* 2015: Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg – eine Expertise, Esslingen.
- OSCE – Organization for Security and Co-operation in Europe* 2003: Address of Jewish Diaspora of Azerbaijan, Baku.
- Öztürk, Cemal* 2021: Muslim\*innen in kommunalpolitischen Spitzenpositionen? Über die Prävalenz gegen muslimische Bürgermeisterkandidat\*innen gerichtete Einstellungen in Deutschland und ihre sozial-psychologischen Triebfaktoren, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 5: 2, 343–369.
- Öztürk, Cemal/Pickel, Gert* 2022: Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6, 189–231.
- Paluck, Elizabeth Levy/Green, Donald P.* 2009: Prejudice Reduction: What Works? A Review and Assessment of Research and Practice, in: *Annual Review of Psychology*, 60: 1, 339–367.
- Pettigrew, Thomas F.* 1998: Intergroup Contact Theory, in: *Annual Review of Psychology*, 49: 1, 65–85.
- Pettigrew, Thomas F.* 2009: Secondary Transfer Effect of Contact: Do Intergroup Contact Effects Spread to Noncontacted Outgroups?, in: *Social Psychology*, 40: 2, 55–65.

- Pettigrew, Thomas F./Christ, Oliver/Wagner, Ulrich/Meertens, Roel W./van Dick, Rolf/Zick, Andreas* 2008: Relative Deprivation and Intergroup Prejudice, in: *Journal of Social Issues*, 64: 2, 385–401.
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R.* 2006: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 90: 5, 751–783.
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R.* 2008: How Does Intergroup Contact Reduce Prejudice? Meta-Analytic Tests of Three Mediators, in: *European Journal of Social Psychology*, 38: 6, 922–934.
- Pew Research Center* 2006: The Great Divide: How Westerners and Muslims See Each Other. 13-Nation Pew Global Attitudes Survey, Washington, D. C.
- Pfahl-Traughber, Armin* 2017: Die AfD und der Antisemitismus. (<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/257899/die-afd-und-der-antisemitismus/>, 11.08.2022)
- Pfündel, Katrin/Stichs, Anja/Tanis, Kerstin* 2021: Muslimisches Leben in Deutschland 2020 – Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. BAMF-Forschungsbericht 38, Nürnberg.
- Pickel, Gert* 2019: Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt, Gütersloh.
- Pickel, Gert/Liedhegener, Antonius/Jaekel, Yvonne/Odermatt, Anastas/Yendell, Alexander* 2020: Religiöse Identitäten und Vorurteil in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4: 1, 149–196.
- Pickel, Gert/Reimer-Gordinskaya, Katrin/Decker, Oliver* 2019: Der Berlin-Monitor 2019: Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie, Berlin.
- Pickel, Gert/Yendell, Alexander* 2018: Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl, in: *Decker, Oliver/Brähler, Elmar* (Hrsg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*, Gießen, 217–242.
- Polizei Berlin* o.J.: Nichtislamischer Extremismus mit Auslandsbezug. (<https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/praevention/extremismus/artikel.1142791.php#top>, 29.08.2022)
- Pollack, Detlef* 2014: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas. Erste Beobachtungen, in: *Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrichs, Nils/Yendell, Alexander* (Hrsg.): *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*, Wiesbaden, 13–34.
- Pollack, Detlef/Müller, Olaf* 2013: Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland, in: *Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.): *Religionsmonitor. Verstehen, was verbindet*, Gütersloh, 10–73.
- Rebenstorf, Hilke* 2015: Christliche Religiosität und Diskriminierungstendenzen. Der empirische Kenntnisstand, in: *Forum Erwachsenenbildung*, 48: 2, 33–38.
- Rebenstorf, Hilke* 2018: „Rechte“ Christen? Empirische Analysen zur Affinität christlich-religiöser und rechtspopulistischer Positionen, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2: 2, 313–333.
- Riebe, Jan* 2018: Wie unterscheide ich Kritik von israelbezogenem Antisemitismus?, in: *Amadeu Antonio Stiftung* (Hrsg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen ...?“ Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, Berlin, 10–19.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk* 2005: Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57: 4, 644–666.
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk/Boehnke, Klaus* 2012: Desintegration, Deprivation und die Erklärung rechtsextremer Einstellungen – Befunde einer Studie zur EU-Osterweiterung, in: *Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter* (Hrsg.): *Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand*, Wiesbaden, 289–315.
- Scherr, Albert* 2017: Soziologische Diskriminierungsforschung, in: *Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen* (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*, Wiesbaden, 39–58.

- Schmid, Katharina/Hewstone, Miles/Küpper, Beate/Zick, Andreas/Wagner, Ulrich* 2012: Secondary Transfer Effects of Intergroup Contact: A Cross-National Comparison in Europe, in: *Social Psychology Quarterly*, 75: 1, 28–51.
- Schneider, Verena/Pickel, Gert/Öztürk, Cemal* 2021: Was bedeutet Religion für Rechtsextremismus? Empirische Befunde zu Verbindungen zwischen Religiosität, Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 5: 2, 557–597.
- Schneiders, Thorsten Gerald* 2015: Wegbereiter der modernen Islamfeindlichkeit. Eine Analyse der Argumentationen so genannter Islamkritiker, Wiesbaden.
- Shooman, Yasemin* 2011: Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz, in: *Migrationspolitisches Portal der Heinrich-Böll-Stiftung*. (<https://heimatkunde.boell.de/2011/07/01/islamophobie-antimuslimischer-rassismus-oder-muslimfeindlichkeit-kommentar-zu-der>, 11.08.2022)
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP* 2021: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Berlin.
- Spiegel* 2022: Politisch motivierte Kriminalität mit diffusem Hintergrund nimmt zu. Beitrag vom 10.05.2022. (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeskriminalamt-bka-politische-kriminalitaet-nimmt-wegen-coronaproteste-deutlich-zu-a-db9ef0d0-6603-4475-9f30-acf04b286295>, 29.08.2022)
- Spielhaus, Riem* 2013: Vom Migrant zum Muslim und wieder zurück – Die Vermengung von Integrations- und Islamthemen in Medien, Politik und Forschung, in: *Halm, Dirk/Meyer, Hendrik* (Hrsg.): *Islam und die deutsche Gesellschaft*, Wiesbaden, 169–194.
- Stein, Petra* 2014: Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung, in: *Baur, Nina/Blasius, Jörg* (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, 135–151.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2010: *Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer*, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016: *Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer*, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018a: *Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018*, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018b: *Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahresgutachten 2018*, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018c: *SVR-Integrationsbarometer 2018. Methodenbericht*, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2020: *SVR-Integrationsbarometer 2020. Methodenbericht*, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration* 2021: *Ungleiche Bildungschancen. Kurz und bündig*, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2014: *Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsempfehlungen*, Berlin.
- Tagesspiegel* 2022: Antisemitismus in Deutschland weitverbreitet. Beitrag von Eric Matt vom 10.05.2022. (<https://www.tagesspiegel.de/politik/neue-allensbach-studie-antisemitismus-in-deutschland-weitverbreitet/28321768.html>, 11.08.2022)
- Tajfel, Henri/Turner, John C.* 1986: *The Social Identity Theory of Intergroup Behavior*, in: *Worchel, Stephen/Austin, William G.* (Hrsg.): *Psychology of Intergroup Relations*, Chicago, 7–24.
- Tausch, Arno* 2018: *The Return of Religious Antisemitism? The Evidence from World Values Survey Data*, München.
- Ullrich, Peter/Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* 2012: *Judenfeindschaften – Alte Vorurteile und moderner Antisemitismus*, in: *Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* (Hrsg.): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*, Bonn, 68–85.

*Vrhovac, Božana/Hoffmann, Elisabeth/Pfeffer-Hoffmann, Christian* 2016: Erste empirische Analysen zur Muslimfeindlichkeit unter europäischen Zugewanderten, in: Pfeffer-Hoffmann, Christian/Logvinov, Michail (Hrsg.): Muslimfeindlichkeit und Migration. Thesen und Fragen zur Muslimfeindlichkeit unter Eingewanderten, Berlin, 64–84.

*Wäckerlig, Oliver* 2019: Vernetzte Islamfeindlichkeit. Die transatlantische Bewegung gegen »Islamisierung«. Events – Organisationen – Medien, Bielefeld.

*Welt* 2021: Aufgewachsen mit dem Judenhass – ein Dilemma für die deutsche Politik. Beitrag von Kristian Frigelj vom 16.05.2021. (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article231175817/Muslimische-Antisemiten-Aufgewachsen-mit-dem-Judenhass.html>, 11.08.2022)

*Wolf, Carina/Schlüter, Elmar/Schmidt, Peter* 2006: Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt am Main, 67–85.

*Yad Vashem* 2022: Der nationalsozialistische Antisemitismus. ([https://www.yadvashem.org/de/holocaust/about/nazi-germany-1933-39/antisemitism.html#narrative\\_info](https://www.yadvashem.org/de/holocaust/about/nazi-germany-1933-39/antisemitism.html#narrative_info), 29.08.2022)

*Yendell, Alexander/Huber, Stefan* 2020: The Relevance of the Centrality and Content of Religiosity for Explaining Islamophobia in Switzerland, in: Religions, 11: 3, 129.

*ZA – Zentralarchiv für empirische Sozialforschung/ZUMA – Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V.* 1998: Einstellungen zu Juden, in: gesis – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.): Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS), Mannheim.

*Zdj – Zentralrat der Juden* o.J.: Herausforderung und Chance – Integration der jüdischen Zuwanderer. (<https://www.zentralratderjuden.de/angebote/integration/infos-zur-zuwanderung/>, 11.08.2022)

*Zick, Andreas* 2021: Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn, 181–212.

*Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico* 2019: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, 53–116.

*Zick, Andreas/Jensen, Silke/Marth, Julia/Krause, Daniela/Döring, Geraldine* 2017: Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung: Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen. Expertise für den unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus 2017, Bielefeld.

*Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate* 2016: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn, 33–81.

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Einstellungen zum Islam 2020 (nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen der Befragten) .....	12
Abb. 2	Einschätzungen zur Integration von Musliminnen und Muslimen in Deutschland und zur Verbreitung von religiösem Fanatismus in dieser Gruppe 2020 (nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen der Befragten) .....	14
Abb. 3	Soziale Nähe zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Herkunftsgruppen der Befragten) .....	15
Abb. 4	Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Alter) .....	17
Abb. 5	„Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft“ 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten, Aufenthaltsdauer und Zuwanderungsgeneration) .....	21
Abb. 6	Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen bei Menschen mit Migrationshintergrund 2020 (nach dem Land des Bildungsabschlusses) .....	22
Abb. 7	Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Nettoäquivalenzeinkommen) .....	24
Abb. 8	Einstellungen zum Islam und zu Musliminnen und Muslimen 2020 (nach Migrationshintergrund und Häufigkeit freundschaftlicher Kontakte mit Zugewanderten bzw. mit Zugewanderten anderer Herkunft) .....	27
Abb. 9	Einstellungen zur Integration von Musliminnen und Muslimen und zur staatlichen Beobachtung islamischer Gemeinschaften 2020 (nach Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit) .....	29
Abb. 10	Klassisch antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten) .....	31
Abb. 11	Sekundär antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten) .....	32
Abb. 12	Israelbezogene antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten) .....	33
Abb. 13	Israelkritische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten) .....	34
Abb. 14	Antisemitische Einstellungen 2020 (nach Migrationshintergrund und Alter) .....	36
Abb. 15	Klassisch antisemitische Einstellungen 2020 (nach Religionszugehörigkeit und überwiegend muslimischem vs. überwiegend nichtmuslimischem Herkunftsland) .....	40
Abb. 16	Antisemitische Einstellungen 2020 (nach Herkunftsgruppen der Befragten und Land des Schulabschlusses) .....	43

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Korrelationen zwischen antisemitischen und antimuslimischen Einstellungen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2020 .....	47
--------	---	----

## Verzeichnis der Info-Boxen

Info-Box 1	Das SVR-Integrationsbarometer 2020 als Datengrundlage der Studie .....	7
Info-Box 2	Was sind antimuslimische und antisemitische Einstellungen? .....	8
Info-Box 3	Islamophobie, Muslimfeindlichkeit oder antimuslimischer Rassismus? Ein kurzer Überblick über zentrale Begriffe .....	10
Info-Box 4	(Präventions-)Projekte zu antimuslimischen und antisemitischen Ressentiments .....	48



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH  
Neue Promenade 6  
10178 Berlin  
Tel.: 030/288 86 59-0  
Fax: 030/288 86 59-11  
info@svr-migration.de  
[www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de)  
(Redaktionsschluss: September 2022)

### **Verantwortlich**

Dr. Cornelia Schu

### **Gestaltung**

SeitenPlan GmbH, Dortmund

### **Druck**

Knipp Medien und Kommunikation GmbH, Dortmund

SVR-Studie 2022-2

ISSN (Print) 2749-0610  
ISSN (Online) 2749-0629

© SVR gGmbH, Berlin 2022



# Der Autor und die Autorin

**Dr. Nils Friedrichs**

Stellvertretender Leiter des Bereichs Forschung

**Dr. Nora Storz**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

## Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Mit seinen Gutachten soll das Gremium zur Urteilsbildung bei allen integrations- und migrationspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen. Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Petra Bendel (Vorsitzende), Prof. Dr. Daniel Thym (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Viola B. Georgi, Prof. Dr. Marc Helbling, Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Prof. Dr. Steffen Mau, Prof. Panu Poutvaara, Ph.D., Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger und Prof. Dr. Hans Vorländer.

Der wissenschaftliche Stab unterstützt den Sachverständigenrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben und betreibt darüber hinaus eigenständige, anwendungsorientierte Forschung im Bereich Integration und Migration. Dabei folgt er unterschiedlichen disziplinären und methodischen Ansätzen. Die Forschungsergebnisse werden u. a. in Form von Studien, Expertisen und Policy Briefs veröffentlicht.

Weitere Informationen unter: [www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de)